

Schweizerische Nationalbank
89. Geschäftsbericht 1996

Inhalt

4	Vorwort
6	Überblick über die Wirtschaftsentwicklung
7	1 Ausland
7	1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung
10	1.2 Geldpolitik
12	1.3 Finanzpolitik
14	1.4 Finanzmärkte
16	1.5 Europäische Währungsintegration
18	2 Schweiz
18	2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung
23	2.2 Finanzpolitik
24	2.3 Finanzmärkte
28	Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank
29	1 Konzept
31	2 Durchführung
36	3 Erneuerung des Notenmonopols
36	4 Stellungnahme zum Entwurf der neuen Bundesverfassung
38	Übrige Notenbankaufgaben
39	1 Verwaltung der Aktiven
39	1.1 Grundzüge
40	1.2 Devisenanlagen
41	1.3 Inländische Wertschriften
41	1.4 Überprüfung der Anlagepolitik und der Gewinnausschüttung
43	2 Zahlungsverkehr
43	2.1 Grundlagen
44	2.2 Bargeldversorgung
45	2.3 SIC-Zahlungsverkehr
46	3 Statistik
46	4 Dienstleistungen für den Bund
48	5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen
48	5.1 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission
48	5.2 Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Kommission für Konjunkturfragen
50	5.3 Finanzbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg
51	6 Internationale Zusammenarbeit
51	6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds
52	6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe
52	6.3 Mitwirkung bei der BIZ
53	6.4 Technische Hilfe und Ausbildung

54		Die Nationalbank als Unternehmen
55	1	Organisation
56	2	Personal und Ressourcen
58	3	Mutationen in Bankbehörden und Direktion
60		Finanzielle Berichterstattung
61	1	Erfolgsrechnung 1996
62	2	Bilanz per 31. Dezember 1996
64	3	Anhang per 31. Dezember 1996
64	3.1	Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit
64	3.2	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
66	3.3	Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
72	3.4	Erläuterungen zur Bilanz
83	3.5	Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften
84	4	Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre
85	5	Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre
86		Chronik
89		Tabellen und Aufstellungen
90	1	Geschäftsergebnisse seit 1986
92	2	Bilanzübersicht seit 1986
94	3	Verzeichnis der Aufsichts- und Leitungsorgane
101	4	Publikationen

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet.
Das Total kann deshalb von der
Summe der einzelnen Werte abweichen.

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Jahr 1996 fiel für die schweizerische Wirtschaft schwierig aus. Das reale Bruttoinlandprodukt ging zurück, die Arbeitslosigkeit stieg.

Anlass zu Besorgnis gab vor allem die rückläufige Inlandnachfrage. Insbesondere die Bauwirtschaft befand sich in einer Krise; sie litt unter der mangelnden Nachfrage nach Wohnungen und den Sparanstrengungen der öffentlichen Hand. Auch in anderen Branchen wuchs der Wettbewerbsdruck und trieb die Umstrukturierung der Wirtschaft voran. Viele Unternehmen erhöhten ihre Anstrengungen zur Modernisierung und Rationalisierung. Dadurch verbessern sich mittelfristig die Wachstumschancen der schweizerischen Wirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt hinterliess diese Entwicklung jedoch deutliche Spuren: Die Entlassungen nahmen zu, und die Zahl der Arbeitslosen stieg erheblich. Dadurch verschlechterte sich die Konsumentenstimmung, so dass auch vom privaten Konsum keine nennenswerten Impulse mehr ausgingen. Die Auslandnachfrage vermochte den Rückgang der Binnennachfrage nicht auszugleichen. Einerseits geriet die Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern ins Stocken, andererseits schmälerte der starke Franken die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie.

Im düsteren Umfeld bildete die Entwicklung der Preise einen Lichtblick. Mit einem durchschnittlichen Anstieg der Konsumentenpreise von 0,8% herrschte in der Schweiz Preisstabilität.

Aufgrund der schlechten Konjunktur lockerte das Direktorium seine Geldpolitik weiter. Die Notenbankgeldmenge wuchs kräftig und überschritt im Sommer den mittelfristigen Zielpfad. Ende September senkte die Nationalbank den Diskontsatz und unterstrich damit ihre Bereitschaft, das Zinsniveau bis auf weiteres tief zu halten. An den Devisenmärkten entspannte sich die Lage, der Franken begann sich abzuschwächen. Das tiefe Zinsniveau und die Abschwächung des Frankens verbesserten die monetären Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung.

Vor allem der markante Anstieg des Dollarkurses, aber auch der einmalige ausserordentliche Ertrag infolge der Änderung der Bewertungsgrundsätze sorgten in der Jahresrechnung 1996 für einen hohen Gesamtertrag. Dieser gestattet es, aus der Rechnung 1996 zusätzlich zu dem mit dem Bundesrat vereinbarten Betrag von 600 Millionen Franken pro Jahr nachträglich das Manko von 1995 von rund 458 Millionen an Bund und Kantone auszuschütten. Im Jahre 1995 hatte der Gewinn nur für eine Ausschüttung von 142 Millionen Franken ausgereicht.

Im Jahre 1996 entwickelte sich die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu einem vieldiskutierten Thema. In diesem Zusammenhang standen die Goldgeschäfte der Nationalbank während des Krieges erneut zur Debatte. Zwar hatten verschiedene Historiker sie bereits untersucht, vor allem nach Öffnung der Archive der Nationalbank Anfang der achtziger Jahre. Wir verstehen aber das Bedürfnis nach weiterer Aufarbeitung der Finanzbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und begrüessen deshalb die von Bundesrat und Parlament getroffenen Massnahmen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank sprechen wir unseren Dank aus für die verantwortungsbewusste Erfüllung ihrer Aufgaben.

Bern, den 7. März 1997

Dr. Jakob Schönenberger

Präsident des Bankrates

Dr. Hans Meyer

Präsident des Direktoriums

Überblick über die Wirtschaftsentwicklung

1 Ausland

1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahre 1996 gewann die Weltwirtschaft insgesamt an Dynamik. Von Region zu Region gab es indessen beträchtliche Unterschiede. Das reale Bruttoinlandprodukt der OECD-Länder erhöhte sich um durchschnittlich 2,4%, gegenüber 2% im Vorjahr. Die stärksten Wachstumsimpulse gingen von der amerikanischen und britischen Wirtschaft aus. Auf dem europäischen Kontinent zeichnete sich erst im zweiten Halbjahr eine Überwindung der Schwächephase ab, die im Herbst 1995 eingesetzt hatte. Die japanische Wirtschaft erholte sich nur zögernd. Ausserhalb der OECD verlor das seit mehreren Jahren überaus kräftige Wachstum in den Ländern Südostasiens an Schwung. Die wirtschaftliche Lage der mitteleuropäischen Reformländer besserte sich, während die Lage in Osteuropa schwierig blieb.

Stärkeres Wachstum der Weltwirtschaft – regionale Unterschiede

In den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien gewann der Aufschwung im Laufe des Jahres an Kraft. Während sich die Binnennachfrage – besonders der Konsum – in beiden Ländern belebte, entwickelten sich die Exporte unterschiedlich. In den Vereinigten Staaten dämpften der Anstieg des Dollars und der Nachfragerückgang aus Europa die Exporttätigkeit. Die britische Wirtschaft vermochte dagegen die Ausfuhren weiter zu steigern.

Aufschwung in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien

In Deutschland und Frankreich war die konjunkturelle Abschwächung, die im Vorjahr eingesetzt hatte, bis weit ins Jahr 1996 hinein spürbar. Darin widerspiegelten sich die Währungsturbulenzen zu Beginn des Jahres 1995, die zu einer spürbaren Aufwertung der meisten europäischen Währungen geführt hatten. Die Exporte und die Investitionstätigkeit kamen ins Stocken, und die wieder steigende Arbeitslosigkeit drückte auf den privaten Konsum. Auch die restriktive Finanzpolitik wirkte bremsend. Im Laufe des Jahres begann sich die Wirtschaft, insbesondere aufgrund der zunehmenden Auslandnachfrage, in beiden Ländern zu erholen.

Beginnende Erholung in Deutschland und Frankreich im Laufe des Jahres

In Italien kam der hauptsächlich vom Export getragene Aufschwung zum Erliegen. Dämpfend wirkten die nachlassende Nachfrage der wichtigen europäischen Handelspartner sowie die Erstarkung der Lira seit Mitte 1995. Infolge der restriktiven Geldpolitik, mit der die italienische Zentralbank die Inflation bekämpfte, liess auch die Binnennachfrage nach.

Ausgeprägte Abflachung in Italien

In Japan erhöhte sich das reale Bruttoinlandprodukt nach mehreren Jahren der Stagnation deutlich. Diese Entwicklung war jedoch vor allem die Folge umfangreicher Investitionen der öffentlichen Hand. Die private Nachfrage kam trotz tiefer Zinssätze nicht richtig in Schwung. Dies dürfte auch auf die Krise des japanischen Bankensystems zurückzuführen sein. Das Exportwachstum kam aufgrund des massiven Anstiegs des Yen zwischen Anfang 1993 und Mitte 1995 beinahe zum Stillstand, während die Importe stark stiegen.

Besserung in Japan

Das robuste Wirtschaftswachstum war in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien von einem Anstieg der Beschäftigung und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit begleitet. In vielen Ländern Europas – vor allem in Deutschland und Frankreich – nahm die Arbeitslosigkeit dagegen zu. In der EU verharrte die Arbeitslosenquote bei durchschnittlich rund 11%.

Weniger Arbeitslose in den Vereinigten Staaten und Grossbritannien – hohe Arbeitslosigkeit in Europa

Die Teuerung blieb im OECD-Raum tief. In Europa bildete sie sich deutlich zurück, vor allem in Italien und Grossbritannien. Die durchschnittliche Teuerung der EU-Länder belief sich auf 2,5%. In den Vereinigten Staaten machten sich trotz der annähernd vollen Auslastung des Produktionspotentials keine Inflationstendenzen bemerkbar, und die Teuerung betrug nahezu unverändert 2,9%. In Japan stagnierten die Konsumentenpreise auf dem Niveau des Vorjahres.

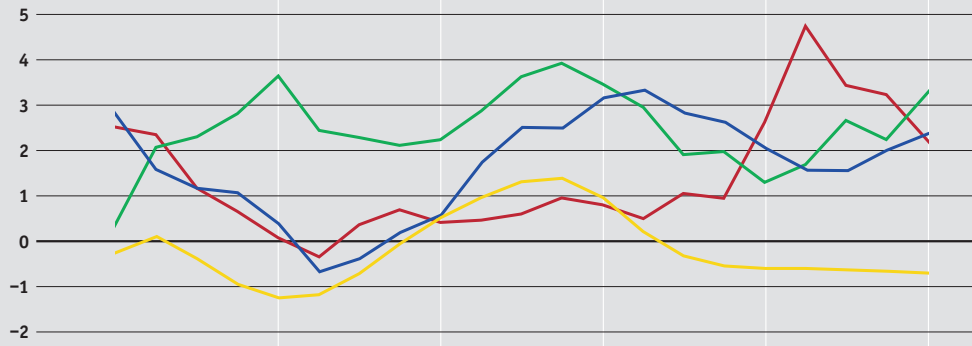
Übersicht Konjunkturdaten

	1992	1993	1994	1995	1996
Reales Bruttoinlandprodukt Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent					
Vereinigte Staaten	2,7	2,3	3,5	2,0	2,5
Japan	1,0	0,3	0,7	1,3	3,4
Deutschland	1,8	-1,2	3,0	2,1	1,3
Frankreich	1,2	-1,3	2,8	2,2	1,3
Grossbritannien	-0,5	2,1	3,9	2,5	2,3
Italien	0,6	-1,2	2,1	3,0	0,8
Schweiz	-0,3	-0,8	1,2	0,1	-0,7
Arbeitslosigkeit in Prozent					
Vereinigte Staaten	7,5	6,9	6,1	5,6	5,4
Japan	2,2	2,5	2,9	3,2	3,4
Deutschland	7,7	8,9	9,6	9,5	10,4
Frankreich	10,4	11,7	12,3	11,8	12,4
Grossbritannien	9,9	10,3	9,3	8,3	7,5
Italien	8,8	10,2	11,3	12,0	12,1
Schweiz	2,4	4,5	4,7	4,2	4,7
Teuerung auf Konsumstufe, in Prozent					
Vereinigte Staaten	3,0	3,0	2,6	2,8	2,9
Japan	1,7	1,2	0,7	-0,1	0,1
Deutschland	5,1	4,5	2,7	1,8	1,5
Frankreich	2,4	2,1	1,7	1,8	2,0
Grossbritannien	3,7	1,6	2,5	3,4	2,5
Italien	5,3	4,2	3,9	5,4	3,8
Schweiz	4,0	3,3	0,9	1,8	0,8
Ertragsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes					
Vereinigte Staaten	-1,0	-1,5	-2,2	-2,0	-2,1
Japan	3,0	3,1	2,8	2,2	1,4
Deutschland	-1,1	-0,7	-0,9	-0,7	-0,2
Frankreich	0,3	0,7	0,5	1,1	1,3
Grossbritannien	-1,6	-1,7	-0,4	-0,4	-0,1
Italien	-2,3	1,2	1,5	2,5	3,5
Schweiz	6,3	8,4	6,9	6,9	6,9

Die Zahlen für das Jahr 1996 sind teilweise geschätzt.
Quelle: OECD

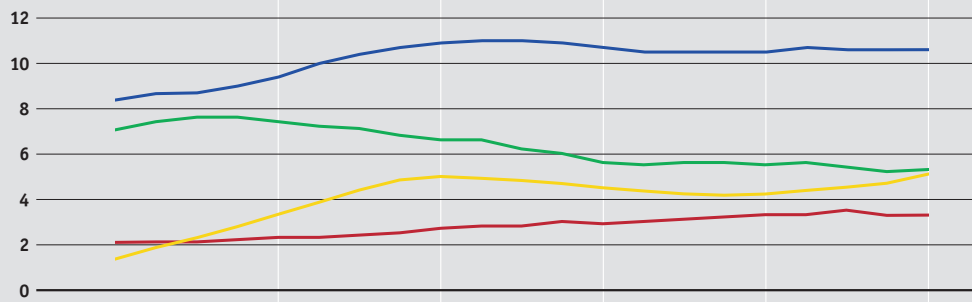
Bruttoinlandprodukt

— Vereinigte Staaten
— Japan
— OECD Europa
— Schweiz
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.
 Quelle: OECD



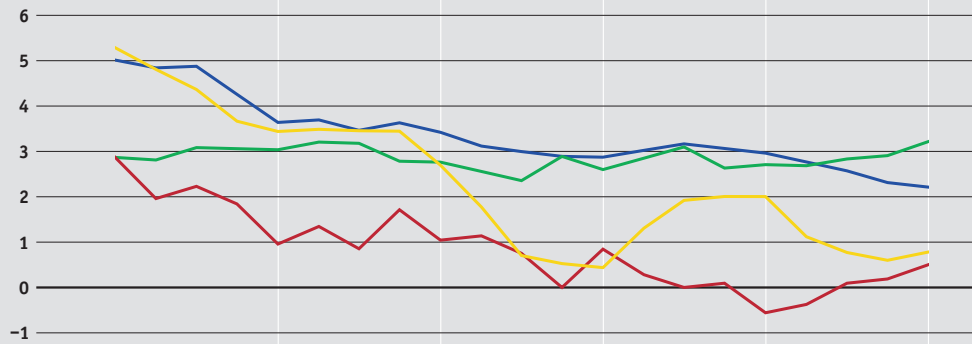
Arbeitslosigkeit

— Vereinigte Staaten
— Japan
— OECD Europa
— Schweiz
 In Prozent.
 Quelle: OECD



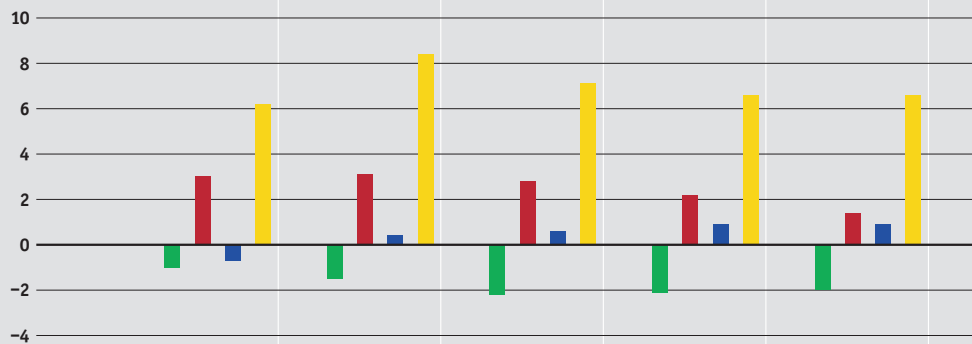
Teuerung

— Vereinigte Staaten
— Japan
— OECD Europa
— Schweiz
 In Prozent.
 Quelle: OECD



Ertragsbilanz

— Vereinigte Staaten
— Japan
— OECD Europa
— Schweiz
 Saldo in Prozent des Bruttoinlandprodukts.
 Quelle: OECD



Schwächeres Wachstum in Mitteleuropa

In den mitteleuropäischen Reformländern schwächte sich das Wirtschaftswachstum im Jahre 1996 hauptsächlich wegen des Rückgangs der Exporte in die EU ab. Dagegen belebte sich die Binnennachfrage: In den meisten Ländern zog der private Konsum an; die Investitionstätigkeit stieg in Tschechien, Polen und Slowenien deutlich. Der Rückgang der Beschäftigung verlangsamte sich, obschon die oft mit einem starken Stellenabbau verbundene Privatisierung der Industrie im allgemeinen Fortschritte machte.

Anhaltender Rückgang der Produktion in Osteuropa

In Osteuropa schrumpfte die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter. Die Strukturreformen kamen nur langsam voran, und die Investitionen blieben entsprechend niedrig. Aufgrund der Ausfuhr von Rohstoffen und Energieträgern erzielten die Ukraine und Russland indessen hohe Aussenhandelsüberschüsse.

Nachlassende Dynamik in Asien – Erholung in Lateinamerika und Afrika

In den Industrieländern Ost- und Südostasiens schwächte sich die wirtschaftliche Dynamik ab. Dazu trugen die Zinserhöhungen bei, mit denen die Zentralbanken der steigenden Inflation und den wachsenden Ertragsbilanzdefiziten entgegentraten. In Lateinamerika besserte sich die Wirtschaftslage, nachdem Ende 1994 die Finanzkrise in Mexiko die gesamte Region in Mitleidenschaft gezogen hatte. In verschiedenen Ländern Afrikas zeigten sich die ersten Früchte der Strukturreformen. Im Durchschnitt nahm das Pro-Kopf-Einkommen leicht zu.

Verlangsamte Expansion des Welthandels

Der Welthandel expandierte im Jahre 1996 mit einem Wachstum von schätzungsweise 5% weniger stark als im Vorjahr. Darin spiegelte sich in erster Linie die konjunkturelle Abschwächung in Kontinentaleuropa und der Anstieg des Dollars. Dieser verschlechterte die Wettbewerbsposition vieler Länder Asiens, die ihre Währung an den Dollar binden.

Unveränderte Geldpolitik in den Vereinigten Staaten und Japan

1.2 Geldpolitik

Die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung der grossen Industrieländer wirkte sich auf die Geldpolitik aus.

Die amerikanische Zentralbank liess den Tagesgeldsatz (Federal Funds Rate) unverändert, nachdem sie ihn im Dezember 1995 und im Januar 1996 um je 0,25 Prozentpunkte auf 5,25% gesenkt hatte. Da die Teuerungsaussichten trotz anziehender Konjunktur günstig blieben, drängte sich im weiteren Jahresverlauf keine Zinserhöhung auf. Die japanische Zentralbank liess den Diskontsatz, den sie im September 1995 auf 0,5% gesenkt hatte, auf diesem tiefen Niveau. Sie trug damit der zögernden Konjunktur sowie der anhaltend schwierigen Lage des Bankensystems Rechnung.

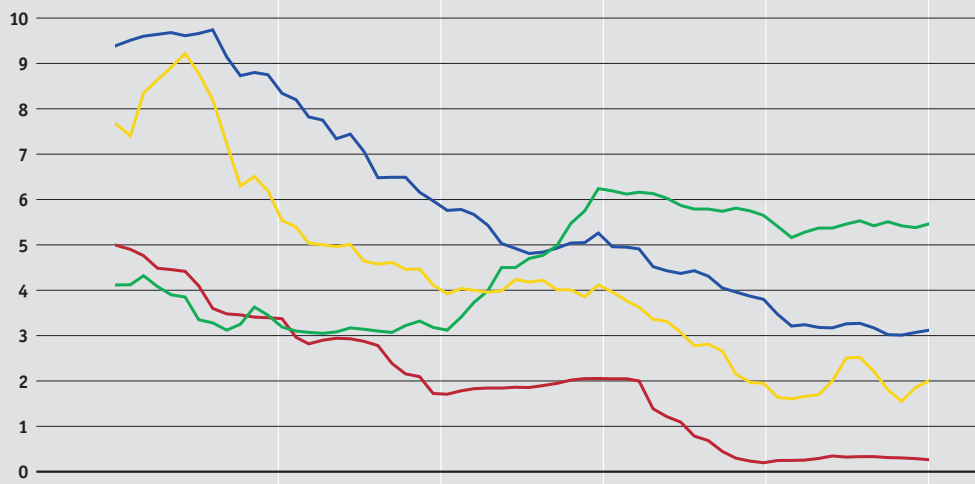
Zinssenkungen in Deutschland und Frankreich

Die Deutsche Bundesbank lockerte in der ersten Jahreshälfte die Geldpolitik, obwohl das Wachstum der Geldmenge M_3 deutlich über dem Zielbereich lag. Der Pensionssatz, zu dem die Bundesbank mit den Geschäftsbanken Wertpapierpensionsgeschäfte abschliesst, fiel von Januar bis August um fast einen Prozentpunkt auf 3% und verharrte anschliessend auf diesem Niveau. Im April senkte die Bundesbank zudem den Diskont- und den Lombardsatz um je 0,5 Prozentpunkte auf 2,5% bzw. 4,25%. Parallel zur Bundesbank nahmen auch die französische Zentralbank und die anderen am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) beteiligten Zentralbanken die Zinssätze

Kurzfristige Zinssätze

- Eurodollar
- Euroyen
- Euro-D-Mark
- Eurofranken

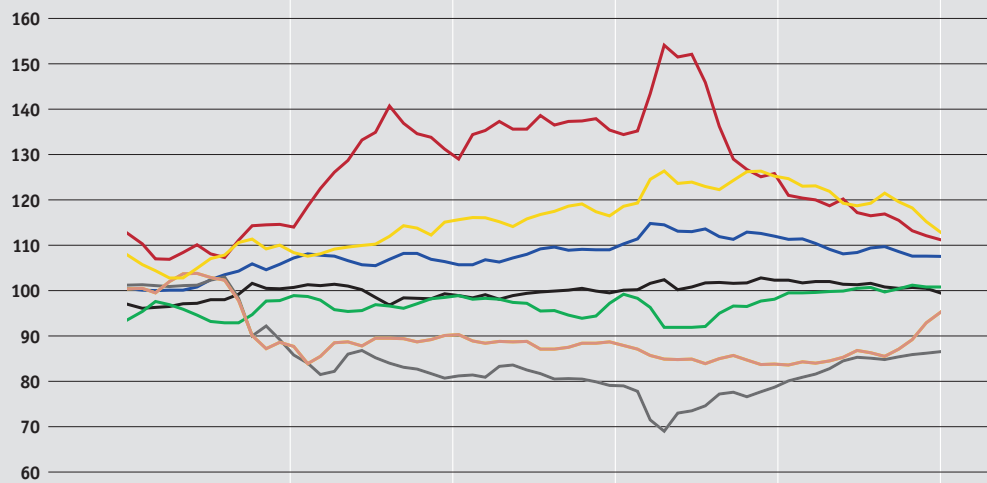
Dreimonatige Zinssätze
auf dem Euromarkt.
Quelle: BIZ



Wechselkurse

- Dollar
- Yen
- D-Mark
- Franc
- Pfund
- Lira
- Franken

Reale, handelsgewichtete
Wechselkurse, Index 1990 = 100.
Quelle: OECD



**Steigende Inflationsgefahr
in Grossbritannien**

zurück. Die französischen Leitzinsen lagen im Dezember um mehr als einen Prozentpunkt tiefer als vor Jahresfrist.

Die britischen Währungsbehörden senkten ihren Leitzinssatz in der ersten Jahreshälfte schrittweise. Aufgrund des kräftigen Konsums sowie steigender Inflationserwartungen wurde der Satz indessen im Oktober wieder leicht angehoben.

**Erfolgreiche Teuerungs-
bekämpfung in Italien**

Eine Teuerung von gegen 6% im vierten Quartal 1995 veranlasste die italienische Zentralbank, vorerst an ihrer restriktiven Geldpolitik festzuhalten. Da die Teuerung im Laufe des Jahres kontinuierlich zurückging und sich der Kurs der Lira festigte, senkte die Zentralbank den Diskont- und den Lombardsatz in der zweiten Jahreshälfte deutlich.

Starker Anstieg des Dollars

Die amerikanische Währung gewann im Laufe des Jahres 1996 stark an Wert. Der Anstieg wurde lediglich im dritten Quartal infolge eines Kurseinbruchs an der New Yorker Börse unterbrochen. Gegenüber dem Yen und der D-Mark erhöhte sich der Dollar innert Jahresfrist um 11,8% bzw. 7,7%, gegenüber dem Franken um 14%. Insgesamt lag der reale, handelsgewichtete Dollarkurs im Dezember um 2,8% über seinem Vorjahresstand.

Abschwächung der D-Mark

Die D-Mark schwächte sich gegenüber den meisten Währungen leicht ab. Im Vergleich zum Franc schloss sie Ende Jahr um 1,9% schwächer, gegenüber dem Franken gewann sie indessen um 5,9% an Wert. Der reale, handelsgewichtete Kurs der D-Mark lag im Dezember um 3,9% unter dem Vorjahresstand.

**Ruhige Lage im Europäischen
Währungssystem**

Im Wechselkursmechanismus des EWS verringerte sich der Abstand zwischen der stärksten und der schwächsten Währung im Laufe des Jahres von 6% im Januar auf 2% im Oktober. Die Peseta, der Gulden und das irische Pfund lösten einander als stärkste Währungen ab. Im November und Dezember weitete sich der Abstand im Wechselkursmechanismus wegen des Höhenflugs des irischen Pfundes beträchtlich aus.

**Erweiterung des Wechselkurs-
mechanismus**

Im Oktober wurde der Wechselkursmechanismus des EWS um die finnische Mark erweitert. Im November wurde auch die Lira wieder in den Mechanismus eingegliedert, nachdem sie im September 1992 aus dem Mechanismus ausgeschieden war.

**Weiterhin restriktive
Finanzpolitik in den grossen
Industrieländern**

Im Jahre 1996 blieb die Finanzpolitik – im Gegensatz zur Geldpolitik – in den meisten grossen Industrieländern restriktiv. Insbesondere die EU-Länder räumten der Sanierung der öffentlichen Finanzen im Hinblick auf die für 1999 geplante Wirtschafts- und Währungsunion Priorität ein. Dennoch nahmen die gesamten staatlichen Defizite, gemessen am Bruttoinlandprodukt, infolge der konjunkturellen Abkühlung in vielen EU-Ländern zu.

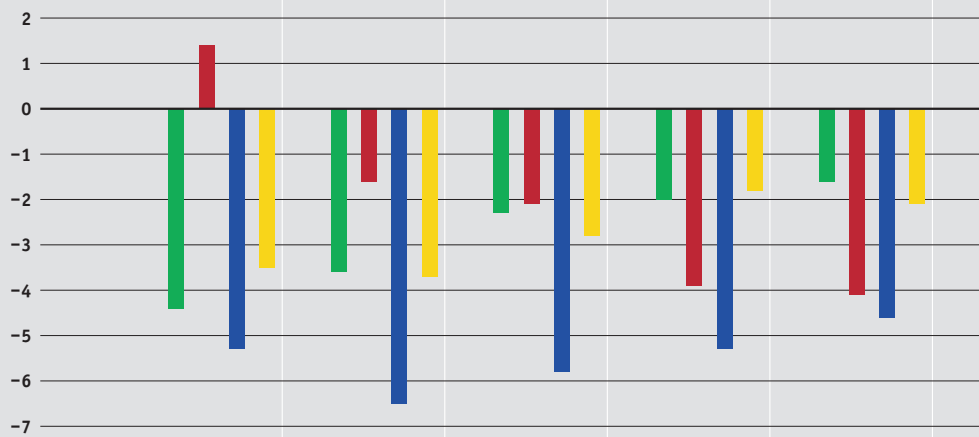
**Sinkendes Defizit in
den Vereinigten Staaten und
Grossbritannien – wachsendes
Defizit in Japan**

In den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien verbesserten sich die Staatshaushalte infolge der reichlich fliessenden Steuereinnahmen. Das amerikanische Bundesdefizit fiel mit 107 Mrd. Dollar bzw. 1,4% des Bruttoinlandproduktes geringer aus als budgetiert. Bis im Jahre 2002 soll der Bundeshaushalt ausgeglichen abschliessen. Das britische Staatsdefizit ging auf 3,4% des Bruttoinlandproduktes zurück. In Japan erhöhte sich der Fehlbetrag im Finanz-

1.3 Finanzpolitik

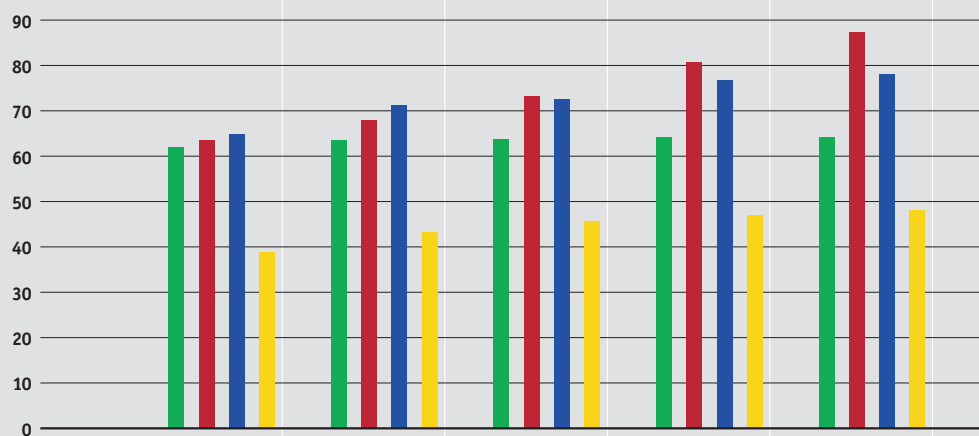
Staatshaushalte

█ Vereinigte Staaten
█ Japan
█ Europäische Union
█ Schweiz
 Staatshaushalte
 (alle öffentlichen
 Haushalte, inkl.
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 1996: Budget.
 Quelle: OECD



Staatliche Verschuldung

█ Vereinigte Staaten
█ Japan
█ Europäische Union
█ Schweiz
 Gesamte staatliche
 Verschuldung
 (alle öffentlichen
 Haushalte, inkl.
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 1996: Budget.
 Quelle: OECD



Konjunkturbedingte Verschlechterung der Staatsfinanzen in Deutschland und Italien, Verbesserung in Frankreich

Restriktive Budgets für das Jahr 1997 in Europa

Jahr 1996/97 infolge umfangreicher staatlicher Konjunkturstützungsprogramme auf 4,4% des Bruttoinlandproduktes. Während in den Vereinigten Staaten für das Jahr 1997 aufgrund der erwarteten Wachstumsverlangsamung mit einem höheren Budgetfehlbetrag gerechnet wird, soll das japanische Staatsdefizit im Finanzjahr 1997/98 deutlich sinken. Zur Verbesserung der Finanzlage der öffentlichen Hand sieht die japanische Regierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor.

In Deutschland führten schrumpfende Steuereinnahmen sowie höhere Sozialausgaben zu einem Anstieg des Staatsdefizits auf 3,5% des Bruttoinlandproduktes. In Italien erhöhte sich das Defizit ebenfalls, während es in Frankreich erheblich tiefer lag als im Vorjahr.

Die für das Jahr 1997 verabschiedeten Haushaltsbudgets spiegeln die weiterhin restriktive Finanzpolitik in Europa. In Deutschland sollen die Ausgaben um 2,5% gekürzt werden, um das Defizit unter den im Vertrag von Maastricht festgelegten Referenzwert von 3% zu senken. Frankreich fror aus dem gleichen Grund die nominellen Ausgaben ein; zudem werden dem Staatshaushalt durch die Übernahme der Pensionskasse eines zu privatisierenden Unternehmens Gelder zugeführt. Italien ergriff sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite des Budgets Massnahmen, um das Defizit zu reduzieren. Die britische Regierung will den Referenzwert trotz der geplanten Steuererleichterungen einhalten.

1.4 Finanzmärkte

Rückgang der Zinsen in der zweiten Jahreshälfte

In den meisten OECD-Ländern stiegen die langfristigen Zinssätze im ersten Halbjahr 1996 spürbar. In den Vereinigten Staaten war der Zinsanstieg infolge der Konjunkturerholung besonders ausgeprägt. Die Zinssätze erhöhten sich in Europa und Japan im Sog des amerikanischen Zinsanstiegs zunächst ebenfalls. Aufgrund der verhaltenen Wirtschaftsentwicklung und der als gering eingeschätzten Teuerungsgefahr gingen sie bis Ende Jahr wieder zurück. Der Renditeunterschied zwischen der D-Mark und den meisten anderen EU-Währungen verringerte sich deutlich, da unter anderem die Realisierungschancen der Europäischen Währungsunion als wesentlich besser eingestuft wurden.

Steigende Aktienkurse

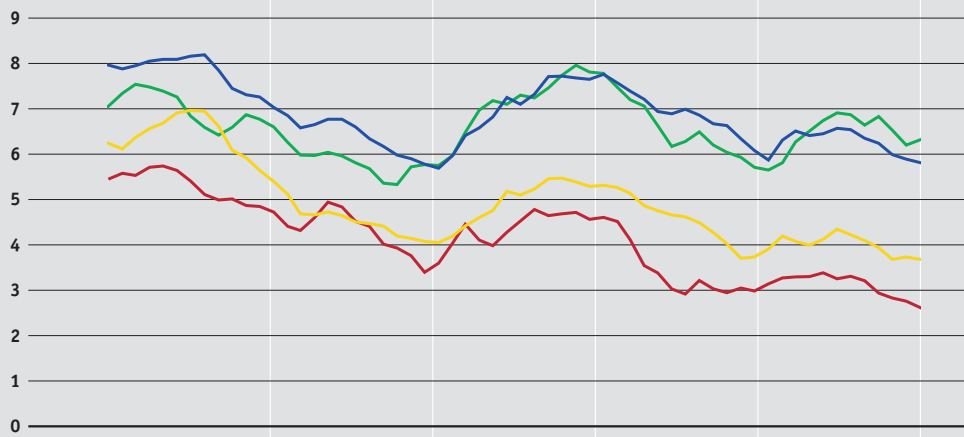
Die Aktienkurse stiegen an den meisten Handelsplätzen. Hohe Kursgewinne wurden besonders an den Börsen der Vereinigten Staaten verzeichnet. Auch in Deutschland und Frankreich verlief das Börsenjahr erfolgreich, wobei sich die Kurse in Frankreich vor allem gegen das Jahresende stark verbesserten. In Japan bildeten sich dagegen die Börsenkurse nach Gewinnen in der ersten Jahreshälfte vor dem Hintergrund hartnäckiger konjunktureller und struktureller Probleme wieder zurück.

Steigendes Emissionsvolumen an den internationalen Finanzmärkten

Die Beanspruchung der internationalen Finanzmärkte belief sich im Jahre 1996 auf insgesamt 1572 Mrd. Dollar, verglichen mit 1284 Mrd. im Vorjahr. Besonders kräftig erhöhte sich das Volumen der aufgelegten Obligationen anleihen. Dabei gewannen Wandel- und Optionsanleihen zusammen mit variabel verzinsten Titeln an Bedeutung, während die festverzinslichen Titel an Gewicht einbüßten. Diese Verlagerung ist teils auf das günstige Börsenklima, teils auf die Unsicherheit über die Entwicklung der Zinsen zurückzuführen. Die Emissions-

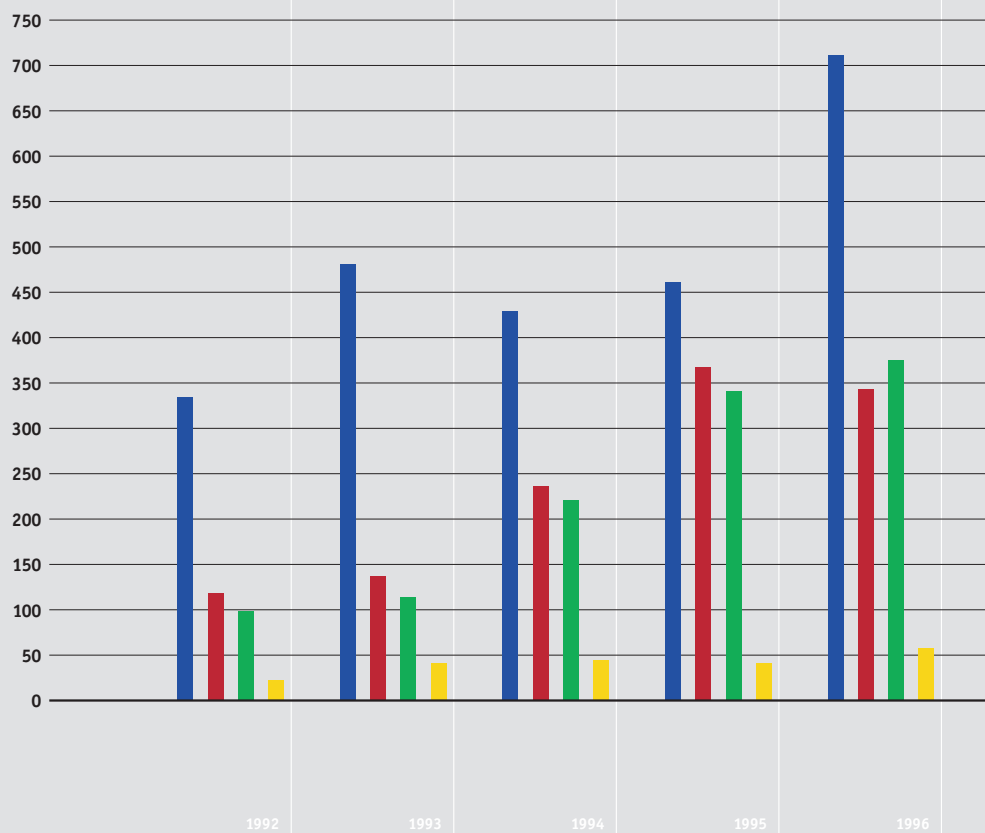
Langfristige Zinssätze

— Dollar
— Yen
— D-Mark
— Franken
 Langfristige Staatspapiere, in Prozent.
 Quelle: BIZ



Beanspruchung der internationalen Finanzmärkte

— Obligationen
— Bankkredite
— Mittelfristige Papiere
— Aktien
 Mrd. Dollar.
 Quelle: BIZ



programme für Notes stiegen ebenfalls, während die Vergabe syndizierter Kredite auf dem Vorjahresniveau verharrte. Auch die Plazierung von Aktien nahm, ermuntert durch das freundliche Börsenklima, deutlich zu. Unter den Emissionswährungen gewannen der Dollar, der Franc und das britische Pfund Marktanteile. Die D-Mark und die Lira konnten ihren Anteil wahren, während Yen, Franken und Ecu an Bedeutung verloren.

Gewinnsteigerung der amerikanischen Banken

Die Gewinne der amerikanischen Banken nahmen im Jahre 1996 erneut zu. Sowohl die Nettozinserträge – aufgrund der regen Kreditgewährung – als auch die Handelserträge trugen zu dieser günstigen Entwicklung bei. Gleichzeitig erhöhten die meisten Institute ihre Rückstellungen für gefährdete Kredite. Der angestrebten Reform des Glass-Steagall Act, der die Grundlage des amerikanischen Trennbankensystems bildet, war kein Erfolg beschieden. In der Folge schickte die amerikanische Währungsbehörde einen Vorschlag in die Vernehmlassung, der vorsah, den Zugang der im Kreditgeschäft tätigen Banken zum Wertschriftengeschäft zu erweitern.

Weiterhin schwierige Lage der japanischen Banken

Die Lage der japanischen Banken blieb trotz geringfügiger Rentabilitätsverbesserungen schwierig. Die grossen im Kreditgeschäft tätigen Banken bildeten nach einer tiefgreifenden Bilanzsanierung im Vorjahr leicht weniger Rückstellungen; im übrigen Bankensektor nahmen die Rückstellungen dagegen weiter zu. Im Rahmen eines staatlichen Sanierungsprogramms wurden zwei Gesellschaften zur Liquidierung der Aktiven zahlungsunfähiger Immobiliengesellschaften und Kreditgenossenschaften gegründet. Die Regierung stellte ferner Deregulierungsschritte in Aussicht, um die Konkurrenzfähigkeit des japanischen Finanzplatzes zu erhöhen.

Verbesserte Lage der Banken in Westeuropa

In den meisten Ländern Westeuropas vermochten die Banken ihre Rentabilität zu verbessern. Sie profitierten dabei von der günstigen Börsenentwicklung und einem verminderten Rückstellungsbedarf für zweifelhafte Kredite. Wegen der schwachen Kreditnachfrage stagnierte in einzelnen Ländern jedoch der Nettozinsertrag. In Frankreich und Italien gerieten zwei bedeutende Bankhäuser in Schwierigkeiten und wurden, unter Beanspruchung öffentlicher Mittel, einer vom Staat organisierten Restrukturierung unterzogen.

Weiterführung des Harmonisierungsprozesses im Finanzsektor der Europäischen Union

Die EU setzte die Arbeiten zur Harmonisierung des Finanzsektors fort. Parlament und Rat verabschiedeten eine Richtlinie über die erweiterte Anerkennung des vertraglichen Netting bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen. Die Kommission unterbreitete ausserdem neue Richtlinienvorschläge über die Endgültigkeit der Abrechnung und die Stellung von Sicherheiten in Zahlungssystemen sowie über einen erweiterten Informationsaustausch mit Nichtbankenaufsichtsbehörden von Drittländern.

Fortschritte in verschiedenen Bereichen der EU

1.5 Europäische Währungsintegration

Die Europäische Union setzte die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro, fort. Das geldpolitische Konzept der zukünftigen Europäischen Zentralbank (EZB) nahm Konturen an, und das Wechselkurssystem zwischen den Teilnehmern an der Währungsunion und jenen Mitgliedstaaten der EU, die noch nicht am Euro-Währungsgebiet

teilnehmen, wurde festgelegt. Ferner verabschiedete die EU einen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Das europäische Währungsinstitut schlug vor, die EZB solle ihre Geldpolitik entweder an einem Geldmengen- oder an einem Inflationsziel ausrichten. Als wichtigstes geldpolitisches Instrument sollen die Offenmarktgeschäfte dienen. Die EZB soll auch die Möglichkeit haben, bei Bedarf Vorschriften über Mindestreserven zu erlassen.

Der Europäische Rat einigte sich auf das neue Wechselkurssystem, welches nach dem Beginn der Währungsunion die EU-Mitgliedstaaten innerhalb und ausserhalb des Euro-Währungsgebietes verbinden wird. Der Euro wird in diesem System die Leitwährung sein. Die Wechselkursparitäten werden im Einverständnis aller beteiligten Länder und Institutionen, namentlich der EZB, festgelegt werden. Der erlaubte Schwankungsbereich der Wechselkurse um die Paritäten wird relativ gross sein. Sollte eine Währung den Rand des Wechselkursbandes erreichen, sind im Prinzip alle Beteiligten verpflichtet, automatisch und in unbegrenztem Umfang zugunsten der entsprechenden Währung einzugreifen. Diese Interventionen können jedoch eingestellt werden, wenn sie das oberste Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken, die Preisstabilität, gefährden.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll garantieren, dass die an der Währungsunion beteiligten Staaten auch nach dem Beginn der gemeinsamen Geldpolitik eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik führen. Der Pakt verlangt, dass die Staaten ihre Haushaltsdefizite dauerhaft unter 3% des Bruttoinlandproduktes halten. Überschreitungen sind nur in aussergewöhnlichen Situationen zulässig, beispielsweise beim Vorliegen einer schweren Rezession, d.h. wenn das reale Bruttoinlandprodukt innerhalb eines Jahres um mehr als 2% sinkt. Weist ein Land ein übermässiges Defizit auf, ist eine detaillierte, zeitlich genau definierte Abfolge von Massnahmen vorgesehen. Der betroffene Mitgliedstaat erhält vorerst die Möglichkeit, innerhalb einer gewissen Frist das übermässige Defizit zu beseitigen. Gelingt ihm dies nicht, muss er ein zinsloses Depot hinterlegen. Dieses wird in eine Busse umgewandelt, falls das übermässige Defizit nach einer bestimmten Zeit noch immer besteht.

Geldpolitisches Konzept

Wechselkurssystem

Stabilitäts- und Wachstumspakt

2 Schweiz

2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Leichter Rückgang des realen Bruttoinlandproduktes

In der Schweiz verschlechterte sich die Konjunkturlage im Jahre 1996. Das reale Bruttoinlandprodukt bildete sich um 0,7% zurück, nachdem es im Vorjahr stagniert hatte. Die Rezession hatte sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen. Im Inland hielt die Krise der Bauwirtschaft an, während sich der Strukturanpassungsprozess in der Industrie und im Dienstleistungssektor fortsetzte. Der damit verbundene Arbeitsplatzabbau dämpfte den Konsum der privaten Haushalte. Gleichzeitig führte der öffentliche Sektor seine Sparanstrengungen fort. Infolge des bis Mitte des Jahres sehr starken Frankens sowie der Konjunkturschwäche in der EU ging das Wachstum der Exporte zurück. Die Importe erhöhten sich trotz der flauen Binnenkonjunktur leicht.

Schrumpfende Industrieproduktion und tiefere Kapazitätsauslastung

Die schwache Nachfrage im In- und Ausland sowie die Bestrebungen, überhöhte Lagerbestände abzubauen, führten in der Industrie zu einem Produktionsrückgang. Die Kapazitätsauslastung fiel von 85,1% Ende 1995 auf 83,5% Ende 1996. Während einige exportorientierte Industrien – insbesondere die Chemie – den Auslastungsgrad im Laufe des Jahres leicht erhöhen konnten, sank er in den baunahen Industrien und in der Metallindustrie besonders stark.

Stagnierender privater Konsum

Der private Konsum wuchs mit 0,3% nur noch wenig, nachdem er im Vorjahr um 0,7% gestiegen war. Die Stagnation war vor allem eine Folge des Rückgangs der realen Haushalteinkommen. Zudem schöpften die massiv gestiegenen Krankenversicherungsbeiträge Kaufkraft ab, und die Konsumentenstimmung trübte sich angesichts der steigenden Arbeitslosenquote. Der reale Detailhandelsumsatz schrumpfte markant. Auch im Binnentourismus sank der Umsatz. Dagegen stiegen die Ausgaben der Schweizer im Ausland weiter.

Abflachendes Wachstum der Anlageinvestitionen

Das Wachstum der Anlageinvestitionen flachte im Jahre 1996 auf 1,3% ab. Während die Ausrüstungsinvestitionen stark wuchsen, bildeten sich die Bauinvestitionen erneut zurück.

Starke Nachfrage nach Ausrüstungsgütern

Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich trotz der sinkenden Kapazitätsauslastung mit 8,4% weiterhin stark; der Zuwachs erreichte indessen nicht mehr den Vorjahreswert von 14,1%. Der verstärkte Konkurrenzdruck führte zu weiteren Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen. Begünstigt wurde die Investitionstätigkeit zudem durch die anhaltend sinkenden Preise für importierte Investitionsgüter.

Kein Ende der Krise im Bausektor

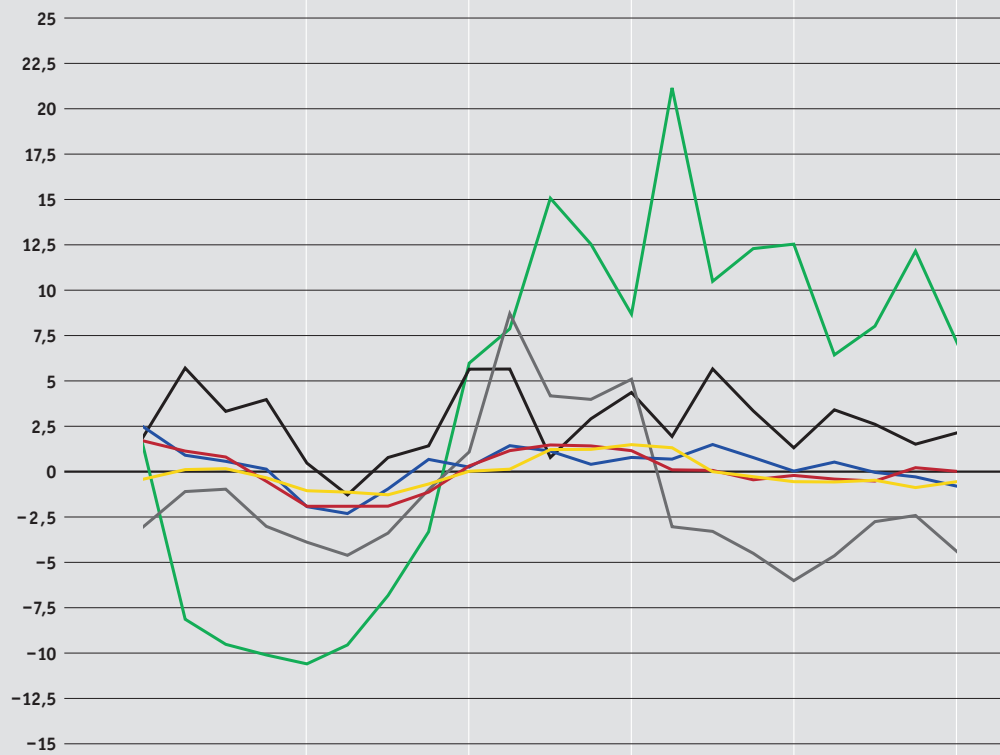
Die Bauinvestitionen waren wiederum rückläufig. Sie lagen um 3,5% unter ihrem Vorjahresniveau, gegenüber einem Rückgang von 4,3% im Jahre 1995. Der Wohnungsbau schrumpfte infolge der mangelnden Nachfrage deutlich. Aufgrund der fortgesetzten Sparbemühungen der öffentlichen Hand gingen die staatlichen Bauinvestitionen ebenfalls massiv zurück. Dagegen stabilisierte sich der gewerblich-industrielle Bau, der in den letzten Jahren grosse Einbussen verzeichnet hatte, auf tiefem Niveau.

Geringeres Wachstum der Exporte...

Der Aussenhandel verlor erheblich an Schwung, wobei insbesondere die Ausfuhren nach Deutschland und Frankreich rückläufig waren. Insgesamt nahmen die Güterausfuhren real noch um 2,1% zu, verglichen mit 4,2% im Vorjahr. Die Verlangsamung des Exportwachstums war vor allem auf eine Abschwächung des Zuwachses bei den Investitionsgüterausfuhren zurückzuführen. Die Aus-

Bruttoinlandprodukt und Komponenten

- Reales Bruttoinlandprodukt
 - Privatkonsum
 - Staatskonsum
 - Bauinvestitionen
 - Ausrüstungsinvestitionen
 - Exporte
- Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent.
Quelle: Bundesamt für
Konjunkturfragen



führen von Konsumgütern, Rohstoffen und Halbfabrikaten stiegen nur geringfügig.

... und der Importe

Aufgrund der rückläufigen wirtschaftlichen Aktivität im Inland nahmen die realen Gütereinfuhren mit 1,5% ebenfalls schwächer als im Vorjahr (+6,5%) zu. Die tieferen Einfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten spiegelten die rückläufige inländische Industrieproduktion. Die Importe von Investitionsgütern erhöhten sich weniger stark als im Vorjahr, dagegen stiegen die Einfuhren von Konsumgütern trotz der trüben Stimmung der Konsumenten stärker.

Weiterer Beschäftigungsrückgang

Die Zahl der Beschäftigten sank im Jahre 1996 um durchschnittlich 0,9%, nach einem Rückgang von 0,8% im Vorjahr. Im Dienstleistungssektor blieb die Zahl der Beschäftigten stabil, dagegen bildete sie sich im Bausektor und in der verarbeitenden Industrie überdurchschnittlich stark zurück. Damit setzte sich der seit Mitte 1990 anhaltende Trend fort. Innerhalb von sechs Jahren fiel der Anteil der in der Industrie Beschäftigten von 26,3% auf 23,7% und jener der im Bausektor Beschäftigten von 10,3% auf 9,8% der Gesamtbeschäftigung.

Steigende Arbeitslosenquote

Nachdem die Arbeitslosenquote bis Oktober 1995 zurückgegangen war, stieg sie im Laufe des Jahres 1996 wieder. Im Dezember betrug sie saisonbereinigt 5,3%. In der Westschweiz und im Tessin war die Arbeitslosenquote mit 7,1% deutlich höher als in der deutschen Schweiz mit 4,5%. Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen betrug 45%, verglichen mit einem Anteil von rund 25% an der Gesamtbeschäftigung. Die Kurzarbeit erhöhte sich nur wenig. Dies dürfte eine Folge vermehrter Entlassungen sein.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	1992	1993	1994	1995	1996
Vollzeitbeschäftigte Veränderung in Prozent	¹	-3,4	-2,2	-1,3	-1,2
Voll- und Teilzeitbeschäftigte Veränderung in Prozent	-2,6	-2,8	-1,8	-0,8	-0,9
Arbeitslosenquote in Prozent	2,6	4,5	4,7	4,2	4,7
Arbeitslose in 1000	92,3	163,1	171,0	153,3	168,6
Kurzarbeitende in 1000	34,0	42,0	22,6	9,9	13,1
Manpower Stellenindex Veränderung in Prozent	-38,2	-27,7	27,2	18,4	-19,1

1 Zahl nicht berechenbar

Daten nicht saisonbereinigt, Jahresdurchschnitte.
Manpower Stellenindex: Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen.
Quellen: BIGA, Bundesamt für Statistik, Manpower

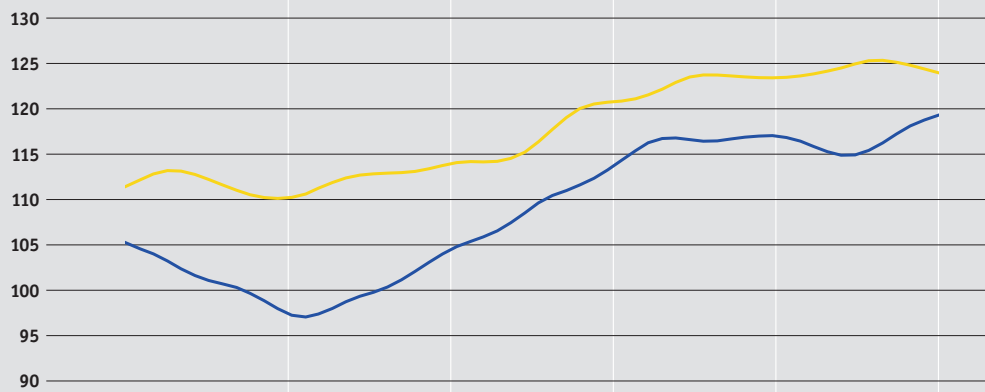
Leichte Zunahme der Erwerbstätigen gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung

Gemäss der im zweiten Quartal 1996 durchgeführten Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) nahm die Zahl der Erwerbstätigen (inkl. Saisonniers und Grenzgänger) um 0,5% zu. Sie befand sich damit immer noch um 2,9% unter dem Stand von 1991. Im Unterschied zum Beschäftigungsindex umfasst die Erwerbstätigenstatistik auch die Teilzeitarbeit mit einem Pensum von weniger als 50%. Die Zunahme des Totals ist auf diese Kategorie zurückzuführen während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, die mehr als 50% arbeiten, um 2,1% sank und jene der Vollzeitbeschäftigten stabil blieb. Die Zahl der erwerbstätigen Männer verminderte sich um 0,8%, jene der Frauen stieg um 2,3%. Dieser Anstieg erfolgte vor allem im Dienstleistungssektor, der einen hohen Anteil an Teilzeitstellen aufweist. Die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen sank um 1%, während jene der Schweizer um 1% stieg. Die Erwerbslosenquote erhöhte sich innert

Aussenhandel

Import
Export

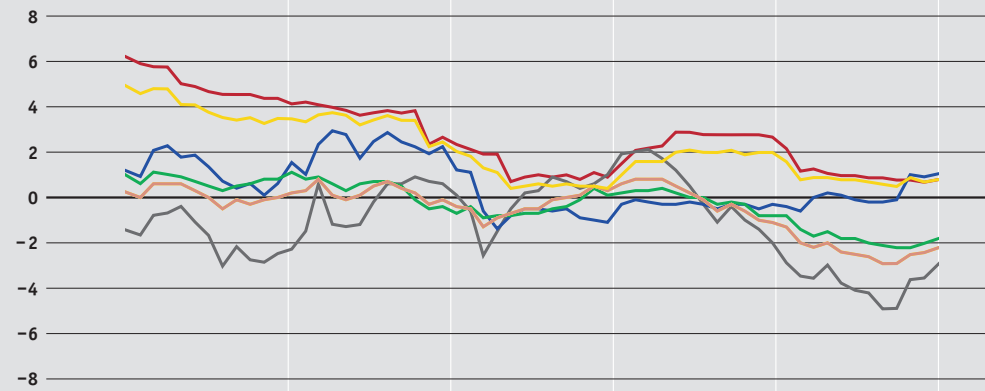
Volumen, saisonbereinigt und geglättet.
Index: 1988 = 100.
Quelle: Oberzolldirektion



Preisentwicklung

Konsumentenpreise
Konsumentenpreise für Inlandgüter
Konsumentenpreise für Auslandgüter
Produzenten- und Importpreise
Produzentenpreise
Importpreise

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.
Quelle: Bundesamt für Statistik



Löhne

Nominell
Real

Arbeitnehmerverdienste, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent (1996: Schätzung).
Quelle: Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement



Kontinuierlicher Teuerungsrückgang

Stabile Güterpreise – rückläufige Teuerung bei den Dienstleistungen

Deutlicher Rückgang der Produzenten- und Importpreise

Unveränderter Ertragsbilanzüberschuss

Jahresfrist von 3,2% auf 3,7%; sie lag bei den Frauen mit 4,4% deutlich höher als bei den Männern (3,3%).

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung bildete sich im Jahre 1996 kontinuierlich zurück. Im Dezember lag sie bei 0,8%, gegenüber 1,6% im Januar. Im Jahresdurchschnitt betrug die Teuerung 0,8%.

Die Güterpreise blieben während des ganzen Jahres stabil. Bei den Dienstleistungen sank die Teuerung von 2,7% im Januar auf 0,7% im Dezember. Sowohl die Preise der öffentlichen als auch jene der privaten Dienstleistungen erhöhten sich weniger stark als im Vorjahr, als sie infolge der Einführung der Mehrwertsteuer um durchschnittlich 3% gestiegen waren. Da sich der Franken im Laufe des Jahres abschwächte, nahmen die Preise der importierten Güter und Dienstleistungen etwas zu; die im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen verteuerten sich um 1%.

Der Produzenten- und Importpreisindex (Preisindex des Gesamtangebotes) ging um 2,4% zurück. Die Produzentenpreise sanken mit 1,8% zum dritten aufeinanderfolgenden Mal. Am stärksten fielen die Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate. Der Importpreisindex verringerte sich um 3,7%, nachdem er im Vorjahr annähernd unverändert geblieben war.

Der Ertragsbilanzüberschuss stieg im Jahre 1996 um 0,1 Mrd. auf 25,1 Mrd. Franken. Sein Anteil am nominellen Bruttoinlandprodukt belief sich auf 6,9%. Der Überschuss der Handelsbilanz (Spezialhandel) erhöhte sich leicht auf 1,9 Mrd. Franken, der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz auf 15 Mrd. Franken. Während die Kommissionserträge der Banken aufgrund der günstigen Entwicklung an den Börsen im ersten Halbjahr kräftig zunahmen, verzeichnete der Fremdenverkehr rückläufige Einnahmen. Der Überschuss bei den Arbeits- und Kapitaleinkommen erhöhte sich geringfügig auf 14 Mrd. Franken. Der Passivsaldo der laufenden Übertragungen verharrte bei 4,9 Mrd. Franken.

Ertragsbilanz Salden in Mrd. Franken

	1992	1993	1994	1995 revidiert	1996 provisorisch
Waren	-1,4	2,4	2,2	1,0	1,0
davon Spezialhandel	-0,2	3,5	3,2	1,8	1,9
Dienste	15,1	16,8	16,1	14,9	15,0
davon Fremdenverkehr	2,8	2,4	2,7	2,1	1,2
Arbeits- und Kapitaleinkommen	11,7	13,5	10,8	13,9	14,0
davon Kapitaleinkommen	19,2	20,7	17,7	20,8	20,9
Laufende Übertragungen	-4,2	-4,0	-4,7	-4,9	-4,9
Ertragsbilanz Total	21,3	28,8	24,4	25,0	25,1

2.2 Finanzpolitik

Das Defizit des Bundeshaushalts (ohne den Überschuss der Pensionskasse) betrug im Jahre 1996 5,4 Mrd. Franken oder 1,5% des Bruttoinlandproduktes. Es lag um 1 Mrd. Franken über dem Defizit des Vorjahres und übertraf den budgetierten Wert um 0,4 Mrd. Franken. Bei den Ausgaben schlugen vor allem die stark wachsenden Bundesbeiträge an die laufenden Ausgaben der Kantone zu Buche. Auf der Einnahmenseite übertrafen die Erträge der Mehrwertsteuer die budgetierte Summe, dagegen wuchsen die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer schwächer als erwartet. Die Rückzahlungen der Darlehen der Arbeitslosenversicherung fielen erheblich geringer aus als im Vorjahr. Im Budget für das Jahr 1997 ist ein Defizit von 5,8 Mrd. Franken (1,5% des Bruttoinlandproduktes) geplant.

Höheres Bundesdefizit als budgetiert

Gemäss ersten Angaben nahm das gesamte Haushaltsdefizit der Kantone im Jahre 1996 wie erwartet erstmals seit zwei Jahren wieder zu. Es dürfte sogar um 0,5 Mrd. Franken höher ausfallen als die budgetierten 2,6 Mrd. Franken. Die Verschlechterung der finanziellen Lage ist vor allem auf wachsende Sozialausgaben, insbesondere auf weitere Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, zurückzuführen. Dagegen fielen die Einsparungen im Personalbereich höher aus als budgetiert. Die Einnahmen stagnierten oder waren leicht rückläufig. Im Gegensatz zu den Kantonen vermochten die Gemeinden insgesamt ihre Finanzlage zu verbessern. Das gesamte Haushaltsdefizit aller Gemeinden dürfte deutlich weniger als 1 Mrd. Franken betragen.

Unterschiedliche Entwicklung der Defizite von Kantonen und Gemeinden

Die Schuldenquote (staatliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) von Bund, Kantonen und Gemeinden stieg von 47% auf 48%. Im Jahre 1990 hatte sie noch 31% betragen. Knapp die Hälfte der Schulden entfiel auf den Bund; die Schuldenanteile der Kantone und der Gemeinden beliefen sich auf rund 30% bzw. 20%.

Steigende Verschuldung

2.3 Finanzmärkte

Tiefere Zinssätze am Kapital- und am Geldmarkt

Nach dem starken Rückgang der langfristigen Zinsen im Vorjahr stieg die Durchschnittsrendite der Eidgenössischen Obligationen im ersten Halbjahr 1996 deutlich. In der zweiten Jahreshälfte gab sie wieder nach und lag im Dezember mit 3,7% auf dem gleichen Stand wie Ende 1995. Die kurzfristigen Zinsen wiesen ein ähnliches, allerdings etwas ausgeprägteres Muster auf. Die Verzinsung dreimonatiger Geldmarktbuchforderungen des Bundes erhöhte sich bis zur Jahresmitte um 1,1 Prozentpunkte auf 2,5% und sank danach bis zum Jahresende wieder auf 1,7%. Die Fristigkeitskurve blieb steil.

Abschwächung des Frankens

Die seit Anfang 1993 anhaltende starke Höherbewertung des Frankens kam Anfang 1996 zum Stillstand. Bis im Dezember 1996 verlor der Franken real und exportgewichtet um fast 10% an Wert, nachdem er sich in den beiden Vorjahren um insgesamt knapp 9% aufgewertet hatte. Am stärksten fiel die Kurskorrektur gegenüber dem britischen Pfund (-20%), der Lira (-17,1%) und dem Dollar (-14,6%) aus. Im Vergleich zur D-Mark lag der reale Frankenkurs um 5,6% tiefer als vor Jahresfrist.

Rückläufige Beanspruchung des Kapitalmarktes

Die Nettobeanspruchung des schweizerischen Kapitalmarktes durch Anleiheemissionen (Bruttoemission abzüglich Rückzahlungen) bildete sich stark zurück. Die Nettoaufnahme von Kapital durch inländische Schuldner betrug nur noch 0,6 Mrd. Franken, gegenüber 9,8 Mrd. im Vorjahr. Während sich die Bruttobeanspruchung im üblichen Rahmen bewegte, fielen die Rückzahlungen massiv höher aus als im Vorjahr. Die Nettobeanspruchung des Anleihenmarktes durch ausländische Schuldner war mit 18,4 Mrd. Franken ebenfalls deutlich geringer als im Vorjahr. Auf dem Schweizer Aktienmarkt übertrafen die Rückzahlungen die Emissionen um 0,1 Mrd. Franken. Im Vorjahr hatte sich die Nettoemission auf 1,1 Mrd. Franken belaufen.

Steigende Aktienkurse

Der Swiss Performance Index erhöhte sich im Jahre 1996 um 18%, nachdem er im Vorjahr um 23% gestiegen war. Zu dieser Erhöhung trug vor allem die günstige Kursentwicklung einzelner international tätiger Unternehmen bei.

Fortgesetzte Strukturbereinigung bei den Banken

Im Jahre 1996 erhöhten die Grossbanken ihre Rückstellungen massiv. Ausserdem kündigten sie Umstrukturierungen im Inlandgeschäft und die Schliessung einer grossen Zahl von Filialen an. Die geplanten Massnahmen dürften zu einem erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen im Bankensektor führen. Wie schon im Vorjahr wurden mehrere Regionalbanken von Gross- oder Kantonalbanken übernommen oder schlossen sich innerhalb ihrer Gruppe zusammen. Zwei Kantonalbanken schafften die rechtliche Grundlage für die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

Ausbau des Allfinanzbereichs

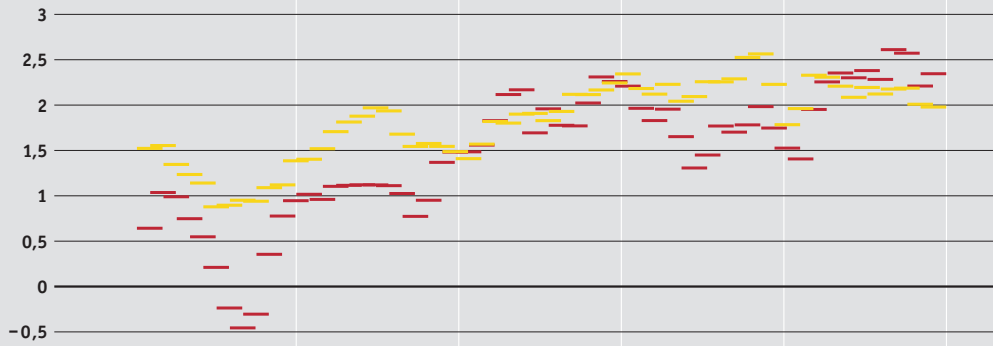
Die Banken bauten ihre Tätigkeit im Allfinanzbereich aus. Mehrere Banken nahmen einen eigenen Vertrieb von Versicherungen – vornehmlich im Bereich Lebensversicherungen – auf, und zahlreiche Banken schlossen mit Versicherungen Kooperationsabkommen.

Uneinheitliche Entwicklung der Bankbilanzen

Die Bilanzsumme der schweizerischen Banken stieg im Jahre 1996 um insgesamt 14%. Teilweise als Folge der Übernahmen verringerte sich der Anteil der Regional- und Kantonalbanken an der gesamten Bilanzsumme zugunsten der Grossbanken. Die Bilanzsumme aller Kantonalbanken erhöhte sich um 2,7%. Während das Interbankgeschäft der Kantonalbanken kräftig zunahm, stiegen die Kredite und Kundengelder nur geringfügig. Die Bilanzsumme der Grossbanken,

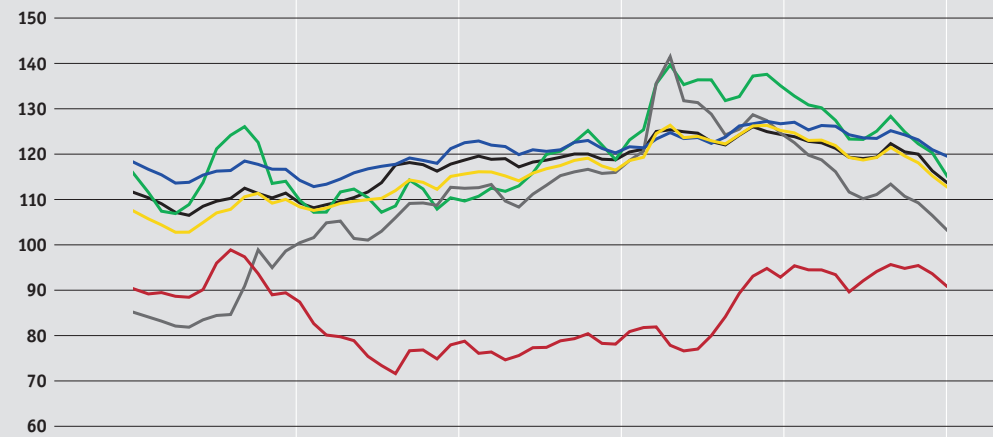
Differenzen langfristiger Zinssätze

— Deutschland – Schweiz
— Vereinigte Staaten – Schweiz
 Differenz in Prozentpunkten.
 Quelle: BIZ



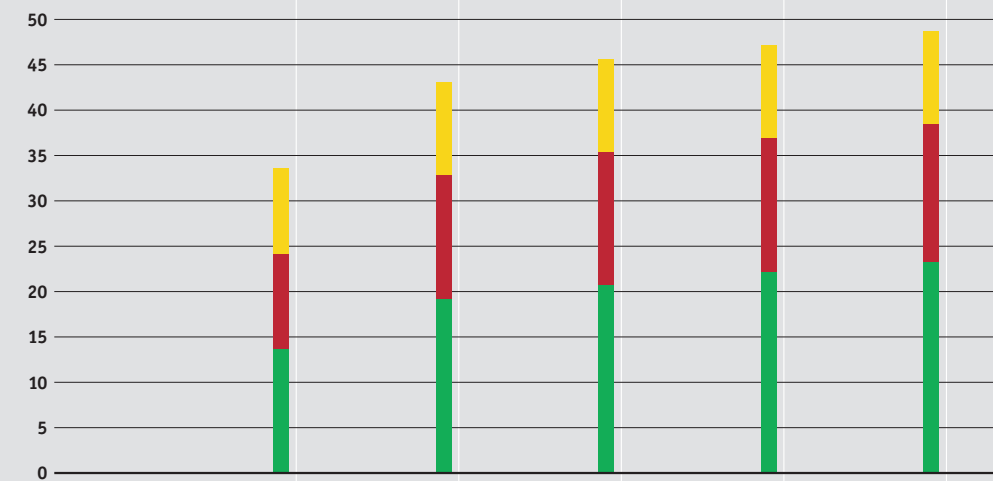
Fremdwährungskurse des Frankens

— Total (15 Länder)
— Dollar
— D-Mark
— Yen
— Franc
— Lira
 Realer Preis des Frankens in Fremdwährungen.
 Total: exportgewichtet.
 Index November 1977 = 100



Staatliche Verschuldung

■ Gemeinden
■ Kantone
■ Bund
 In Prozent des Bruttoinlandproduktes.
 Quelle: Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

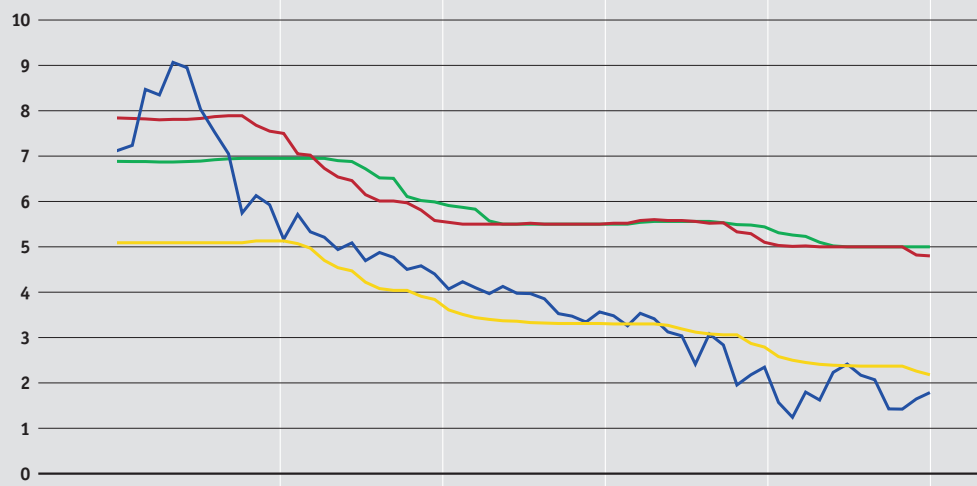


die ihr Interbankgeschäft ebenfalls stark ausweiteten, wuchs um 19%. Insgesamt erhöhten sich die Bruttofinanzaktiva, die sich aus den flüssigen Mitteln, Bankendebitoren, Wechseln und Geldmarktpapieren sowie Wertschriften zusammensetzen, innert Jahresfrist um einen Drittel. Im Vergleich zu den Regional- und Kantonalbanken flossen den Grossbanken überproportional viele Kundengelder zu; das inländische Kreditgeschäft entwickelte sich nur verhalten.

Im Jahre 1996 wurde der Börsenhandel von einem System à la criée auf ein elektronisches System umgestellt. Mit dem Beginn des vollelektronischen Handels mit Schweizer Aktien im August wurde die Schweizer Börse (SWX, Swiss Exchange) an das Wertschriftenverwaltungs- und -abrechnungssystem SECOM der Schweizerischen Effektiven-Giro AG (SEGA) angeschlossen. Bereits im Vorjahr war das Swiss Interbank Clearing (SIC) mit SECOM verbunden worden. Mit dem Verbund von SWX, SECOM und SIC steht nun für den Handel und die Abrechnung von Wertschriften eine integrierte elektronische Plattform zur Verfügung.

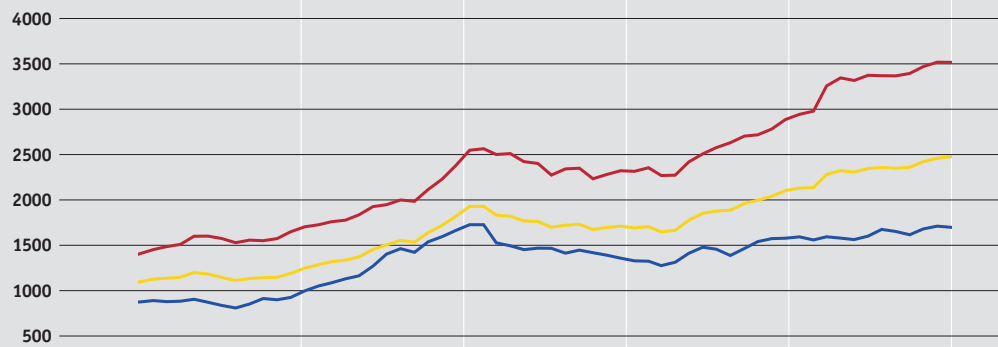
Ausgewählte Zinssätze der Banken

- Alte Hypotheken bei Kantonalbanken
 - Neue Hypotheken bei Kantonalbanken
 - Spargelder bei Kantonalbanken
 - Dreimonatige Festgelder bei Grossbanken
- Quartalsdurchschnitte in Prozent



Aktienkurse

- Insgesamt
 - Banken
 - Industrie
- Swiss Performance Index.
Quelle: Schweizer Börse



1 Konzept

Die Geldpolitik der Nationalbank zielt darauf ab, das Preisniveau mittelfristig stabil zu halten und der Wirtschaft zu ermöglichen, ihr Produktionspotential auszuschöpfen. Stabile Preise sind eine wichtige Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft. Indem die Nationalbank das Geldangebot nur soweit ausdehnt, dass die Wirtschaft im Rahmen des Produktionspotentials wachsen kann, trägt sie zu einer ausgeglichenen Entwicklung der inländischen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen bei. Unter diesen Umständen bleibt auch das Preisniveau stabil. Eine übermässige Ausweitung des Geldangebots zöge eine zu hohe Nachfrage nach sich. Die gesamtwirtschaftliche Kapazität wäre überlastet, in der Folge stiegen die Preise. Umgekehrt würde ein zu geringes Geldangebot die Produktion hemmen; für die Volkswirtschaft ergäben sich Wachstumsverluste und möglicherweise ein Rückgang des Preisniveaus.

Preisstabilität als Ziel der Geldpolitik

Das Ziel der Preisstabilität bedeutet nicht, dass die Geldpolitik keine Rücksicht auf die Konjunkturlage nimmt. Unsere Politik trägt dazu bei, konjunkturelle Schwankungen zu glätten. Wenn die volkswirtschaftliche Kapazität nicht voll ausgelastet ist, führt eine Ausweitung des Geldangebots im Rahmen des Produktionspotentials zu Zinssenkungen. Damit stützt die Geldpolitik die Nachfrage und hilft mit, die Unterauslastung zu beheben. Wird die volkswirtschaftliche Kapazität dagegen zu stark beansprucht, so löst eine potentialorientierte Geldpolitik Zinssteigerungen aus. Dies dämpft die Nachfrage ein und wirkt der konjunkturellen Überhitzung entgegen. Wir behalten uns zudem vor, auf unerwartete Entwicklungen – wie starke Schwankungen des Wechselkurses oder der Geldnachfrage – zu reagieren, um realwirtschaftliche Schäden möglichst klein zu halten.

Glättung konjunktureller Schwankungen

Wir richten unsere Geldpolitik hauptsächlich an der Notenbankgeldmenge aus. Sie dient uns als Indikator dafür, ob das Geldangebot dem volkswirtschaftlichen Produktionspotential gerecht wird. Die Notenbankgeldmenge ist ein eng abgegrenztes Aggregat. Sie setzt sich zusammen aus dem Banknotenumlauf und den Guthaben der Geschäftsbanken bei der Nationalbank. Es wäre grundsätzlich auch möglich, die Geldpolitik an einem breiter definierten Geldaggregat wie den Geldmengen M_1 (Bargeld und Sichteinlagen sowie Transaktionskonti), M_2 (Geldmenge M_1 und Sparkonti) oder M_3 (Geldmenge M_2 und Termineinlagen) auszurichten. Ein Wechsel drängt sich indessen nicht auf, da die Notenbankgeldmenge nach wie vor rasch und mit ausreichender Genauigkeit prognostizierbar ist. Zudem reagieren die breiten Aggregate stärker auf Zinsänderungen als die Notenbankgeldmenge. Dies beeinträchtigt in der kurzen Frist ihre Aussagekraft als geldpolitische Indikatoren. Wir beobachten jedoch ihren Verlauf sehr genau, um die Aussagekraft der Notenbankgeldmenge zu überprüfen.

Ausrichtung der Geldpolitik an der Notenbankgeldmenge

Als Orientierungshilfe für die Entwicklung der Notenbankgeldmenge dient uns ein mittelfristiger Zielpfad. Er zeigt die Richtung an, in die wir das Angebot an Notenbankgeld verändern sollten. Bei störungsfreiem Wachstum der Wirtschaft – mit Preisstabilität und normal ausgelastetem Produktionspotential – verlief die Geldnachfrage entlang dieser Linie. Die Festlegung des Zielpfades auf eine mittlere Frist erlaubt es uns, auf unerwartete Wechselkursschwankun-

Mittelfristiger Zielpfad für die Entwicklung der Notenbankgeldmenge

gen und andere Störungen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts angemessen zu reagieren. Der geldpolitische Kurs kann daher zeitweilig vom Zielpfad wegführen. Um unsere Geldpolitik auch in diesen Fällen transparent zu gestalten, informieren wir regelmässig über unsere geldpolitischen Absichten und prognostizieren die Entwicklung der Notenbankgeldmenge.

Zielpfad für die Zeit von Ende 1994 bis Ende 1999

Ende 1994 legten wir für die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge einen Zielpfad für eine Zeitspanne von fünf Jahren, die von Ende 1994 bis Ende 1999 dauert, fest. Der Zielpfad entspricht einer Zuwachsrate der Notenbankgeldmenge von durchschnittlich 1% pro Jahr. Er steht in Einklang mit einem Wachstum des Produktionspotentials von schätzungsweise 2% und einer Teuerung von 1% pro Jahr, die wir mit Preisstabilität gleichsetzen. Die angestrebte Zunahme der Notenbankgeldmenge von 1% ist geringer als das nominale Wirtschaftswachstum von 3%, das dem Zielpfad zugrunde liegt. Der Unterschied trägt der Tendenz Rechnung, Zahlungen vermehrt bargeldlos abzuwickeln. Als Folge davon steigt der Notenumlauf tendenziell weniger stark als das Sozialprodukt.

Grundzüge der geldpolitischen Steuerung

Wir beeinflussen das Geldangebot, indem wir auf die Liquiditätsversorgung des Bankensystems und damit auf die Zinsen am Geldmarkt einwirken. Dadurch steuern wir das Niveau der Giroguthaben, welche die Banken bei der Nationalbank halten und ermöglichen den Marktteilnehmern, jene Zinsbewegungen auszulösen, die mit unserem geldpolitischen Kurs in Einklang stehen. Allerdings können auch Zinsschwankungen auftreten, die geldpolitisch nicht gerechtfertigt sind. In diesen Fällen sind wir bereit, auf die Zinsentwicklung einzuwirken, indem wir das Liquiditätsangebot entsprechend anpassen oder den Tagesgeldsatz vorübergehend direkt steuern. Damit sorgen wir für eine geordnete Entwicklung der Geldmarktsätze.

Zentrale Rolle von Giroguthaben und Tagesgeldmarkt

Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage an Giroguthaben findet am Markt für Tagesgeld statt. Das Angebot an Giroguthaben kontrollieren wir durch den Einsatz der geldpolitischen Instrumente. Die Nachfrage der Banken nach Giroguthaben stammt insbesondere aus den gesetzlichen Liquiditätsanforderungen, aber auch aus dem Bedarf nach Arbeitsguthaben im bargeldlosen Zahlungsverkehr. Gemessen an den täglichen Liquiditätsbewegungen innerhalb des Bankensystems sowie zwischen dem Banken- und Nichtbankensektor (inkl. Bund und Post) ist der Bestand an Giroguthaben gering. Wir agieren daher regelmässig am Markt für Tagesgeld, um eine angemessene Liquiditätsversorgung zu gewährleisten.

Vorrang von Offenmarktgeschäften

Zur Steuerung der Giroguthaben schliessen wir mit den Banken Geschäfte zu marktkonformen Bedingungen ab. Um unsere Handlungsfreiheit zu bewahren, stellen wir dem Bankensystem die Liquidität in der Regel nur befristet zur Verfügung, indem wir Offenmarktgeschäfte auf Swapbasis abschliessen (Kauf von Aktiven bei gleichzeitigem Wiederverkauf auf Termin). Den Grundbedarf nach Liquidität decken wir mit Devisenswaps – Franken gegen Dollar in Laufzeiten von 1 bis 12 Monaten –, die wir nach Rückzahlung in der Regel erneuern. Für die kürzerfristige Liquiditätssteuerung setzen wir vorwiegend Swaps mit Geldmarktbuchforderungen ein. Zudem machen wir von der Möglichkeit Gebrauch, kurzfristige Festgelder, die der Bund bei uns anlegt, bei Banken zu plazieren. Auf diese Weise können wir die Liquiditätsverschiebungen zwischen dem Bankensystem und dem Bund ausgleichen.

Instrumente der Geldmarktsteuerung in Mrd. Franken

	1995		1996	
	Bestand Jahres- durchschnitt	Umsatz	Bestand Jahres- durchschnitt	Umsatz
Devisenswaps mit Laufzeiten				
bis 1 Monat	0,5	2,9	0,1	0,5
über 1 Monat bis 3 Monate	7,4	10,5	5,0	10,2
über 3 Monate bis 12 Monate	2,4	25,0	3,7	25,9
Total	10,3	38,4	8,8	36,6
Geldmarktbuchforderungen				
Swap	1,0	79,9	0,9	78,9
Käufe und Verkäufe	0,7	4,3	0,8	4,0
Total	1,7	84,2	1,7	82,9
Bundesanlagen				
Neuanlagen	5,4	58,2	3,9	74,7
Weiterplazierungen	3,0	34,1	2,2	62,2

Treten bei einer Bank dringende Liquiditätsbedürfnisse auf, die sie am Geldmarkt nicht abdecken kann, hat sie die Möglichkeit, auf den Lombardkredit der Nationalbank zurückzugreifen. Sie darf indessen den Lombardkredit nur bis zur Höhe ihrer mit Wertpapierhinterlagen gesicherten Kreditlimite und nur zum offiziellen Lombardsatz beanspruchen. Der Lombardsatz wird ständig zwei Prozentpunkte über dem Tagesgeldsatz gehalten, um die Banken davon abzuhalten, den Lombardkredit als dauerhafte Refinanzierungsquelle zu benützen.

Lombardkredit als Notventil

2 Durchführung

Die unerwartete konjunkturelle Abflachung veranlasste die Nationalbank, im Jahre 1996 eine expansivere Geldpolitik zu führen als sie Ende 1995 angekündigt hatte. Wir waren bestrebt, der Wirtschaft genügend Spielraum für eine rasche konjunkturelle Erholung zu geben und deflationären Tendenzen, die von der Frankenstärke ausgingen, entgegenzuwirken. Wir hatten Ende 1995 angenommen, die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge werde um mehr als 1% wachsen, aber den mittelfristigen Zielpfad bis Ende Jahr kaum erreichen. Tatsächlich stieg die Notenbankgeldmenge zwischen dem vierten Quartal 1995 und dem vierten Quartal 1996 um 5% und überschritt den Zielpfad bereits im Sommer.

Expansivere Geldpolitik als angekündigt ...

... aufgrund der Wirtschaftslage
notwendig

Wir waren Ende 1995 davon ausgegangen, dass sich die schweizerische Konjunktur beleben und das reale Bruttoinlandprodukt bis zum vierten Quartal 1996 um 1,8% wachsen werde. Gleichzeitig hatten wir für denselben Zeitraum eine Teuerung von rund 1,5% erwartet. Gegen die Jahresmitte zeichnete sich indessen immer deutlicher ab, dass die konjunkturelle Erholung ausbleiben würde. Damit erhöhte sich auch die Gefahr eines anhaltenden Rückganges der Preise. Dies veranlasste uns, die Notenbankgeldmenge stärker auszuweiten als ursprünglich vorgesehen. Wir konnten damit die Geldmarktzinsen etwa auf dem Anfang 1996 erreichten, niedrigen Niveau halten. Die tiefen Zinsen trugen dazu bei, den übermässigen Anstieg des Frankens am Devisenmarkt zu korrigieren.

Deutlicher Rückgang
der Sparzinsen

Das kräftige Wachstum der Notenbankgeldmenge widerspiegelt nicht allein die im Jahre 1996 verfolgte Geldpolitik. Die deutliche Lockerung der Geldpolitik im Frühjahr 1995 liess die Sparzinsen Ende 1995 und Anfang 1996 stärker als erwartet sinken. Der Notenumlauf reagiert auf Änderungen der Geldpolitik mit einer Verzögerung von mehreren Monaten, da er weniger stark durch die Geldmarkt- als durch die Sparzinsen beeinflusst wird. Diese passen sich erst nach einiger Zeit den Bewegungen der Geldmarktsätze an.

Verschiebung der Nachfrage
nach Giroguthaben

Ein weiterer Grund für das starke Wachstum der Notenbankgeldmenge im Jahre 1996 lag im Liquiditätsverhalten verschiedener Banken, welche ihre bei der Nationalbank gehaltenen Giroguthaben zulasten ihrer Postcheckguthaben aufstockten. Die Giroguthaben können von den Banken gleich wie Bargeld und Postcheckguthaben zur Erfüllung des gesetzlichen Liquiditätserfordernisses herangezogen werden. Die Postcheckguthaben sind jedoch im Unterschied zu den Giroguthaben nicht Teil der Notenbankgeldmenge. Wir passten das Angebot an Notenbankgeld an die um rund 400 Mio. Franken erhöhte Nachfrage nach Giroguthaben an. Sonst hätten wir unseren geldpolitischen Kurs unbeabsichtigt verschärft. Unser Kurs war somit nicht ganz so expansiv, wie der starke Anstieg der Notenbankgeldmenge vermuten lässt.

Zinsanstieg Mitte 1996 nicht
in Einklang mit Geldpolitik

Als Folge der expansiven Geldpolitik fielen die Geldmarktsätze, die bereits seit dem Frühjahr 1995 kontinuierlich gesunken waren, Anfang 1996 unter 2%. Im zweiten Quartal stiegen sie wieder an. Wir sahen darin zunächst einen Vorboten der erwarteten Konjunkturerholung. Ausserdem schwächte sich der Franken am Devisenmarkt erstmals seit längerem wieder ab, was erfahrungsgemäss zu gewissen Zinsanspannungen führt. Hinzu kamen Verwerfungen im Geldmarkt infolge der erwähnten Änderungen im Liquiditätsverhalten der Banken. Wir wirkten der Zinsanspannung entgegen, indem wir den Geldmarkt grosszügig mit Liquidität versorgten. Ende September unterstrichen wir mit der Senkung des Diskontsatzes von 1,5% auf 1% unsere Bereitschaft, die Geldmarktsätze auf tiefem Niveau zu halten.

Starkes Wachstum der breit
definierten Geldaggregate

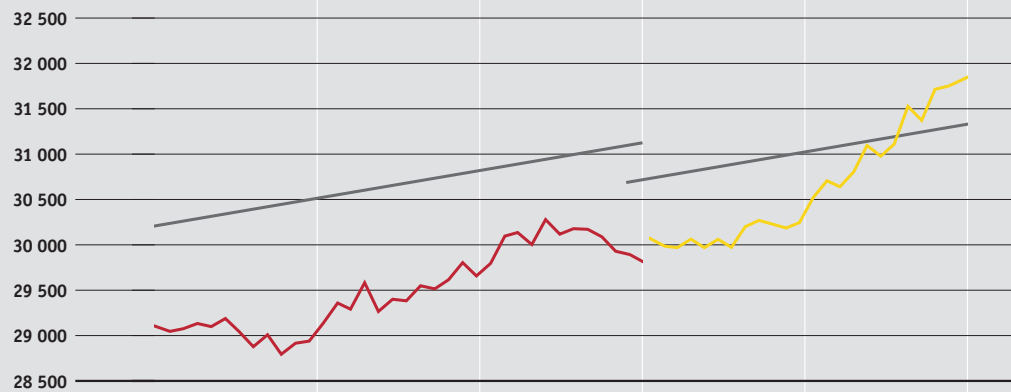
Die Entwicklung der breit definierten Geldaggregate, die rasch und stark auf Änderungen der Zinssätze reagieren, bestätigte das von der Notenbankgeldmenge gezeichnete Bild. Der Rückgang der Geldmarktsätze hatte bereits seit dem Frühjahr 1995 zu einem massiven Anstieg der Sicht- und Spareinlagen zulasten der Termineinlagen geführt. Diese Entwicklung wurde durch den vorübergehenden Anstieg der Zinssätze im Frühjahr 1996 unterbrochen. Dennoch stiegen alle breit definierten Aggregate kräftig: Die Geldmenge M_1 lag im Jahre 1996 um durchschnittlich 11,9% über dem Vorjahresstand, die Geldmenge M_2 erhöhte sich um 12,2%, während die Geldmenge M_3 um 7,2% stieg.

Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge

— Notenbankgeldmenge bis Dezember 1994
— Notenbankgeldmenge ab Januar 1995
— Zielpfad von 1%

In Mio. Franken

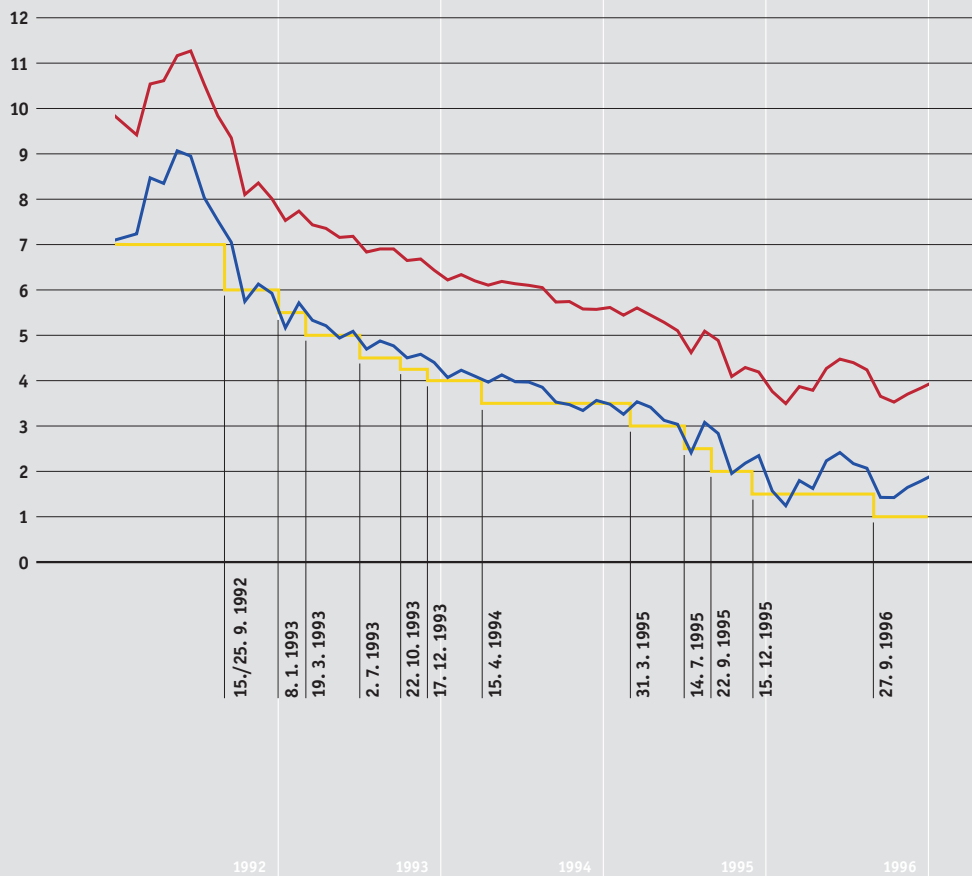
Ab Januar 1995 enthalten die Giro-guthaben nur noch die Einlagen von Banken im Inland. Bis Ende 1994 schlossen sie Einlagen einzelner Institutionen ein, die nicht dem Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen unterstellt sind.



Diskont- und Lombardsatz

— Diskontsatz
— Lombardsatz
— Tagesgeldsatz

In Prozent



Wir setzen im Einvernehmen mit dem Bundesrat im Jahre 1997 unseren gelockerten geldpolitischen Kurs fort. Wir beabsichtigen, die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge weiterhin über dem mittelfristigen Zielpfad zu halten. Damit tragen wir der ungünstigen Wirtschaftslage und den Unsicherheiten Rechnung, die von der europäischen Währungsintegration ausgehen. Die Geldversorgung bleibt grosszügig und schafft die monetären Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung. Wir erachten die Inflationsrisiken in der Schweiz derzeit als gering. Wir sind uns jedoch bewusst, dass der Zeitpunkt für einen Kurswechsel sorgfältig gewählt werden muss, wenn die Preisstabilität mittelfristig gewährleistet werden soll. Eine Änderung der Geldpolitik kommt indessen erst in Frage, wenn sich die schweizerische Wirtschaft erkennbar in einem Aufschwung befindet.

Verhaltene Konjunkturerholung bei geringer Teuerung im Jahre 1997

Der für das Jahr 1997 vorgesehenen Geldpolitik liegt die Erwartung zugrunde, dass das reale Bruttoinlandprodukt in der Grössenordnung von 0,5% steigen und die durchschnittliche Teuerung 1% betragen wird. Die Nachfrage nach Notenbankgeld dürfte unter diesen Voraussetzungen nur schwach zunehmen. Wir behalten uns wie immer vor, bei Störungen an den Finanzmärkten von unserem Kurs abzuweichen.

1992

1993

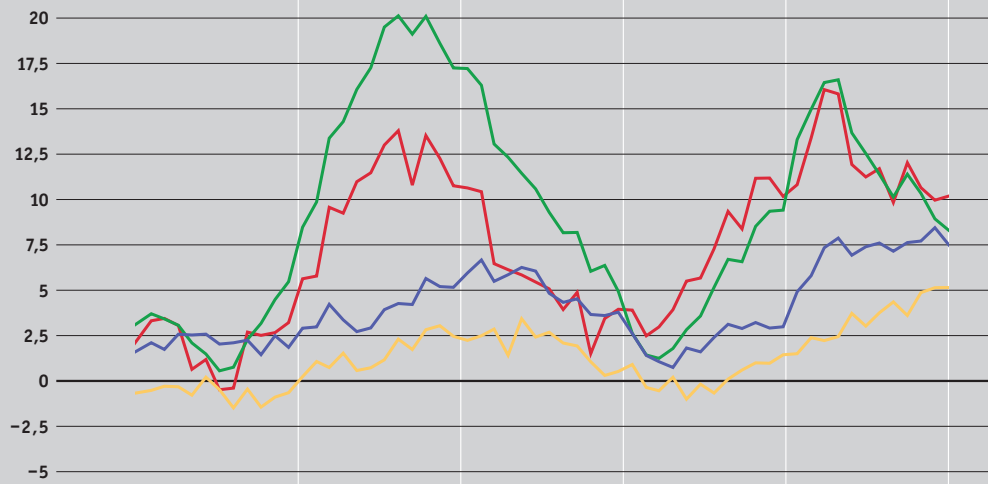
1994

1995

1996

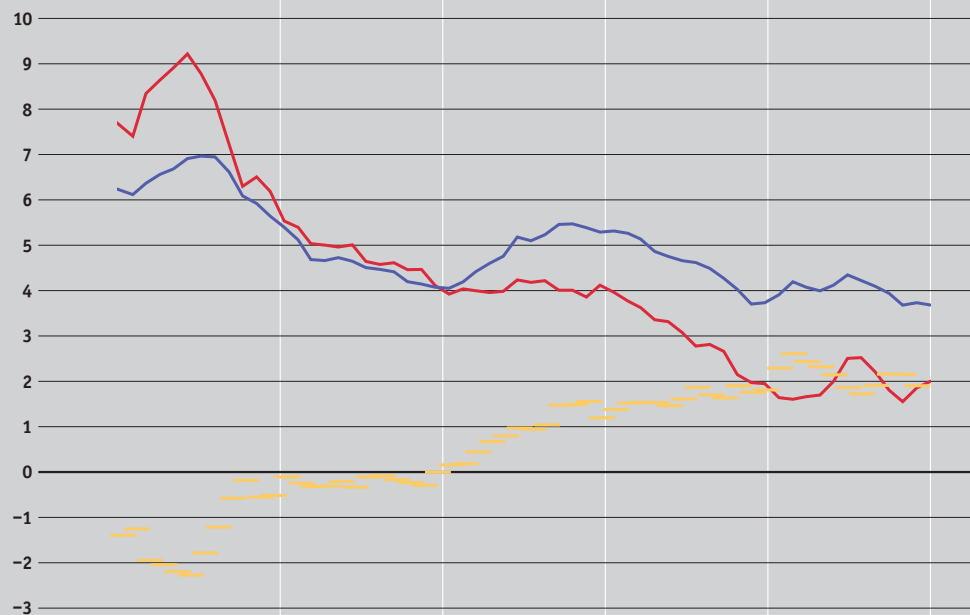
Geldaggregate

— Notenbankgeldmenge
— M₁
— M₂
— M₃
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent



Geld- und Kapitalmarktsätze

— Franken Euromarktsatz,
 3 Monate, in Prozent
— Rendite eidgenössischer Obligationen,
 in Prozent
— Differenz
 in Prozentpunkten



1992

1993

1994

1995

1996

3 Erneuerung des Notenmonopols

Staatsbank oder Aktienbank
als verfassungsrechtliche
Alternative

Gestützt auf Artikel 39 der Bundesverfassung (BV) steht dem Bund das ausschliessliche Recht zur Ausgabe von Banknoten zu. Der Bund kann das Notenmonopol durch eine unter gesonderter Verwaltung stehende Staatsbank ausüben oder, unter Vorbehalt des Rückkaufrechts, einer zentralen Aktienbank übertragen, welche unter seiner Mitwirkung und Aufsicht verwaltet wird. Das Nationalbankgesetz (NBG) überträgt das Privileg für die Ausgabe von Banknoten durch Beschluss der Bundesversammlung für die Dauer von jeweils 20 Jahren der Nationalbank. Die letzte Erneuerung erfolgte durch Beschluss der Bundesversammlung vom 15. September 1976 und gilt bis zum 20. Juni 1997.

Bundesbeschluss zur
Erneuerung des Notenmonopols

Mit Botschaft vom 24. April 1996 unterbreitete der Bundesrat den eidgenössischen Räten den Entwurf eines Bundesbeschlusses, mit dem der Nationalbank das ausschliessliche Recht zur Ausgabe von Banknoten vom 21. Juni 1997 an für die Dauer von 20 Jahren erneuert werden soll. Zur Begründung führte er aus, die geltende Regelung habe sich bewährt. Mit der Übertragung des Notenmonopols an eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete, als Aktiengesellschaft konstituierte Notenbank werde das Prinzip der Unabhängigkeit in hohem Grade verwirklicht. Eine «unter gesonderter Verwaltung stehende Staatsbank» wäre stärkeren politischen Einflussnahmen ausgesetzt als eine aktienrechtlich organisierte Zentralbank und stelle deshalb heute kaum noch eine valable Alternative dar. Der Ständerat hiess die Vorlage in der Herbst-, der Nationalrat in der Wintersession 1996 einstimmig gut.

4 Stellungnahme zum Entwurf der neuen Bundesverfassung

Stellungnahme der
Nationalbank

Der im Juni 1995 veröffentlichte Entwurf zur Reform der Bundesverfassung enthält auch einen nachgeführten Artikel über die Geld- und Währungs politik. Der neue Verfassungsartikel soll die bisherigen Bestimmungen von Art. 38 BV (Münzartikel) und Art. 39 BV (Notenbankartikel) ersetzen.

In ihrer Vernehmlassung vom 29. Februar 1996 erachtete die Nationalbank die Nachführung der Geld- und Währungsverfassung als wichtigen Bestandteil des Reformvorhabens. Wir befürworteten die Ordnung der Materie in einer einzigen, auf die Grundprinzipien des Geldwesens konzentrierten Verfassungsnorm. Wir begrüssteten weiter die vorgeschlagene Loslösung der schweizerischen Währung von ihrer Bindung an das Gold, die ausdrückliche Normierung der Bundeszuständigkeit für Geld und Währung sowie die verfassungsrechtliche Verankerung der Unabhängigkeit der Notenbank. Ferner wiesen wir darauf hin, dass die Verpflichtung der Notenbank auf das Ziel der Geldwertstabilität heute weltweit als Leitprinzip einer Währungsordnung anerkannt wird. Eine verfassungsrechtliche Ausrichtung der Notenbankpolitik auf das Ziel der Geldwertstabilität hätte jedoch den Rahmen einer blossen Nachführung sprengen können. Zur Sicherung des öffentlichen Vertrauens in die schweizerische Währung schlu-

gen wir vor, dass die Nationalbank verfassungsrechtlich verpflichtet werde, aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven zu bilden.

Dieser Vorschlag wurde in der Folge vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement aufgenommen. Am 20. November 1996 verabschiedete der Bundesrat den überarbeiteten Entwurf für eine neue Bundesverfassung zusammen mit der Botschaft. Im nachgeführten Art. 89 des Verfassungsentwurfs wird die Nationalbank zur Bildung ausreichender Währungsreserven verpflichtet. Diese Bestimmung ist als funktionales Äquivalent für den Verzicht auf die verfassungsrechtliche Pflicht zur Deckung des Notenumlaufs mit Gold und Devisen gedacht.

**Ergänzung des nachgeführten
Artikels über die Geld- und
Währungspolitik**

Übrige Notenbankaufgaben

1 Verwaltung der Aktiven

1.1 Grundzüge

Die Aktiven der Nationalbank bestehen im wesentlichen aus den Gold- und Devisenreserven sowie den inländischen Finanzaktiven (inländische Wertpapiere und Geldmarktpapiere). Sie bilden einen Bestandteil des schweizerischen Volksvermögens und erfüllen wichtige geld- und währungspolitische Aufgaben. Ihre Zusammensetzung wird durch die geltende Währungsordnung sowie die Bedürfnisse der Geldpolitik bestimmt.

Ein Teil der Aktiven der Nationalbank dient unmittelbar der Durchführung der Geldpolitik. Wir kaufen Vermögenswerte, um die Wirtschaft mit Notenbankgeld zu versorgen. Diese Aktiven verkörpern den realen Gegenwert der Notenbankgeldmenge, was zum Vertrauen in den Wert unserer Währung beiträgt. Zur Steuerung der Notenbankgeldmenge verwenden wir vornehmlich Devisenswaps und Inlandaktiven. Die Devisenswaps stellen Dollarreserven dar, die am Terminmarkt abgesichert sind.

Die ungesicherten Devisenreserven ermöglichen uns, im Falle einer Frankenschwäche am Markt zu intervenieren. Sie sind hauptsächlich in Dollar angelegt, da der Dollar als zentrale Reserve- und Interventionswährung dient. Wir können ungesicherte Devisenreserven jederzeit gegen Franken verkaufen, falls wir den Aussenwert unserer Währung stützen müssen. Im Unterschied zu den ungesicherten Devisenreserven lassen sich unsere Goldbestände nicht für Interventionen am Devisenmarkt einsetzen. Der Franken ist gesetzlich an das Gold gebunden. Dies bedeutet, dass wir Gold nur zum offiziellen Preis – der weit unter dem Marktpreis liegt – kaufen und verkaufen können. Trotzdem spielen sowohl die Goldbestände als auch die ungesicherten Devisenreserven eine entscheidende Rolle für die nationale Krisenvorsorge. Sie tragen dazu bei, dass die Schweiz auch in Notlagen gegenüber dem Ausland zahlungsfähig bleibt und lebenswichtige Einfuhren finanzieren kann.

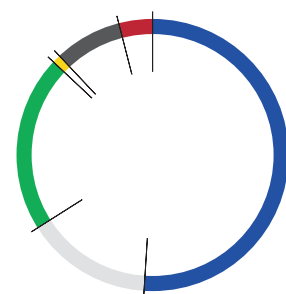
Die gesetzlichen Vorschriften schränken den Spielraum für die Bewirtschaftung unserer Gold- und Devisenreserven stark ein. Eine aktive Bewirtschaftung unserer Goldbestände ist ausgeschlossen. Auch bei der Verwaltung der Devisenreserven legt uns das Nationalbankgesetz enge Fesseln an. Es regelt sowohl den Kreis der Aktiven, die wir erwerben dürfen, als auch die Instrumente, die wir zu deren Verwaltung einsetzen können. Wir sind indessen bestrebt, unsere Devisenreserven möglichst ertragreich zu bewirtschaften, soweit dies mit den gesetzlichen Vorschriften und mit unserem geld- und währungspolitischen Auftrag in Einklang steht. Von Gesetzes wegen dürfen wir im Ausland nur Geldmarktanlagen tätigen und dies nur bei einem ausgewählten Kreis von Schuldern. Aus geld- und währungspolitischen Gründen halten wir zudem den grössten Teil der Devisenreserven in Dollar und sichern das Wechselkursrisiko nicht gezielt ab. Die Erfahrung zeigt, dass allfällige Wechselkursverluste auf den ungesicherten Devisenreserven langfristig durch höhere Zinserträge auf den entsprechenden Auslandsanlagen wettgemacht werden.

Wesen und Zweck der Nationalbankaktiven

Rolle der Inlandaktiven und der gesicherten Devisenreserven

Rolle der ungesicherten Devisenreserven und der Goldbestände

Geringer Bewirtschaftungsspielraum für Gold- und Devisenreserven



Struktur der Nationalbankaktiven in Prozent

Ungesicherte Devisenreserven	51
Swap	15
Gold	21
Übrige Inlandaktiven	1
Inländische Finanzaktiven	8
Übrige Fremdwährungsaktiven	4

Total: 57,8 Mrd. Franken.
Bilanzwerte, Jahresdurchschnitt

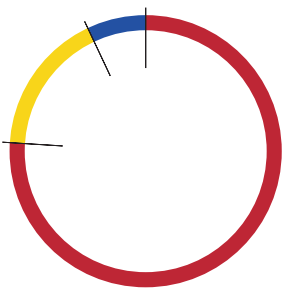
1.2 Devisenanlagen

Anlagepolitik und Risikokontrolle

Wir halten unsere Devisenreserven in sicherer und liquider Form. Damit sind wir in der Lage, sie nötigenfalls kurzfristig und ohne schwerwiegende Verluste am Markt zu verkaufen. Zu diesem Zweck können wir gemäss Nationalbankgesetz handelbare Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und ausländischer Banken erwerben oder bei ausländischen Banken Festgeldanlagen tätigen. Sämtliche Anlagen dürfen eine Restlaufzeit von zwölf Monaten nicht überschreiten. Wir berücksichtigen erstklassige Banken und achten darauf, dass keine Klumpenrisiken entstehen. Unsere internen Kreditlimiten beruhen auf dem Bonitätsurteil anerkannter Rating-Unternehmen. Im Rahmen dieser restriktiven Vorgaben steuern wir das Zinsrisiko in jeder einzelnen Währung. Wir halten die mittlere Restlaufzeit der Einzelwährungsportefeuilles nahe an der Restlaufzeit von Referenzportefeuilles. Unseren Bewirtschaftungserfolg messen wir an der Rendite dieser Referenzportefeuilles sowie am Anlageerfolg, den ein externer Vermögensverwalter mit einem kleinen Teil unserer Dollaranlagen erzielt.

Anlagetätigkeit und -ergebnis

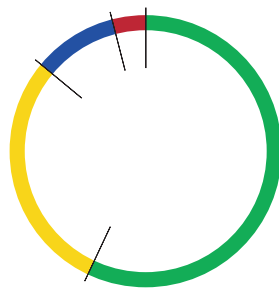
Die Devisenreserven verteilen sich auf die drei Leitwährungen Dollar, D-Mark und Yen. Gegenüber dem Vorjahr wurde der D-Mark-Anteil zulasten der nach wie vor dominierenden Dollaranlagen leicht erhöht. Rund 80% aller Anlagen entfielen wiederum auf Titel mit Staatsgarantie, wobei rund 63% in amerikanischen Staatspapieren angelegt waren. Die durchschnittliche Restlaufzeit des Dollar- und D-Mark-Portefeuilles lag bei 4,5 Monaten, jene des Yen-Portefeuilles bei 3 Monaten. Die erwirtschafteten Renditen reflektieren das verglichen mit dem Vorjahr gesunkene Zinsniveau an diesen drei Geldmärkten; die Renditen betrugen 5,4%, 3,5% bzw. 0,5% und lagen damit durchwegs tiefer als im Vorjahr. Wegen der kurzen Restlaufzeit der Anlagen konnten die Kapitalgewinne die Verringerung des Zinsertrages nicht kompensieren. Unter Ausklammerung des Wechselkursgewinns auf allen drei Währungen betrug die Gesamrendite auf den Devisenanlagen 5%.



Devisenanlagen nach Schuldnerkategorien in Prozent

Staatspapiere 76
Währungsinstitutionen 17
Übriger Geldmarkt 7

Total: 44,6 Mrd. Franken.
Jahresdurchschnitt



Devisenanlagen nach Währungen in Prozent

Dollar 57
Dollar kursgesichert 29
D-Mark 10
Yen 4

Total: 44,6 Mrd. Franken.
Jahresdurchschnitt

1.3 Inländische Wertschriften

Seit Anfang der achtziger Jahre schafft die Nationalbank einen Teil des Notenbankgeldes, indem sie am inländischen Kapitalmarkt jährlich Obligationen für netto rund 100 Mio. Franken kauft. Wir bewirtschaften den Obligationenbestand im Rahmen der gesetzlichen Auflagen und unter der Restriktion, dass die Bewirtschaftung die Geldpolitik weder stören noch von ihr profitieren darf. Daher verfolgen wir eine regelgebundene Anlagepolitik. Wir verteilen die Käufe gleichmässig auf das Jahr. Wir dürfen nur Obligationen der öffentlichen Hand, Pfandbriefe sowie handelbare Obligationen von inländischen Banken kaufen, wodurch das Kreditrisiko begrenzt ist. Alle gesetzlich zulässigen Schuldnerkategorien werden ungefähr im Verhältnis zu ihrer Marktkapitalisierung berücksichtigt.

Ende 1996 betrug der Marktwert des Portefeuilles 4 821,5 Mio. Franken, verglichen mit 4 686,7 Mio. im Vorjahr. Die mittlere Kapitalbindungsdauer (Duration) erhöhte sich von 4 auf 4,3 Jahre. Das Portefeuille erbrachte einen Zinsertrag von 242,9 Mio. Franken. Der Kursverlust infolge des Zinsanstiegs im ersten Semester wurde mehr als aufgewogen, als die Zinsen in der zweiten Jahreshälfte wieder fielen. Per Saldo ergab sich ein Kursgewinn von 17,4 Mio. Franken. Die Rendite betrug 5,75%.

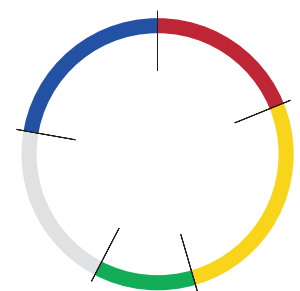
1.4 Überprüfung der Anlagepolitik und der Gewinnausschüttung

Die Nationalbank und das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragten Anfang Juni 1996 eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die Anlagepolitik der Nationalbank zu überprüfen und nach Möglichkeiten für eine ertragreichere Bewirtschaftung ihrer Devisenreserven zu suchen. Die Arbeitsgruppe hatte auch Vorschläge für eine wirksamere Glättung der Gewinnausschüttung der Nationalbank an den Bund und die Kantone auszuarbeiten.

Grundzüge der Bewirtschaftung

Anlagetätigkeit und -ergebnis

Gemeinsame Arbeitsgruppe
des Finanzdepartementes und
der Nationalbank



Inländische Wertschriften
nach Schuldnergruppen
in Prozent

Bund 19
Kantone 27
Gemeinden 12
Pfandbriefe 20
Banken 22

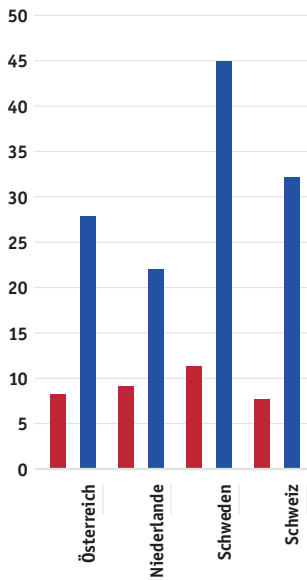
Total: 4,6 Mrd. Franken.
Jahresdurchschnitt

**Beurteilung
der Höhe der Devisenreserven
der Nationalbank**

**Vorschlag zur Teilrevision des
Nationalbankgesetzes
und zur künftigen Gewinn-
ausschüttung**

In ihrem Bericht, der nach Genehmigung durch Bundesrat und Direktorium am 20. Dezember veröffentlicht wurde, stellte die Arbeitsgruppe zunächst fest, die Nationalbank halte angemessene, mit anderen kleinen europäischen Ländern vergleichbare ungesicherte Devisenreserven. Sie betonte zudem, dass die Devisenreserven einer Notenbank in erster Linie eine geld- und währungs- politische Funktion erfüllen. Sie können daher nicht allein aufgrund von Ertrags- und Risikoüberlegungen verwaltet werden. Unter Berücksichtigung ihrer Liquiditäts- und Sicherheitsbedürfnisse soll die Nationalbank indessen möglichst hohe Erträge erzielen.

Zu diesem Zweck schlug die Arbeitsgruppe eine Teilrevision des Nationalbankgesetzes (NBG) vor. So soll die gesetzliche Höchstlaufzeit von derzeit zwölf Monaten für leicht handelbare Auslandsanlagen aufgehoben werden, damit die Nationalbank die durchschnittliche Laufzeit ihrer Devisenanlagen anheben und so höhere Erträge auf ihren Devisenreserven erzielen kann. Auch der Einsatz von Derivaten zur Steuerung der Marktrisiken auf den Devisenreserven sowie eine aktivere Bewirtschaftung der Goldbestände durch «Gold lending» könnten, wenn sie gesetzlich autorisiert würden, zu einer Ertragssteigerung beitragen. Damit bei der Ausleihe von Gold die Pflicht zur Deckung des Notenumlaufs mit mindestens 40% Gold nicht verletzt wird, soll die gesetzliche Mindestgolddeckung auf 25% herabgesetzt werden. Insgesamt sollte die Teilrevision des Gesetzes Mehrerträge von durchschnittlich 400 Mio. Franken pro Jahr ermöglichen. Ferner unterbreitete die Arbeitsgruppe einen Vorschlag für eine wirksamere Glättung der jährlichen Gewinnausschüttung an Bund und Kantone. Der – aufgrund einer Ertragsprognose festgelegte – Ausschüttungsbetrag soll jeweils während fünf Jahren konstant gehalten werden. Schliesslich soll die Nationalbank von der direkten Bundessteuer befreit werden. Die Besteuerung der Nationalbank ist nicht sinnvoll, da sie lediglich eine Verschiebung der Gewinnanteile zwischen dem Bund und den Kantonen bewirkt.



**Devisenreserven
in Prozent**

Bruttosozialprodukt

Importe

Durchschnittliche
Devisenreserven 1992–1994
(Österreich, Niederlande und Schweiz)
bzw. 1992/93 (Schweden).
Schweiz: ungesicherte
Devisenreserven.
Quelle: IWF, SNB

2 Zahlungsverkehr

2.1 Grundlagen

Die Hauptträger des schweizerischen Zahlungsverkehrs sind die Nationalbank, die Banken und die Post. Die Dienstleistungen der Banken werden von den Unternehmen der Telekurs-Gruppe erbracht. Die Nationalbank versorgt die Wirtschaft über das Bankensystem mit Noten und Münzen. Zudem wirkt sie als zentrale Abrechnungsstelle für bargeldlose Zahlungen zwischen den Banken sowie zwischen der Post und den Banken.

Die Nationalbank betreibt seit 1987 zusammen mit der Telekurs Payserv AG das elektronische Interbank-Zahlungssystem SIC (Swiss Interbank Clearing). SIC ist ein Bruttoabrechnungssystem, in dem jede Zahlungstransaktion individuell über die Girokonten der Teilnehmer bei der Nationalbank ausgeführt wird. Solche Systeme werden heute als Real-Time Gross Settlement (RTGS) Systeme bezeichnet. Über das SIC wickeln die Banken ihren Grossbetrags-Zahlungsverkehr sowie einen Teil des Massenzahlungsverkehrs ab. Seit März 1995 ist das SIC mit dem Wertschriftenabrechnungssystem SECOM der Schweizerischen Effekten Giro AG (SEGA) verbunden. Damit wird sichergestellt, dass bei der Wertschriftenabrechnung Lieferung und Zahlung simultan erfolgen («Lieferung gegen Zahlung»). Dadurch werden Abwicklungsrisiken vermieden.

Bei den übrigen Dienstleistungen im Zahlungsverkehr der Banken, dem Datenträgeraustausch (DTA), dem Lastschriftverfahren (LSV), dem Checkclearing (Einheitschecks), den Bancomaten, Electronic Fund Transfer (EFT/POS) und ec-Direct, handelt es sich um Nettoabrechnungssysteme; die Interbank-Forderungen, die bei der Abwicklung dieser Zahlungen entstehen, werden periodisch – in der Regel einmal jeden Tag – über die Girokonten der Teilnehmer bei der Nationalbank abgerechnet. Das Zahlungssystem der Post dient vorwiegend dem Massenzahlungsverkehr. Die Postkonten der Nationalbank dienen als Bindeglied zwischen den Zahlungssystemen der Banken und der Post.

Übersicht

Entwicklungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr

Mitwirkung bei weiteren Dienstleistungen im Zahlungsverkehr

2.2 Bargeldversorgung

Bargeldumlauf

Im Jahre 1996 betrug der durchschnittliche Notenumlauf 28,2 Mrd. Franken. Damit übertraf er den Vorjahreswert um 2,4%. Der Münzumlauf lag mit 2,1 Mrd. Franken nur wenig über dem Vorjahreswert.

Notenherstellung und -vernichtung

Die Nationalbank nahm 268 Mio. druckfrische Banknoten im Nominalwert von insgesamt 3,4 Mrd. Franken in ihren Vorrat auf. Gleichzeitig wurden 143,6 Mio. beschädigte oder zurückgerufene Noten im Nominalwert von 11,3 Mrd. Franken vernichtet.

Kassenumsätze

Die Bankstellen der Nationalbank verzeichneten im Jahre 1996 eine Zunahme der wertmässigen Kassenumsätze um 6,6% auf 144,2 Mrd. Franken. Dabei nahmen die Bankstellen rund 420 Mio. Noten oder 7,9% mehr als im Vorjahr entgegen und prüften sie auf Echtheit, Qualität und Quantität.

Neue 20-Franken-Note

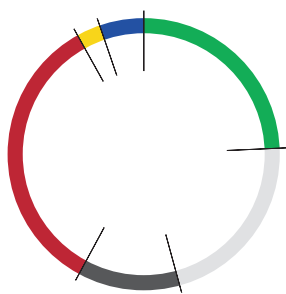
Am 1. Oktober 1996 gab die Nationalbank den zweiten Abschnitt der neuen Banknotenserie, die 20-Franken-Note, aus. Die Note ist dem Komponisten Arthur Honegger gewidmet und folgt in ihrem Erscheinungsbild der Systematik der 50-Franken-Note (Sophie Taeuber-Arp). Die Grundfarbe der neuen Banknote ist rot, damit sie sich eindeutig von der 100-Franken-Note unterscheidet. Die neue Banknotenserie vereinigt aktuelle Gestaltungselemente mit modernster Drucktechnologie. Die Sicherheitselemente erlauben es dem Publikum, die Echtheit der Noten auf einfache Weise zu überprüfen.

Vervollständigung der neuen Notenserie bis Herbst 1998

Die neue 10-Franken-Note erscheint im Frühling 1997. Die weiteren Abschnitte der neuen Notenserie werden im Halbjahresrhythmus bis Herbst 1998 in Umlauf gesetzt. Die Banknoten der vorherigen Serie, die zwischen 1976 und 1979 ausgegeben worden war, behalten bis auf weiteres ihre Gültigkeit. Die im Jahre 1980 zurückgerufenen Noten früherer Emissionen sind bis zum 30. April 2000 bei der Nationalbank einlösbar.

Numismatik

Im Jahre 1996 brachte die Nationalbank 23 400 Münzsätze in Umlauf. Ferner setzte sie im Auftrag und für Rechnung des Bundes 457 700 Gedenkmünzen in Verkehr.



Notenumlauf Abschnitte in Mio. Stück

10er	60
20er	53
50er	30
100er	84
500er	7
1000er	13

Jahresdurchschnitt

2.3 SIC-Zahlungsverkehr

Ende 1996 zählte das SIC 218 Teilnehmer (Ende 1995: 214). Im Jahr 1996 wurden durchschnittlich rund 427 000 Zahlungen pro Tag in Höhe von gesamthaft etwa 150 Mrd. Franken abgewickelt. Damit wird innerhalb von 2,5 Tagen ein Betrag umgesetzt, der ungefähr dem jährlichen Bruttosozialprodukt entspricht.

Zunahme des Zahlungsstroms
im SIC

Entwicklung der Zahlungsströme¹

	1992	1993	1994	1995	1996
Transaktionen pro Tag in Tausend					
Durchschnitt SIC	253	263	349	382	427
Durchschnitt SECOM	–	–	–	13	20
Maximum SIC	521	580	925	1 154	1 156
Maximum SECOM	–	–	–	24	40
Betragsvolumen pro Tag in Mrd. Franken					
Durchschnitt SIC	131	133	131	128	150
Durchschnitt SECOM	–	–	–	3	5
Maximum SIC	232	217	270	257	290
Maximum SECOM	–	–	–	7	10
Umschlagshäufigkeit²					
Durchschnitt	67	63	61	57	58
Maximum	125	113	121	112	90

1 Die SECOM-Zahlungen sind ab 27. März 1995 im SIC-Zahlungsstrom enthalten.

2 Durchschnittliche Umsetzung eines Frankens pro Tag

Bezüglich der Betragsgrösse bestehen im SIC keine Beschränkungen. Neben Grosszahlungen von 100 Mio. Franken und mehr werden auch Kleinstzahlungen abgewickelt. Zwischen der mengenmässigen und der betragsmässigen Struktur des Zahlungsstroms gibt es grosse Unterschiede: Kleine Zahlungen (bis Fr. 5 000) machen mengenmässig mehr als 80%, betragsmässig jedoch lediglich 0,2% aus. Umgekehrt machen grosse Zahlungen (1 Mio. Franken und mehr) mengenmässig weniger als 5% aus, obschon sie mit über 95% des Gesamtbetrags ins Gewicht fallen.

Betragsstruktur

Täglicher Zahlungsstrom

	1992	1993	1994	1995	1996
Anzahl¹					
1–4 999	80,3	81,2	84,9	83,0	82,7
5 000–999 999	15,9	15,1	12,3	14,5	14,8
1 000 000 und mehr	3,9	3,7	2,8	2,5	2,5
Betrag¹					
1–4 999	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
5 000–999 999	2,2	2,2	2,2	3,2	3,3
1 000 000 und mehr	97,6	97,6	97,6	96,5	96,5

1 Nach Betragsklasse, in Prozent des entsprechenden Totals

3 Statistik

Grundlagen

Die Nationalbank führt bei Banken und Industrie jene Erhebungen durch, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind. Die erhobenen Daten dienen der geld- und währungspolitischen Analyse, der Konjunkturbeobachtung sowie dem Erstellen der Zahlungsbilanz. Mit den Angaben zu den Bankbilanzen berechnen wir insbesondere die Geldaggregate. Die Unternehmen des Industrie- und Dienstleistungssektors liefern Zahlen über ihre Auslandstätigkeit, vor allem über Direktinvestitionen, welche in die Zahlungsbilanz einfließen. Die Nationalbank ist auch für die Anlagefondsstatistik verantwortlich und sammelt Informationen über die Geld- und Kapitalmärkte. Diese Erhebungen werden mit dem Kreis der meldepflichtigen Institute abgesprochen und soweit als möglich internationalen Standards angepasst. Wir sind bestrebt, die Übermittlung der Angaben von Banken und Industrie möglichst rationell zu gestalten. Im Jahre 1996 wurden deshalb erste Schritte zur vollelektronischen Datenübermittlung der Banken an die Nationalbank in die Wege geleitet.

Verbesserung verschiedener Statistiken

Im Zuge der Revision der Eigenmittel- und Rechnungslegungsvorschriften für die Banken wurden im Jahre 1996 sämtliche bankenstatistischen Erhebungen, Datenbanken und Publikationen überprüft und angepasst. Um bei der Berechnung der Geldaggregate eine möglichst hohe Aktualität zu erreichen, führten wir eine Vorerhebung bei einer repräsentativen Zahl von Banken ein. Ferner ergänzten wir unsere Erhebungen aufgrund von Neuerungen an den Finanzmärkten. Die Gliederung der Zahlungsbilanz passten wir der vom IWF vorgegebenen Struktur an. In Zusammenarbeit mit dem Anlagefondsverband erarbeiteten wir ein neues Konzept für eine erweiterte Anlagefondsstatistik.

4 Dienstleistungen für den Bund

Grundlagen

Die Nationalbank wirkt als Bankier des Bundes. Das Nationalbankgesetz regelt die Leistungen, die zu diesem Tätigkeitsbereich gehören, verbietet die Defizitfinanzierung durch Notenbankkredite und bestimmt, dass die Leistungen unentgeltlich erbracht werden. Auf dieser Grundlage besorgen wir für den Bund Aufgaben im Zahlungsverkehr, im Münzwesen, bei der Mittelaufnahme am Geld- und Kapitalmarkt sowie bei der Geldanlage.

Agent am Geldmarkt

Der Bund hält seine liquiden Mittel in Form von Sichtguthaben oder kurzfristigen Festgeldern bei der Nationalbank. Wir verzinsen dem Bund die Sichtguthaben bis zum Betrag von 500 Mio. Franken zum Tagesgeldsatz, die Festgelder zu marktüblichen Zinsen. Im Falle von Liquiditätsengpässen sind wir dem Bund bei der Aufnahme von Geldmarktkrediten bei Banken behilflich; gegebenenfalls muss der Bund zu denselben Bedingungen wie die Banken den Lombarkredit der Nationalbank beanspruchen.

Bundesanleihen und Geldmarktbuchforderungen

Im Jahre 1996 führten wir für den Bund 52 Emissionen von Geldmarktbuchforderungen (GMBF) und 10 Emissionen von Bundesanleihen durch. GMBF wurden für insgesamt 103,1 Mrd. Franken gezeichnet und 49,9 Mrd. Franken zugeteilt. Bundesanleihen wurden für insgesamt 10,6 Mrd. Franken gezeichnet, wovon 4,5 Mrd. zugeteilt wurden.

Bundesanleihen und Geldmarktbuchforderungen

	1992	1993	1994	1995	1996
Anzahl Emissionen¹					
Bundesanleihen	10	16	16	7	10
GMBF	24	24	52	52	52
Total gezeichnet in Mrd. Franken					
Bundesanleihen	12,6	14,2	9,9	8,2	10,6
GMBF	23,8	59,0	71,8	94,7	103,1
Total zugeteilt in Mrd. Franken					
Bundesanleihen ²	6,2	8,6	6,8	3,5	4,5
GMBF	15,6	34,5	46,7	47,1	49,9
Am Jahresende ausstehend in Mrd. Franken					
Bundesanleihen	17,2	24,1	28,6	29,8	33,8
GMBF	7,2	11,3	12,7	14,1	14,7

1 Aufgrund des Liberierungsdatums

2 Exklusive Eigentranche

Die Nationalbank nimmt auf Rechnung des Bundes Zahlungen entgegen und führt in dessen Auftrag und bis zur Höhe seines Guthabens Vergütungen an Dritte im In- und Ausland aus. Ihren Bargeldbedarf decken die Bundesstellen durch Bezüge bei der Nationalbank. Die überschüssigen Barmittel des Bundes – insbesondere jene von Post und SBB – fliessen über die Banken an uns zurück. Ausserdem führen wir das eidgenössische Schuldbuch und verwalten für den Bund und ihm nahestehende Institutionen Wertschriften und Wertgegenstände.

**Verwaltungs- und
Abwicklungsdienste**

5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen

5.1 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission

Grundzüge

Zwischen der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) und dem Direktorium der Nationalbank fanden auch im Jahre 1996 regelmässige Aussprachen statt. Daneben arbeiteten wir mit dem Sekretariat der EBK in verschiedenen Sachfragen, namentlich bei der Prüfung von Gesetzesänderungen im Finanzbereich, eng zusammen.

Börsengesetz: zweites Paket von Ausführungsnormen

Nachdem im Herbst 1995 ein Vernehmlassungsverfahren über ein erstes Paket von Ausführungsvorschriften zum Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz; BEHG) durchgeführt worden war, eröffnete die EBK Ende März 1996 die Vernehmlassung zu einem zweiten Paket. Dieses umfasste den Entwurf für die Kapitel 3 und 4 der Börsenverordnung der EBK (über die Offenlegung von Beteiligungen und die Unterbreitung öffentlicher Kaufangebote) sowie den Entwurf für eine Verordnung der Übernahmekommission (UEK) über öffentliche Kaufangebote und schliesslich den Entwurf für ein Reglement der Kommission für öffentliche Kaufangebote (Übernahmekommission).

Stellungnahme der Nationalbank

In ihrer Stellungnahme verwies die Nationalbank zunächst darauf, dass der schweizerische Gesetzgeber die Regelung für öffentliche Übernahmeangebote einem Richtlinienvorschlag der EU nachgebildet hatte, der in der Zwischenzeit wesentlich abgeschwächt wurde, wobei insbesondere auf die Pflicht zur Unterbreitung eines öffentlichen Kaufangebots beim Überschreiten einer bestimmten Beteiligungsschwelle verzichtet wurde. Das schweizerische Börsengesetz sieht – unter Vorbehalt eines «Opting-out» – in Art. 32 eine solche Angebotspflicht vor. Angesichts dieser sich abzeichnenden Diskrepanz zu den Regulierungen der EU-Staaten regten wir an, die Inkraftsetzung des 5. Abschnitts des BEHG im Lichte der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wertpapierhandelsplatzes Schweiz zu überdenken. Im übrigen unterbreiteten wir eine Reihe von Vorschlägen zur Präzisierung der Ausführungsvorschriften der EBK und der Übernahmekommission.

5.2 Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Kommission für Konjunkturfragen

Arbeitsgruppe «Kantonalbanken»

Die Nationalbank wirkte in einer vom Eidgenössischen Finanzdepartement präsierten Arbeitsgruppe mit, die sich mit dem Status der Kantonalbanken beschäftigte. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zielen darauf ab, den Kantonen grösseren Spielraum zur Gestaltung ihrer Beziehung zur Kantonalbank sowie für Fusionen, Kooperationen und Umwandlungen von Kantonalbanken zu geben.

In ihrem Bericht vom Dezember 1996 schlug die Arbeitsgruppe eine Änderung des Bankengesetzes vor. Danach soll eine Bank in der Firma die Bezeichnung «Kantonalbank» führen dürfen, wenn sie durch kantonalen gesetzlichen Erlass begründet wird und der Kanton an ihrem Kapital eine qualifizierte Beteiligung hält. Die Staatsgarantie soll nicht länger als Begriffsmerkmal der Kantonalbanken gelten. Kantonalbanken ohne Staatsgarantie sollen der unbegrenzten Aufsicht der EBK unterstehen; auf sie sollen keine bankenrechtlichen Sonderbestimmungen anwendbar sein.

Im Februar 1996 beauftragte der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements auf Anregung der Nationalbank eine Arbeitsgruppe der Kommission für Konjunkturfragen, die Wirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf die schweizerische Wirtschaft zu untersuchen und die Handlungsmöglichkeiten der Nationalbank sowie anderer zuständiger Behörden aufzuzeigen. Die Nationalbank war in der Arbeitsgruppe neben den Bundesbehörden, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Sozialpartnern vertreten. Da die Wirkungen auf die schweizerische Wirtschaft von der Art und vom Zeitpunkt der Realisierung der WWU abhängen dürften, formulierte die Arbeitsgruppe vier mögliche Entwicklungsszenarien: Im ersten Szenario wird die dritte Stufe der WWU termingemäss Anfang 1999 mit einer beschränkten Zahl von EU-Ländern, die die im Unionsvertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien erfüllen, verwirklicht. Im zweiten Szenario werden die Konvergenzkriterien aufgeweicht, um einer möglichst grossen Zahl von Ländern die Teilnahme an der WWU zu ermöglichen. Im dritten Szenario wird der Beginn der dritten Stufe verschoben, wobei die Öffentlichkeit immer noch an die Verwirklichung der WWU glaubt. Im vierten Szenario verläuft die Entwicklung wie unter dem dritten Szenario, aber die Verwirklichung scheint in weite Ferne zu rücken.

Beim Übergang zur dritten Stufe der WWU besteht das Risiko einer realen Aufwertung des Frankens, welche die Wettbewerbskraft der inländischen Wirtschaft schwächen würde. Im Falle des ersten und dritten Szenarios dürfte die Aufwertung mässig und nur vorübergehend sein. Mit schwerwiegenden Wechselkurssturbulenzen muss indessen unter dem zweiten Szenario gerechnet werden. In diesem Fall wäre vor allem die Nationalbank angesprochen, die mit einer Lockerung der Geldpolitik reagieren müsste. Wäre die Nationalbank zu einer starken Lockerung gezwungen, ginge sie allerdings das Risiko ein, die Teuerung mittelfristig zu schüren.

Die Arbeitsgruppe lehnte eine dauernde Anbindung des Frankens an die europäische Einheitswährung ab. Damit würde die Nationalbank ihre geldpolitische Autonomie verlieren, und die kurzfristigen schweizerischen Zinsen stiegen auf das in Europa herrschende Niveau. Auch Einschränkungen des Kapitalimports und andere restriktive Eingriffe kamen für die Arbeitsgruppe nicht in Betracht. Sie zeigte demgegenüber auf, wie die übrigen Bereiche der Wirtschaftspolitik einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz leisten könnten.

Arbeitsgruppe «Wirtschafts- und Währungsunion»

Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft

Vorschläge der Arbeitsgruppe

5.3 Finanzbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Neue Aktualität

Im Verlaufe des Jahres 1996 erlangte die Diskussion über die Finanzbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sowohl innerhalb wie ausserhalb der Schweiz neue Aktualität. Verschiedene Aspekte wurden diskutiert: Umfang und Schicksal der Vermögenswerte, die Opfern der nationalsozialistischen Herrschaft gehörten und vor oder während des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz deponiert wurden, die Goldtransaktionen der Nationalbank während des Krieges sowie die Frage von in die Schweiz gebrachten Nazi-Vermögen. Die Behandlung der nachrichtenlos gewordenen Vermögenswerte war im «Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser» vom 20. Dezember 1962 geregelt worden. Die Wirksamkeit des Bundesbeschlusses wird heute in Zweifel gezogen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Abkommen zwischen der Schweiz und verschiedenen Staaten des ehemaligen Ostblocks zur Entschädigung enteigneter Schweizer Bürger kritisch beurteilt.

Unabhängiges Komitee

Am 2. Mai 1996 wurde durch ein Memorandum of Understanding zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung und verschiedenen jüdischen Organisationen ein Komitee zur Abklärung von Vermögenswerten ohne Kundenkontakt bei Schweizer Banken gebildet. Es steht unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten des amerikanischen Federal Reserve Board, Paul Volcker.

Rechtsgrundlagen für die historische Aufarbeitung

Es setzte sich die Auffassung durch, die Problematik der Finanzbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg könne nur durch eine umfassende historische Aufarbeitung geklärt werden. Die Eidgenössischen Räte schufen dafür mit dem «Bundesbeschluss betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte» am 13. Dezember 1996 die nötige Rechtsgrundlage. Am 19. Dezember ernannte der Bundesrat eine aus neun Mitgliedern bestehende Historikerkommission, der auch vier ausländische Experten angehören. Die von Professor Jean-François Bergier geleitete Kommission hat das Schicksal der im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte zu untersuchen.

Haltung der Nationalbank

Die Nationalbank begrüsst den Beschluss der Eidgenössischen Räte und die Einsetzung des Volcker-Komitees. Diese Schritte sind geeignet, die Auseinandersetzung mit einer schwierigen Phase der schweizerischen Geschichte zu erleichtern. Die Goldtransaktionen der Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank bildeten nach dem Krieg Gegenstand einer völkerrechtlichen Regelung mit den Alliierten. Nach der Öffnung der Archive in den achtziger Jahren wurden sie von verschiedenen Historikern kritisch dargestellt. Heute geht es für die Schweiz darum, die damaligen Ereignisse aus der Distanz eines halben Jahrhunderts zu würdigen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

6 Internationale Zusammenarbeit

Auf internationaler Ebene arbeitet die Nationalbank mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Zehnergruppe (G-10) – die aus den zehn wichtigsten Industrieländern und der Schweiz besteht – und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zusammen. Sie beteiligt sich auch in Form von technischer Hilfe und Ausbildung an der internationalen Zusammenarbeit.

6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds

Die Mitgliedschaft der Schweiz beim IWF wird durch das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank wahrgenommen. Die Nationalbank finanziert den Beitrag der Schweiz in Form der Reserveposition beim IWF, die eine verzinsten Forderung darstellt. Mit den Reservepositionen der Mitgliedländer finanziert der Fonds seine Aktivitäten. Die Reserveposition der Schweiz betrug Ende 1996 1 064,9 Mio. Sonderziehungsrechte (SZR) gegenüber 981,2 Mio. SZR Ende 1995. (Ende 1996 entsprach 1 SZR 1,94 Franken). Der Höchstbetrag, den sie erreichen kann, entspricht der Quote, das heisst dem Kapitalanteil der Schweiz beim IWF in Höhe von 2 470,4 Mio. SZR. Im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) stellt die Nationalbank dem IWF für besondere Fälle zusätzlich eine Kreditlinie von 1 020 Mio. SZR zur Verfügung. Der IWF kann die AKV nur beanspruchen, wenn das Funktionieren des internationalen Währungssystems beeinträchtigt ist und seine ordentlichen Mittel nicht ausreichen. Die AKV wurden 1996 nicht beansprucht. Die Nationalbank finanziert ausserdem den schweizerischen Beitrag an das Darlehenskonto der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität II (ESAF II). Die Kreditzusage beträgt 151,7 Mio. SZR. Der Bund garantiert der Nationalbank die fristgerechte Rückzahlung der ESAF-Kredite einschliesslich der Zinszahlungen. Mit der ESAF werden langfristige, zinsvergünstigte Kredite an arme Entwicklungsländer finanziert. Die Zinssubventionen werden vom Bund finanziert. Die Kreditzusage von 151,7 Mio. SZR wurde im Jahre 1996 nicht beansprucht.

Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds

6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe

Die Nationalbank nimmt an den Sitzungen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G-10 sowie an verschiedenen Arbeitsgruppen der G-10 teil.

Der Exekutivrat des IWF genehmigte Anfang 1997 die Neuen Kreditvereinbarungen (NKV). Die NKV sind parallele Vereinbarungen zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV). Sie sollen dem IWF ermöglichen, bei einer Beeinträchtigung des internationalen Finanzsystems bis zu 34 Mrd. SZR aufzunehmen, falls seine ordentlichen Mittel nicht ausreichen sollten. An den NKV sollen sich die Mitglieder der AKV – die G-10 – und 14 neue Mitglieder beteiligen. Die NKV treten in Kraft, sobald Mitglieder, die 85% des Gesamtbetrages zur Verfügung stellen, das Vertragswerk unterzeichnet haben. Sollte der IWF fremde Mittel aufnehmen müssen, ist er verpflichtet, zuerst ein Gesuch um Aktivierung der NKV zu stellen. Die AKV stehen nur zur Verfügung, wenn eine Aktivierung der NKV nicht möglich ist oder Länder der G-10 Kredite beziehen. Die AKV und die NKV können nicht kumulativ beansprucht werden. Die G-10 werden rund 80% der Finanzierung der NKV bereitstellen. Es ist vorgesehen, dass die Nationalbank, wie schon bei den AKV, als teilnehmende Institution auftritt und den schweizerischen Beitrag in Höhe von 1 557 Mio. SZR finanziert. Die Kredite, welche die Nationalbank im Rahmen der NKV dem IWF gewährt, sind nicht mit einer Garantie des Bundes versehen.

In Reaktion auf die mexikanische Finanzkrise Ende 1994 bildeten die G-10 eine Arbeitsgruppe, um Massnahmen zur Überwindung von Liquiditätskrisen souveräner Schuldner zu erörtern. Die Gruppe veröffentlichte ihren Schlussbericht im Mai 1996. Sie gelangte zum Schluss, dass der Einhaltung von Kreditverträgen grösste Bedeutung beizumessen sei. Bei einem Unterbruch des Schuldendienstes müssten flexibel geeignete Lösungen gesucht werden. Dies würde beispielsweise dadurch erleichtert, dass die Verträge eine Zusammenarbeit zwischen Gläubigern und Schuldern vorsehen. Weder Schuldner noch Gläubiger dürften erwarten, dass sie im Falle einer Liquiditätskrise vor Verlusten geschützt würden.

6.3 Mitwirkung bei der BIZ

Im Rahmen der BIZ treffen sich die Präsidenten der Zentralbanken der G-10 monatlich. Ausserdem arbeitet die Nationalbank in verschiedenen Ausschüssen der BIZ mit. Dazu gehören der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht sowie der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme.

Die Nationalbank wirkte zusammen mit der Eidgenössischen Bankenkommision an den Arbeiten des Basler Ausschusses mit. Im Jahre 1996 stand der Ausbau der Eigenmittelstandards für international tätige Banken im Vordergrund, vor allem die Prüfung bankeigener Modelle zur Bestimmung der erforderlichen Eigenmittel für die Marktrisiken sowie die Behandlung der Verrechnung von Forderungen unter mehreren Parteien (multilateral netting). Ferner war der Basler Ausschuss bestrebt, den Dialog mit Bankaufsehern aus den Ländern zu verstärken, die nicht der Zehnergruppe angehören.

Neue Kreditvereinbarungen

Arbeitsgruppen
«Liquiditätskrisen»

Basler Ausschuss

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme untersuchte Massnahmen zur Handhabung des Erfüllungsrisikos bei Devisenhandels-transaktionen und publizierte darüber im März 1996 einen Bericht. Das Risiko bei der Abwicklung von Devisentransaktionen besteht darin, dass – beispielsweise bedingt durch unterschiedliche Zeitzonen – eine Partei ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllt, sie aber von der Gegenpartei die gekaufte Währung nicht erhält.

**Ausschuss für
Zahlungsverkehrs- und
Abrechnungssysteme**

Im Rahmen des Ausschusses für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme befassten sich verschiedene Arbeitsgruppen mit dem elektronischen Geld. Das Ziel der Untersuchungen war es, mögliche Problembereiche sowohl von Wertkarten als auch von elektronischem, auf weltweiten Datennetzen transferiertem Geld zu identifizieren. Die Arbeitsgruppen analysierten technische Sicherheitsaspekte, regulatorische Fragen, geldpolitische Implikationen und rechtliche Aspekte des elektronischen Geldes. Sie gelangten zum Schluss, dass elektronisches Geld gegenwärtig für die Zentralbanken keine drängenden Probleme aufwirft, dass die Entwicklungen jedoch weiterhin genau zu verfolgen sind.

**Arbeitsgruppe
«Elektronisches Geld»**

6.4 Technische Hilfe und Ausbildung

Die Nationalbank leistet technische Hilfe an Zentralbanken, die sich im Aufbau oder in Umorganisation befinden. Unsere Aktionen erfolgen teils auf Anfrage des Internationalen Währungsfonds, teils im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes. Experten aus unserem Hause besuchen die betreffenden Zentralbanken und empfangen deren Mitarbeiter zu Ausbildungszwecken in der Schweiz. Im Jahre 1996 betrafen grössere Einsätze die Bank von Tansania (inländische Finanzmärkte, Devisenmarkt), die Zentralbank von Madagaskar (Interne Revision) sowie die kirgisische Nationalbank (Devisen- und Geldmarkt, Bargeldverkehr).

**Beratung in einzelnen
Zentralbanktätigkeiten**

Das Studienzentrum Gerzensee bietet unter anderem Kurse auf dem Gebiet der Geldpolitik für qualifizierte Mitarbeiter der Zentralbanken von Entwicklungs- und Transformationsländern an. Im Jahre 1996 führte es fünf Zentralbankkurse mit über hundert Teilnehmern aus aller Welt durch.

Kurse über Geldpolitik

1 Organisation

Bundesverfassung und Nationalbankgesetz legen als Hauptaufgaben der Nationalbank fest, den Geldumlauf des Landes zu regeln, den Zahlungsverkehr zu erleichtern und eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Geld- und Währungspolitik zu führen. Die Nationalbank wirkt auch als Bankier des Bundes. Der gesamtwirtschaftliche Auftrag hat Vorrang vor dem Erzielen von Gewinn.

Auftrag

Die Schweizerische Nationalbank ist im Gegensatz zu den meisten ausländischen Zentralbanken keine Staatsbank, sondern eine selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts in Form einer Aktiengesellschaft. Die Namenaktien werden an der Börse gehandelt. Der Kreis der stimmberechtigten Aktionäre ist gesetzlich beschränkt auf Schweizer Bürger sowie Körperschaften und juristische Personen, deren Hauptsitz sich in der Schweiz befindet. Knapp 60% der Aktien gehören Kantonen und Kantonalbanken; die übrigen befinden sich hauptsächlich im Besitz von natürlichen Personen. Der Bund besitzt keine Aktien.

Struktur

Die Nationalbank wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet. Mit der Führung der Geschäfte ist das Direktorium, das aus drei gleichberechtigten Mitgliedern besteht, betraut. Die drei Departemente werden von je einem Mitglied geleitet. In der Erfüllung des geldpolitischen Auftrags verfügt das Direktorium über einen hohen Grad an Unabhängigkeit. Direktorium und Bundesrat sind verpflichtet, einander vor wichtigen monetären und konjunkturpolitischen Entscheidungen zu konsultieren. Bankrat, Bankausschuss und Revisionskommission üben die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Nationalbank aus.

Zuständigkeiten

Aus historischen Gründen hat die Nationalbank zwei Sitze: den rechtlichen in Bern und den Sitz des Direktoriums in Zürich. Das I. und das III. Departement sind in Zürich, das II. Departement ist in Bern domiziliert. Die Nationalbank unterhält zur Sicherstellung der Bargeldversorgung und zur Beobachtung der Wirtschaftslage in den Regionen ausser den beiden Sitzen acht Zweiganstalten. Beim Bargeldverkehr wirken zudem 18 hauptsächlich von Kantonalbanken geführte Agenturen mit (1995: 20).

Bankstellen

Wichtigste Aufgabe ist die Führung einer dem Gesamtinteresse des Landes dienenden Geldpolitik. Das Konzept der Geldpolitik wird im I. Departement erstellt. Der Bereich Volkswirtschaft analysiert die wirtschaftliche Lage und Entwicklung und liefert die Entscheidungsgrundlagen. Nach dem Entscheid des Direktoriums setzt der Bereich Monetäre Operationen des III. Departements die Geldpolitik mit Transaktionen an den Finanzmärkten um.

Führung der Geldpolitik

Die Aufgaben auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs erfüllen wir einerseits, indem wir Banknoten ausgeben und die vom Bund geprägten Münzen in Umlauf bringen. Zuständig dafür ist der Bereich Bargeld des II. Departements. Die Menge der in Umlauf gesetzten Noten und Münzen richtet sich nach dem Bedarf der Wirtschaft und den Zahlungsgewohnheiten. Andererseits wirken wir bei der Konzeption und der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit. Dabei konzentrieren wir uns auf Interbankzahlungen und stellen die Verbindung zwischen Bank- und Postzahlungsverkehr sicher. Die Aufgaben auf dem Gebiet des bargeldlosen Zahlungsverkehrs werden vom Bereich Abwicklung und Informatik des III. Departements betreut.

Zahlungsverkehr

Die Aufgabe als Bankier des Bundes nimmt primär der Bereich Bankgeschäft im II. Departement wahr. Er bearbeitet konzeptionelle Fragen, führt Zahlungen im Auftrag des Bundes durch und wirkt bei der Begebung von Anleihen mit. Das III. Departement führt für den Bund vor allem Geldmarkt- und Devisengeschäfte sowie Auslandszahlungen aus.

2 Personal und Ressourcen

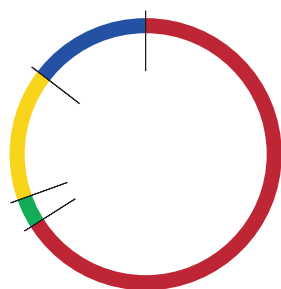
Personalbestand und Mitarbeiterrotation

An der Zahl der Beschäftigten gemessen, ist die Schweizerische Nationalbank eine der kleinsten Zentralbanken Europas. Gegenüber dem Vorjahr nahm der Personalbestand leicht ab. Ende 1996 betrug er 603 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (1995: 606), was 565,4 Vollstellen entspricht (1995: 574,1). Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten stieg im Vergleich zum Vorjahr um 10% auf 108 Personen oder 18% des Personalbestands. Die meisten Teilzeitbeschäftigten sind Frauen (81%). Der Anteil der Frauen am Kader beträgt 10%. Um ihn zu erhöhen, ermöglichen wir vermehrt Teilzeitarbeit auch für anspruchsvolle Funktionen. In den operativen Bereichen der Bank förderten wir die Mitarbeiterrotation. Diese führte zu mehr Flexibilität im Personaleinsatz, aber auch zu höheren Anforderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ausbildung, Personal- und Salärpolitik

Der Ausbildung kommt ein hoher Stellenwert zu. Mit dem im Jahre 1996 verabschiedeten neuen Ausbildungskonzept verschoben wir die Akzente vermehrt in Richtung auf eine praxisbezogene, möglichst am Arbeitsplatz stattfindende Ausbildung. Die Ausbildungskosten betrugen 1,1 Mio. Franken. Davon entfielen 8,5% auf die Führungsausbildung, 57,8% auf die fachliche und sprachliche Weiterbildung sowie die Persönlichkeitsschulung und 33,7% auf die Informatikschulung. Im Herbst 1996 verabschiedeten Direktorium und Bankausschuss neue Anstellungsbedingungen und eine neue Gehaltsordnung. Damit wurde der rechtliche Rahmen für eine flexible vertragliche Gestaltung des Arbeitsverhältnisses geschaffen. Neue Arbeitszeitmodelle sowie eine verstärkt leistungsbezogene, am Markt orientierte Lohnpolitik sollen unsere Attraktivität als Arbeitgeberin sicherstellen.

Entwicklungen in der Informatik



Das Schwergewicht der Tätigkeit auf dem Gebiet der Informatik bildeten im Jahr 1996 Arbeiten zur strategischen Neuausrichtung auf das Client-Server-Konzept. Als ersten Schritt zur Gesamterneuerung der bankbetrieblichen Applikationen definierten wir eine neue Architektur. Für das Rechnungswesen und die Logistik wurden neue Lösungen evaluiert. Bei den statistischen Applikationen begannen wir mit der Realisierung einer neuen Anwendung zur Verwaltung und Auswertung primärstatistischer Daten. Die Arbeiten zur Verbesserung der Netzwerksicherheit wurden fortgesetzt und die Verfügbarkeit des Gesamtsystems im Katastrophenfall wurde erhöht.

Personal in Prozent

—	Vollzeit Männer 66
—	Teilzeit Männer 3
—	Vollzeit Frauen 16
—	Teilzeit Frauen 15

Jahresende

Im Bereich Bargeld bauten wir ein Qualitätsmanagement-System gemäss der Norm ISO 9001 auf. Damit wollen wir eine hohe Qualität aller Produkte und Dienstleistungen gewährleisten. Mit der Zertifizierung wurde die erste Phase im Dezember 1996 erfolgreich abgeschlossen.

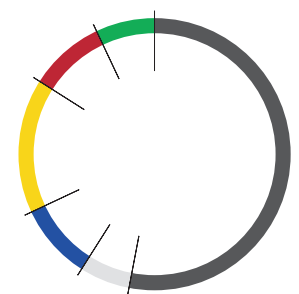
Ein Teil der Büros unseres Sitzes Zürich befindet sich seit Jahren in vier Gebäuden eines Komplexes, der unmittelbar neben unserem Hauptgebäude liegt. Zwei dieser Liegenschaften sind seit längerer Zeit Eigentum der Nationalbank; Teile der beiden anderen Gebäude hatten wir gemietet. Diese beiden Liegenschaften konnten wir per 1. Januar 1996 bzw. per 1. Januar 1997 käuflich erwerben. Im Gegenzug veräusserten wir per 1. Januar 1997 die Liegenschaft «Hotel Bellerive».

Den grössten Teil der gesamten Betriebskosten der Nationalbank verursacht der Bargeldverkehr. Dieser umfasst die Herstellkosten für die Banknoten sowie die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Notenumlauf, dem Münzverkehr und der Numismatik entstehen. Die Kosten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs betreffen die Leistungen der Nationalbank im Zahlungsverkehr zwischen den Banken, für die Verbindung zwischen Bank- und Postzahlungsverkehr sowie die Zahlungsverkehrsleistungen für andere Zentralbanken und internationale Organisationen. Die Kosten für Devisen-, Geldmarkt-, Wertschriften- und Lombardgeschäfte sowie für die Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes werden in der Position Aktivgeschäfte zusammengefasst. Der Kostenträger Geld- und Währungspolitik gibt die Kosten für die Erarbeitung und Formulierung der Geld- und Währungspolitik sowie für die Erstellung von Statistiken wieder. Die Position Leistungen für den Bund umfasst die Kosten sämtlicher Dienstleistungen für den Bund und seine Anstalten. Die Kosten der Leistungen für Dritte enthalten im wesentlichen den Beitrag an das Studienzentrum Gerzensee, die Kosten für die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit dem IWF, und die technische Hilfe an ausländische Zentralbanken.

Qualitätsmanagement im Bereich Bargeld

Veränderungen im Liegenschaftenbestand

Kostenstruktur



Kostenträger in Prozent

- Bargeldverkehr 53
- Bargeldloser Zahlungsverkehr 6
- Aktivgeschäfte 9
- Geld- und Währungspolitik 16
- Leistungen für den Bund 9
- Leistungen für Dritte 7

3 Mutationen in Bankbehörden und Direktion

Bankrat

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 19. April 1996 wählte zum neuen Mitglied des Bankrates:

Dr. Georges Blum, Basel, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins.

Der Bundesrat ergänzte das Gremium nach der Generalversammlung durch die Wahl von Robert Studer, Schönenberg, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankgesellschaft.

Am Tag der ordentlichen Generalversammlung vom 18. April 1997 treten zurück:

Fred-Henri Firmenich, Genthod, Präsident des Verwaltungsrates der Firmenich SA, und Hans Huber, Heerbrugg, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der SFS Holding AG

Die Nationalbank dankt den scheidenden Mitgliedern für die wertvollen Dienste, die sie dem Noteninstitut geleistet haben.

Von den zwei Vakanzen ist eine durch die Generalversammlung und eine durch den Bundesrat zu besetzen.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung zur Wahl vor:

Prof. Dr. Alexandre Swoboda, Genf, Professor am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales und Leiter des Centre International d'Etudes monétaires et bancaires.

Lokalkomitees

Auf das Datum der Generalversammlung vom 19. April 1996 traten zurück:

Peter Wagner, Basel, Vorsitzender des Lokalkomitees Basel seit 1994 (Mitglied seit 1990),

Gérard Fatio, Genf, Vorsitzender des Lokalkomitees Genf seit 1992 (Mitglied seit 1988), und

Dr. Kurt Babst, Willisau, Vorsitzender des Lokalkomitees Luzern seit 1994 (Mitglied seit 1988).

Die Nationalbank dankt den drei Herren für den Einsatz, den sie für die Bank geleistet haben.

Bankausschuss und Bankrat nahmen folgende Ernennungen vor:

Basel

Peter Grogg, Bubendorf, zum Vorsitzenden,

Klaus Endress, Reinach, Delegierter des Verwaltungsrates der Endress + Hauser (International) Holding AG, zum Stellvertreter des Vorsitzenden,

Raymond R. Cron, dipl. Bauing. ETH, Basel, Geschäftsführer der Preiswerk & Cie AG, zum Mitglied.

Genf

Alain Peyrot, Vézenaz, zum Vorsitzenden,

Claude Hauser, Versoix, zum Stellvertreter des Vorsitzenden,

Jean-Claude Rinolfi, Givrins, Präsident des Verwaltungsrates der Printelec SA, zum Mitglied.

Luzern

Gerry Leumann, Meggen, zum Vorsitzenden,
Dr. Hans-H. Gasser, Lungern, zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Hans-Rudolf Schurter, lic. iur., Luzern, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der
Schurter Holding AG, zum Mitglied.

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 19. April 1996 wählte

Revisionskommission

Kaspar Hofmann, dipl. Bücherexperte, Adliswil, Partner der ATAG Ernst & Young AG, als
Nachfolger von Herrn Hans Casanova, Rhäzüns, zum Mitglied der Revisionskommission.
Herr Francis Sauvain, Morges, stellt sich altershalber nicht zur Wiederwahl.
Wir danken ihm sehr für seine siebenjährige Mitwirkung an den Arbeiten der
Revisionskommission.

Per 1. Mai 1996 wählte der Bundesrat:

Direktorium

Zum Präsidenten des Direktoriums:

Dr. Hans Meyer, zuvor Vizepräsident und Vorsteher des II. Departements.

Zum neuen Mitglied und Vizepräsidenten des Direktoriums:

Dr. Jean-Pierre Roth, zuvor Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements.

Zum neuen Mitglied des Direktoriums:

Prof. Dr. Bruno Gehrig, zuvor Professor an der Universität St.Gallen/HSG und
Direktor des Schweizerischen Institutes für Banken und Finanzen.

Der Bundesrat ernannte auf Antrag des Bankrates mit Wirkung ab 1. Januar 1997

Direktion

Dr. Erich Spörndli, zuvor Leiter des Ressorts Volkswirtschaftliche Studien
im I. Departement, zum Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements.
Herr Spörndli übernahm die Leitung des Bereichs Monetäre Operationen, die seit der
Wahl von Herrn Dr. Jean-Pierre Roth zum Vizepräsidenten des Direktoriums
interimistisch von Herrn Dr. Christian Vital, Stellvertreter des Vorstehers des
III. Departements und Leiter des Bereichs Abwicklung und Informatik,
wahrgenommen worden war.

Ende Juli 1996 verliess Herr Dr. René Kästli, Direktor der Zweiganstalt St.Gallen,
die Nationalbank, um eine Aufgabe in der Privatwirtschaft zu übernehmen.

Wir danken ihm für seine langjährigen ausgezeichneten Dienste.

Zum Nachfolger ernannte der Bundesrat auf Antrag des Bankrates

Dr. Jean-Pierre Jetzer, zuvor Leiter des volkswirtschaftlichen Dienstes im Finanzdepartement
des Kantons St. Gallen.

Finanzielle Berichterstattung

Die in der Bilanz und der Erfolgsrechnung aufgeführten Werte des Jahres 1995 basieren auf den bis Ende 1995 gültigen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen; sie entsprechen somit den im letzten Geschäftsbericht ausgewiesenen Werten. Darstellung, Gruppierung und Bezeichnung sind jedoch angepasst worden. Im Anhang sind für die Vorjahresvergleiche – wo möglich und sinnvoll – die nach neuen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelten Werte herangezogen worden.

1 Erfolgsrechnung 1996

in Millionen Franken

		1996	1995
	Ziffer im Anhang		
Ertrag aus			
Devisenanlagen	01	1 794,8	1 910,7
Reserveposition beim IWF	02	55,1	45,6
Internationalen Zahlungsmitteln	03	13,6	12,4
Währungshilfekrediten	04	10,7	12,1
Ertrag aus			
Inländischen Geldmarktforderungen	05	32,6	55,5
Lombardvorschüssen	06	0,9	0,9
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	07	2,3	3,8
Inländischen Wertschriften	08	260,3	238,1
Übrige Erträge	09	12,9	8,9
Bruttoertrag	10	2 183,2	2 288,0
Zinsaufwand	11	-49,3	-101,6
Notenaufwand	12	-15,1	-59,3
Personalaufwand	13	-82,0	-79,8
Sachaufwand	14	-54,0	-56,6
Abschreibungen auf dem Anlagevermögen	15	-10,1	
Nettoertrag	16	1 972,7	1 990,7
Wechselkursbedingte Wertveränderungen	17	4 412,1	-3 531,4
Abschreibungen auf Wertschriften			-66,0
Ausserordentlicher Aufwand			-0,9
Ausserordentlicher Ertrag infolge Änderung der Bewertungsgrundsätze	18	2 077,1	
Gesamterfolg	19	8 461,9	-1 607,6
Zuweisung an Rückstellungen	20	-7 396,1	
Entnahme aus Rückstellungen			1 757,8
Jahresgewinn	45	1 065,8	150,2

2 Bilanz per 31. Dezember 1996

in Millionen Franken

		1996	1995
	Ziffer im Anhang		
Aktiven			
Gold	21	11 903,9	11 903,9
Devisenanlagen			
nicht kursgesichert	22	36 462,9	27 767,8
kursgesichert (Swaps)	23	12 865,5	14 044,8
Reserveposition beim IWF	24	2 067,8	1 687,7
Internationale Zahlungsmittel	25	290,0	408,2
Währungshilfekredite	26	204,3	173,7
Inländische Geldmarktforderungen	27	1 581,7	1 436,2
Lombardvorschüsse	28	764,2	4,7
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	29	514,5	429,2
Inländische Wertschriften	30	4 821,5	3 063,9
Beteiligungen	31	51,0	P. M.
Sachanlagen	32	532,4	P. M.
Sonstige Aktiven	33	452,1	1 064,3
Nicht einbezahltes Aktienkapital	43	25,0	25,0
		<u>72 537,0</u>	62 009,4

		1996	1995
Passiven	Ziffer im Anhang		
Notenumlauf	34	32 447,6	30 892,2
Girokonten inländischer Banken	35	4 927,4	4 035,0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund			
auf Sicht	36	839,5	917,4
auf Termin	37	815,3	1 350,0
Girokonten ausländischer Banken und Institutionen	38	32,7	43,3
Übrige Sichtverbindlichkeiten	39	204,2	156,3
Sonstige Passiven	40	1 089,0	746,5
Rückstellungen			
für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken	41	30 554,5	22 958,4
für Betriebsrisiken	42	450,0	650,0
Aktienkapital	43	50,0	50,0
Reservefonds	44	61,0	60,0
Bilanzgewinn – Jahresgewinn	45	1 065,8	150,2
		72 537,0	62 009,4

3 Anhang per 31. Dezember 1996

3.1 Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit

Die Schweizerische Nationalbank, Aktiengesellschaft mit Sitz in Bern und Zürich, ist die mit dem Notenmonopol ausgestattete Zentralbank der Schweiz. Sie hat den gesetzlichen Auftrag, eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Geld- und Währungspolitik zu führen und den Zahlungsverkehr zu erleichtern. Die Geschäfte, die sie tätigen kann, sind im Nationalbankgesetz abschliessend geregelt. Die Nationalbank steht in Geschäftsbeziehungen mit Banken im In- und Ausland, mit Bundesstellen, mit anderen Zentralbanken und mit internationalen Organisationen.

Der gesamtwirtschaftliche Auftrag der Nationalbank hat Vorrang vor der Gewinnerzielung. Die Nationalbank kann als einzige Institution im Lande autonom neues Geld schaffen. Sie muss den Notenumlauf sowie die Girokonten nicht verzinsen. Ein Grossteil der Erträge aus den Aktiven verbleibt daher als Überschuss. Als Verwalterin der schweizerischen Währungsreserven trägt die Nationalbank andererseits beträchtliche Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken. Diese sichert sie mit angemessenen Rückstellungen ab. Die Rückstellungen dienen auch der währungspolitischen Vorsorge. Sie erlauben der Nationalbank den Aufbau ausreichender Devisenreserven. Die Rückstellungen müssen mindestens im Gleichschritt mit dem Bruttosozialprodukt wachsen (vgl. S. 82).

Am 31. Dezember 1996 beschäftigte die Nationalbank 603 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (1995: 606); entsprechend 565,4 (1995: 574,1) Vollstellen. Neben den Sitzen in Bern und Zürich führt die Nationalbank Zweiganstalten in Aarau, Basel, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern, Neuenburg und St. Gallen.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Buchführung, Bewertung und Bilanzierung erfolgen – sofern sich aus dem Nationalbankgesetz (NBG) nichts anderes ergibt – nach den Vorschriften des Obligationenrechts und unter Berücksichtigung nationalbankspezifischer Gegebenheiten, die nachstehend erläutert werden. In diesem Sinne entspricht die Jahresrechnung auch den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (FER). Im Zuge der Neugestaltung der Rechnungslegung wurden die Bilanz und die Erfolgsrechnung gestrafft und der Anhang ausgebaut. Dieser enthält ausführliche Angaben zu einzelnen Bilanz- und Erfolgspositionen.

Die handelbaren Devisenanlagen, inländischen Geldmarktforderungen und inländischen Wertschriften sowie die Terminkontrakte auf Devisen und Wertschriften sind neu zu Marktpreisen bewertet (bisher zu Einstands-, Nominal- oder Einschlagswerten, vgl. Anmerkung zur Ziffer 18 der Erfolgsrechnung), und die Umrechnung der Fremdwährungspositionen erfolgt neu zu Jahresendkursen (bisher zu Dezemberrittelkursen). Als Folge des Übergangs auf Marktbewertung für handelbare Finanzanlagen wird für das Geschäftsjahr 1996 ein ausserordentlicher Ertrag von 1 560 Mio. Franken ausgewiesen. Das Anlagevermögen (Beteiligungen und Sachanlagen) wird grundsätzlich zu Anschaffungswerten abzüglich

Allgemeine Grundsätze

Änderungen gegenüber dem Vorjahr

betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen bewertet (bisher blosser Erinnerungswerte). Durch diese Änderung ergibt sich ein weiterer Buchgewinn von 517,1 Mio. Franken. Die Buchgewinne aus diesen Bewertungsänderungen werden als ausserordentlicher Ertrag ausgewiesen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für die übrigen Positionen blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Sämtliche Geschäftsvorfälle werden am Abschlusstag erfasst. Die Bilanzierung erfolgt jedoch erst am Valutadatum. Im Berichtsjahr abgeschlossene Geschäfte mit Valuta im neuen Jahr werden unter den Ausserbilanzgeschäften ausgewiesen.

Das Gold wird zum gesetzlich festgelegten Kurs von 4 595,74 Franken pro Kilogramm bewertet (Bundesratsbeschluss über die Festsetzung der Goldparität vom 9. Mai 1971).

Die Bewertung der *handelbaren Devisenanlagen*, der *inländischen Geldmarktforderungen* und der *inländischen Wertschriften* erfolgt zu Marktwerten per Jahresende.

Die *offenen Terminkontrakte* auf *Devisen* und *Wertschriften* werden zu Marktwerten per Jahresende bewertet und die positiven bzw. negativen Bruttowiederbeschaffungswerte in den sonstigen Aktiven bzw. Passiven bilanziert.

Die *Beteiligungen* werden nach dem Niederstwert-Prinzip zum Anschaffungs- oder Substanzwert, im Falle von unmassgeblichen Minderheitsanteilen an börsenkotierten Unternehmen zum Marktwert bewertet.

Die Beteiligungen sind im Verhältnis zum Kerngeschäft nicht wesentlich. Daher wird auf eine Konzernrechnung verzichtet.

Die Bewertung der *Sachanlagen* (inkl. Banknotenvorräte) erfolgt im allgemeinen zu Anschaffungswerten abzüglich notwendiger Abschreibungen.

Die *übrigen Positionen* werden zum Nominalwert bilanziert.

**Erfassung der Geschäftsvorfälle
und Bilanzierung**

Bewertungsgrundsätze

Fremdwährungskurse

	1996	1995	Veränderung Prozent
Relevante Umrechnungskurse			
CHF/USD	1,3500	1,1639	+16,0
CHF/DEM	86,8700	80,7000	+7,7
CHF/JPY	1,1611	1,1420	+1,7
CHF/XDR	1,9418	1,7200	+12,9
CHF/XEU	1,6895	1,5100	+11,9

3.3 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Zusammenfassung

Die Erfolgsrechnung wird durch die Fremdwährungspositionen und die Auswirkungen der geänderten Bewertungsgrundsätze geprägt. Der Fremdwährungsertrag ging im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück, doch ergaben sich wechsellkursbedingte Wertveränderungen von +4 412,1 Mio. Franken. Infolge Änderung der Bewertungsgrundsätze auf den handelbaren Finanzanlagen, den Beteiligungen und den Sachanlagen ergab sich ein ausserordentlicher Ertrag von 2 077,1 Mio. Franken. Insgesamt resultierte ein positiver Gesamterfolg von 8 461,9 Mio. Franken. Nach Zuweisung von 7 396,1 Mio. Franken an die Rückstellungen ergibt sich ein Jahresgewinn von 1 065,8 Mio. Franken.

Ziffern 01–04
der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Fremdwährungspositionen

Der Ertrag auf den Devisenanlagen, der Reserveposition beim IWF, den Internationalen Zahlungsmitteln und den Währungshilfekrediten sank um 106,6 Mio. Franken. Der Minderertrag ist auf die tieferen Swap-Zinssätze sowie auf leicht rückläufige Zinsen in den Anlagewährungen zurückzuführen.

Ziffer 05 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus inländischen Geldmarktforderungen

Der Ertrag aus Geldmarktforderungen ging bei tieferen Zinssätzen und im Vergleich zum Vorjahr praktisch gleich hohen Beständen um 22,9 Mio. auf 32,6 Mio. Franken zurück.

Ziffer 06 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Lombardvorschüssen

Der Lombardertrag blieb bei tieferen Zinsen und höherer Beanspruchung unverändert bei 0,9 Mio. Franken.

Ziffer 07 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten

Der Ertrag aus Inlandkorrespondenten ging bei tieferen Diskontsätzen und höheren Guthaben um 1,5 Mio. auf 2,3 Mio. Franken zurück.

Ziffer 08 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus inländischen Wertschriften

Der Wertschriftenertrag stieg um 22,2 Mio. auf 260,3 Mio. Franken. Zu den Zinseinnahmen von 242,9 Mio. Franken kam infolge der leicht tieferen Zinsen ein Kapitalgewinn von 17,4 Mio. Franken.

Übrige Erträge

Ziffer 09 der Erfolgsrechnung

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken
Kommissionen	2,6	+0,2
Beteiligungsertrag	3,8	+0,1
Liegenschaftenertrag ¹	6,0	-0,3
Übriger ordentlicher Ertrag	0,5	+0,2
Total übrige Erträge	12,9	.

1 Der Liegenschaftenertrag stammt aus der Weitervermietung von nicht selbst belegten Räumlichkeiten in Bankliegenschaften sowie dem als Raumreserve dienenden Gebäude «Zum Neuen Froschauer» in Zürich.

Bruttoertrag

Ziffer 10 der Erfolgsrechnung

Der Bruttoertrag ging im Vergleich zum Vorjahr um 4,6% auf 2 183,2 Mio. Franken zurück. Dies ist hauptsächlich auf die tieferen Erträge aus den Devisenanlagen zurückzuführen.

Zinsaufwand

Ziffer 11 der Erfolgsrechnung

Der Zinsaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr von 101,6 Mio. auf 49,3 Mio. Franken. Nebst tieferen Zinsen ist dieser Rückgang auf die geringeren Nettoverbindlichkeiten gegenüber dem Bund zurückzuführen.

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken
Zinsaufwendungen für Verpflichtungen gegenüber dem Bund	93,7	-106,7
Zinserträge Weiterplazierungen	-50,2	-54,4
Nettozinsaufwand für Verpflichtungen gegenüber dem Bund	43,5	-52,3
Verzinsung Guthaben Deponenten	5,8	-
Total Zinsaufwand	49,3	-52,3

Notenaufwand

Der Aufwand für Banknoten wurde im Berichtsjahr enger gefasst und neu definiert; er ist deshalb mit dem Vorjahr (59,3 Mio. Franken) nur beschränkt vergleichbar. Erstmals wurde der grösste Teil der Gestehungskosten (Papier-, Druck- und Entwicklungskosten) der neuen Banknotenserie aktiviert (siehe Anlagespiegel) und die Noten im Einklang mit der Einspeisung in den Notenumlauf abgeschrieben.

Personalaufwand

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Gehälter und Kinderzulagen	61,4	+0,5	+0,8
Sozialleistungen, Ausbildung und Personalverpflegung	17,3	+1,2	+7,5
Aufwendungen für aktives Personal	78,7	+1,7	+2,2
Zuwendungen an die Vorsorgeeinrichtungen	1,0	–	–
Generelle Zulagen an Rentenbezüger	1,5	+0,5	+50,0
Entschädigungen an Bankbehörden	0,8	–	–
Total Personalaufwand	82,0	+2,2	+2,8

Sachaufwand

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Raumaufwand	20,4	–2,2	–9,7
Betriebsausstattungsaufwand	4,6	–7,1	.
Geschäfts- und Büroaufwand	4,4	–	–
Information und Kommunikation	3,9	+0,2	+5,4
Druckaufwand, Publikationen	1,0	–0,1	–9,1
Übriger Sachaufwand	19,7	+6,0	.
Total Sachaufwand	54,0	.	.

Raumaufwand

Für den ordentlichen Unterhalt der Gebäude, für nicht wertvermehrende Umbauten in verschiedenen Bankstellen sowie für die Miete von Büroräumen wurden mit 20,4 Mio. rund 2,2 Mio. Franken bzw. 9,7% weniger als im Vorjahr aufgewendet.

Betriebsausstattungsaufwand

Der Betriebsausstattungsaufwand ist mit dem Vorjahr nicht direkt vergleichbar, da mit den neuen Rechnungslegungsgrundsätzen Anschaffungen aktiviert und dadurch nur noch teilweise der Erfolgsrechnung belastet werden. Der ausgewiesene Aufwand sank dementsprechend um 7,1 Mio. Franken. Darin enthalten sind vor allem Kosten für die Wartung und den Unterhalt der EDV-Hard- und Software sowie der übrigen Betriebseinrichtungen.

Übriger Sachaufwand

Der übrige Sachaufwand erhöhte sich um 6 Mio. Franken. Darin sind nicht nur Betriebsbeiträge von 4,9 Mio. Franken (1995: 4,4 Mio.) an das Studienzentrum Gerzensee sowie von 0,5 Mio. Franken (1995: 0,5 Mio.) an das Haslizentrum (Ferien- und Ausbildungszentrum der Nationalbank) enthalten, sondern durch eine Neudefinition auch Aufwände von 2,7 Mio. Franken, die ehemals unter dem Notenaufwand subsumiert wurden, und 2,3 Mio. Franken für die Lagerung unserer Finanz- und Goldanlagen. Die effektive Aufwandsteigerung beträgt demzufolge auf den vergleichbaren Aufwandkategorien 1 Mio. Franken bzw. 7,3% gegenüber dem Vorjahr.

Abschreibungen auf dem Anlagevermögen

Der grösste Teil (8,2 Mio. Franken) entfällt auf die übrigen Sachanlagen, die Mobiliar, Maschinen und Geräte sowie EDV-Investitionen umfassen. Diese Anschaffungen werden über drei bis vier Jahre abgeschrieben. Weitere 1,9 Mio. Franken wurden auf den Liegenschaften abgeschrieben.

Ziffer 15 der Erfolgsrechnung

Nettoertrag

Der Nettoertrag ging im Vergleich zum Vorjahr bei einem tieferen Bruttoertrag und bei tieferen Aufwänden um 0,9% auf 1972,7 Mio. Franken zurück.

Ziffer 16 der Erfolgsrechnung

Wechselkursbedingte Wertveränderungen

Auf dem Fremdwährungsbestand, der die Positionen Devisenanlagen, Reserveposition beim IWF, Internationale Zahlungsmittel und Währungshilfekredite umfasst, ergab sich folgende Bewertungskorrektur:

	1996	1995
	Mio. Franken	Mio. Franken
USD	+3 745,8	-2 898,9
DEM	+356,6	-165,9
JPY	+31,1	-296,0
Übrige Währungen	+278,6	-170,6
Total	+4 412,1	-3 531,4

Ausserordentlicher Ertrag infolge Änderung der Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der handelbaren Devisenanlagen erfolgte bisher zu Einstandspreisen. Die inländischen Wertschriften wurden bis Ende 1995 zu 80% (Titel der Eidgenossenschaft) bzw. zu 70% (übrige Titel) des Nominalwertes bilanziert. Die Beteiligungen und Sachanlagen wurden mit blossen Erinnerungswerten bewertet.

	1996
	Mio. Franken
Übergang auf Marktbewertung für handelbare Finanzanlagen	1 560,0
davon handelbare Devisenanlagen	68,1
davon inländische Wertschriften	1 491,9
Aufwertung Anlagevermögen	517,1
davon Beteiligungen	51,0
davon Sachanlagen	466,1
Total	2 077,1

Gesamterfolg

Nach Berücksichtigung der wechselkursbedingten Wertveränderungen von +4 412,1 Mio. Franken und der Auflösung von stillen Reserven infolge Änderung der Bewertungsgrundsätze resultierte ein Gesamterfolg von 8 461,9 Mio. Franken.

Zuweisung an Rückstellungen

Dank den hohen Wechselkursbedingten Erträgen auf unseren Fremdwährungsguthaben und den einmaligen Buchgewinnen, die auf die Änderung der Bewertungsgrundsätze zurückzuführen sind, konnten die Rückstellungen mit 7 396,1 Mio. Franken dotiert werden (Vorjahr Entnahme 1 757,8 Mio. Franken). Der aus währungspolitischen Gründen angestrebte Mindestbestand konnte somit eingehalten werden (vgl. S. 82). Der Jahresgewinn wird mit 1 065,8 Mio. Franken ausgewiesen. Der Antrag zur Gewinnverteilung findet sich auf Seite 84.

3.4 Erläuterungen zur Bilanz

Ziffer 21 der Bilanz

Gold

Der Goldbestand ist seit dem Jahre 1981 unverändert. Er wird dezentral im In- und Ausland gelagert. Das Gold wird nicht aktiv bewirtschaftet.

	1996		Veränderung gegenüber Vorjahr
	Tonnen	Mio. Franken	
Barrengold	2 415,0	11 098,6	–
Goldmünzen	175,2	805,3	–
Total	2 590,2	11 903,9	–

Ziffern 22 und 23 der Bilanz

Devisenanlagen

Die freien und die aus Devisenswaps stammenden, kursgesicherten Devisen werden gemeinsam angelegt. Die maximale Laufzeit jeder einzelnen Anlage beträgt 12 Monate (NBG Art. 14, Ziffer 3). Bei den Staatspapieren handelt es sich um solche des Ausgabelandes der entsprechenden Währung. Die Bankanlagen werden bei Instituten mit sehr guter Bonität getätigt.

Devisenanlagen nach Währungen

	1996			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio.		Anteil Prozent	Mio.	
	Originalwährung	Franken		Originalwährung	Franken
USD	30 705,2	41 452,1	84,0	–938,4	+4 707,1
davon nicht kursgesichert	21 175,2	28 586,6	58,0	+1 745,5	+6 024,5
davon kursgesichert (Swaps)	9 530,0	12 865,5	26,1	–2 683,9	–1 317,4
DEM	6 885,7	5 981,6	12,1	+2 177,8	+2 182,3
JPY	162 585,6	1 887,8	3,8	+1 059,1	+43,2
Diverse		6,9	0,0		+0,9
Total		49 328,4	100,0		+6 933,5

Handelbare Anlagen
auf Diskontbasis:
bewertet zu Jahresendkursen
auf Zinsbasis:
bewertet zu Jahresendkursen
plus Marchzinsen

Nicht handelbare Anlagen
1996: 7 198,3 Mio. Franken
1995: 1 540,2 Mio. Franken
bewertet zu Einstandspreisen
plus Marchzinsen

Devisenanlagen nach Schuldnern

	1996			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio.		Anteil Prozent	Mio.	
	Originalwährung	Franken		Originalwährung	Franken
Staatspapiere					
USD	17 435,9	23 538,5	47,7	-4 844,4	-2 339,9
DEM	6 544,0	5 684,8	11,5	+1 977,4	+2 015,7
JPY	151 489,9	1 758,9	3,6	-8 944,7	-73,3
Total		30 982,2	62,8		-391,5
Währungsinstitutionen					
USD	9 791,5	13 218,5	26,8	+3 341,2	+5 728,4
DEM	37,6	32,7	0,1	-7,8	-3,9
JPY	1 127,7	13,1	0,0	+49,3	+0,8
Total		13 264,3	26,9		+5 725,3
Banken					
USD	3 477,8	4 695,1	9,5	-564,8	+1 312,5
DEM	304,0	264,1	0,5	+188,1	+170,6
JPY	9 968,1	115,8	0,2	+9 954,7	+115,7
Diverse		6,9	0,0		+0,9
Total		5 081,9	10,3		+1 599,7
Total		49 328,4	100,0		+6 933,5

Reserveposition beim IWF

Ziffer 24 der Bilanz

Die Reserveposition entspricht der Differenz zwischen der von der Nationalbank finanzierten, schweizerischen Quote beim IWF und dem Frankenguthaben des IWF. Die Nationalbank kann die Reserveposition jederzeit ohne Begründung zu Zahlungsbilanz Zwecken beanspruchen.

	1996		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio.		Mio.	
	XDR	Franken	XDR	Franken
Quote der Schweiz beim IWF	2 470,4	4 797,0	–	+547,9
./. Franken-Sichtguthaben IWF bei der SNB	1 405,5	2 729,2	-83,7	+167,8
Reserveposition beim IWF	1 064,9	2 067,8	+83,7	+380,1

Internationale Zahlungsmittel

Die Sonderziehungsrechte (XDR) sind verzinsliche Sichtguthaben beim IWF. Die Nationalbank verpflichtete sich gegenüber dem IWF, bis zu einer Bestandeslimite von 200 Mio. XDR gegen Devisen zu kaufen. Die ECU (XEU) werden durch revolvierende Swaps erworben und beim Europäischen Währungsinstitut (EWI) kurzfristig angelegt.

	1996		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio.		Mio.	
	Originalwährung	Franken	Originalwährung	Franken
XDR	94,1	182,7	-87,2	-129,1
XEU	63,5	107,3	-0,3	+10,9
Total		290,0		-118,2

Währungshilfekredite

Es handelt sich um mittelfristige, international koordinierte Zahlungsbilanzhilfen in Dollar, an denen sich die Schweiz mit einer Kredittranche beteiligte. Die Kredite werden von der Nationalbank finanziert und vom Bund garantiert. Die Garantie bezieht sich auf die Zahlung der Zinsen und die Rückzahlung des Kapitals. Die Währungsrisiken trägt die Nationalbank.

	Ausstehende Kredite 1996				Offene Zusagen 1996
	Mio.		Veränderungen gegenüber Vorjahr		Mio.
	USD	Franken	USD	Franken	USD
Bilaterale Kredite					
Ungarn	31,1	42,0	+1,1 ¹	+7,1	-
Tschechien	26,6	35,9	-	+4,9	-
Slowakische Republik	13,3	18,0	-	+2,5	-
Rumänien	48,3	65,2	+1,1 ¹	+10,3	-
Bulgarien	32,0	43,2	-	+6,0	-
Total	151,3	204,3	+2,2	+30,8	-

1 Marchzinsen

Inländische Geldmarktforderungen

Es handelt sich um Geldmarktbuchforderungen gegenüber der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Lombardvorschüsse

Der Lombardkredit dient den Banken und dem Bund dazu, unvorhergesehene Liquiditätsengpässe kurzfristig zu überbrücken. Ende 1996 bestanden insgesamt 248 offene Kreditlimiten (1995: 256).

Zur Deckung der Limiten waren per Ende Jahr zu Gunsten der Nationalbank folgende Hinterlagen verpfändet:

	1996		Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	
ausgesetzte Limiten per Ende Jahr	7 982,8		-7,6
Deckungswerte per Ende Jahr ¹	8 283,3		-1 100,2
Beanspruchung im Jahresdurchschnitt	23,9		+5,3

1 Kurswerte abzüglich 10–35%

Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten

Ziffer 29 der Bilanz

752 Geschäftsstellen von 85 Banken (20 Kantonalbanken, 4 Grossbanken, 57 Regionalbanken und Sparkassen, 1 Raiffeisenbank und 3 übrige Banken) besorgen für die Nationalbank den lokalen Bargeldausgleich und decken Bargeldbedürfnisse von Bundesstellen (Post, SBB) ab. Die Forderungen werden zum Diskontsatz verzinst.

Inländische Wertschriften

Ziffer 30 der Bilanz

Es handelt sich um kotierte Obligationen.

	1996		Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Anteil Prozent	
Eidgenossenschaft	960,1	19,9	+67,5
Kantone	1 293,6	26,8	+50,0
Gemeinden	592,0	12,3	+23,7
Pfandbriefinstitute	932,3	19,3	+0,4
Banken	1 043,5	21,7	-6,8
Total Marktwert ¹	4 821,5	100,0	+134,8
Total Nominalwert	4 309,7		+46,6

1 Jahresendkurse plus Marchzinsen

Beteiligungen

Die Nationalbank hält 33,34% des Aktienkapitals der Orell Füssli Graphische Betriebe AG, Zürich, der Gesellschaft, die ihre Banknoten produziert. Die Beteiligung von 2,75% an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wird aus Gründen der währungspolitischen Zusammenarbeit gehalten. Unter Diverse sind die 100%-Beteiligungen an der AG Hotel Bellerive au Lac, Zürich, und an zwei Gesellschaften im Zusammenhang mit der Gründung des Studienzentrums Gerzensee enthalten sowie Aktien der Telekurs AG, Zürich, der SIHL Zürcher Papierfabrik an der Sihl, Zürich, und der SWIFT Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications S.G., La Hulpe (Belgien).

Sachanlagen

In den Sachanlagen sind der Banknotenvorrat (neue, 8. Emission), die Liegenschaften sowie übrige Sachanlagen enthalten. Der Banknotenvorrat, bewertet zu den Gestehungskosten, wird im Einklang mit der Einspeisung in den Notenumlauf abgeschrieben. Die unter übrigen Sachanlagen zusammengefassten Betriebsausstattungs- und EDV-Anlagen werden in drei bis zwölf Jahren abgeschrieben.

Anlagespiegel in Mio. Franken

	Wert Beginn Berichtsjahr ¹	Investi- tionen	Des- investi- tionen	Abschrei- bungen	Wert Ende Berichtsjahr
Beteiligungen nicht konsolidiert					
Orell Füssli	27,0	–	–	–	27,0
BIZ	9,4	–	–	–	9,4
Diverse	14,6	–	–	0,0	14,6
Total	51,0	–	–	0,0	51,0
Sachanlagen					
Banknotenvorrat	112,8	67,8	0,0	14,0	166,6
Liegenschaften	331,6	13,3	0,0	1,9	343,0
<i>Brandversicherungswerte</i>	<i>402,5</i>				<i>409,6</i>
Übrige Sachanlagen	21,8	9,2	0,0	8,2	22,8
<i>Brandversicherungswerte</i>	<i>61,4</i>				<i>60,8</i>
Total	466,2	90,3	0,0	24,1	532,4

¹ Die Werte «Beginn Berichtsjahr» wurden neu ermittelt, da nach bisheriger Praxis Beteiligungen und Sachanlagen nicht aktiviert waren. Den Aufwertungen wurden grundsätzlich Anschaffungswerte abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen zugrunde gelegt. Die Bankliegenschaften, welche mehrheitlich seit Jahrzehnten im Besitz der Nationalbank sind und deren Anschaffungswerte nicht mehr aussagekräftig oder schwer eruierbar sind, wurden zum Ertragswert unter Berücksichtigung betrieblicher Besonderheiten eingesetzt.

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr
Münzen (inkl. Gedenkmünzen) ¹	398,5	.
Fremde Sorten	0,1	–
Postkonten	0,3	–0,1
Coupons	–	–
Übrige Forderungen	28,1	+0,9
Übrige Checks und Wechsel (Inkassogeschäft)	24,8	–6,3
Positive Wiederbeschaffungswerte Terminkontrakte	0,3	.
Total	452,1	.

1 Bei den Münzen handelt es sich um die von der eidgenössischen Münzstätte erworbenen Scheide- und Gedenkmünzen, die von der Nationalbank in Umlauf gesetzt werden.

Rechnungsabgrenzung

Die Marchzinsen auf den Devisenanlagen (23,3 Mio. Franken), den internationalen Zahlungsmitteln (12,2 Mio. Franken), den Währungshilfekrediten (2,9 Mio. Franken), den inländischen Wertschriften (140,6 Mio. Franken) sowie auf den Weiterplazierungen für den Bund (5,2 Mio. Franken) sind in den entsprechenden Bilanzpositionen enthalten.

Notenumlauf

Darunter fallen alle vom Publikum und von Banken gehaltenen Banknoten. Von den im Jahre 1980 zurückgerufenen Noten früherer Emissionen – sie sind bis zum 30. April 2000 bei der Nationalbank einlösbar – waren per Ende Jahr noch Abschnitte im Werte von gesamthaft 285,4 Mio. (1995: 298,4 Mio.) Franken ausstehend.

Die Deckung des Notenumlaufs gemäss NBG Art. 19 betrug im Jahresdurchschnitt unter Einrechnung sämtlicher deckungsfähiger Aktiven 191,9% (1995: 204,5%). Die Notendeckung durch Gold allein sank infolge des höheren Notenumlaufs auf durchschnittlich 42,2% (1995: 43,2%). An einzelnen Spitzentagen des Notenbedarfs unterschritt die Golddeckung die Marke von 40%.

Notendeckung Jahresmittel

	1996		Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio.	Prozent	
	Franken	Deckungsgrad	
Gold	11 903,9	42,2	-1,0 Prozentpunkte
Übrige deckungsfähige Aktiven	42 248,9	149,7	-11,6 Prozentpunkte
davon			
Devisenanlagen	38 070,6		
Reserveposition beim IWF	1 801,5		
Internationale Zahlungsmittel	309,7		
Inländische Geldmarktforderungen	1 705,6		
Lombardvorschüsse	24,4		
Deckungsfähige inländische Wertschriften ¹	337,1		
Gesamte Notendeckung	54 152,8	191,9	-12,6 Prozentpunkte
Notenumlauf	28 214,0		+2,4 %

1 Restlaufzeit bis zu zwei Jahren

Girokonten inländischer Banken

Die 586 Girokonten (1995: 603) der 406 Banken (1995: 414) sind unverzinslich. Die Girogelder bilden die Basis für die geldpolitische Steuerung der Nationalbank und dienen der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Schweiz. Zudem sind sie Bestandteil der gesetzlichen Liquidität der Banken.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund

Die Sichtguthaben des Bundes dienen zur Abwicklung des in- und ausländischen Zahlungsverkehrs von Bund und Regiebetrieben. Sie werden bis zum Betrag von 500 Mio. Franken zum Tagesgeldsatz verzinst. Die Termineinlagen werden marktgerecht verzinst. Die Nationalbank ist frei, diese Mittel im Rahmen der geldpolitischen Steuerung im Markt zu plazieren, wobei der Bund das Kreditrisiko trägt. Ende Jahr beliefen sich diese Anlagen auf 7 510,5 Mio. Franken (1995: 5 001,1 Mio.); davon waren 6 695,2 Mio. Franken (1995: 3 620,5 Mio.) weiterplaziert.

Girokonten ausländischer Banken und Institutionen

Ziffer 38 der Bilanz

Die 153 (1995: 161) Konten lauten auf Franken und sind unverzinslich. Die Inhaber sind vornehmlich ausländische Zentral- und Geschäftsbanken.

Übrige Sichtverbindlichkeiten

Ziffer 39 der Bilanz

Darunter figurieren Depotkonten von Mitarbeitern und Pensionierten, Verbindlichkeiten gegenüber Personalvorsorgeeinrichtungen von 9,2 Mio. Franken (1995: 10,2 Mio.) sowie Verbindlichkeiten gegenüber einzelnen Nichtbanken.

Sonstige Passiven in Mio. Franken

Ziffer 40 der Bilanz

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr
Gewinnausschüttung an den Bund und die Kantone (aus Jahresgewinn des Vorjahres)	142,2	-457,8
Übrige Verbindlichkeiten	23,3	-3,8
Negative Wiederbeschaffungswerte der Terminkontrakte	923,5	.
Total	1 089,0	.

Rechnungsabgrenzung

Die Marchzinsen auf den Terminverbindlichkeiten gegenüber dem Bund (10,5 Mio. Franken) sind in der entsprechenden Bilanzposition enthalten.

Rückstellungen

Infolge der beträchtlichen Kursgewinne auf Devisen sowie der ausserordentlichen Erträge infolge Änderung der Bewertungsgrundsätze konnten die Rückstellungen um 7 396,1 Mio. Franken aufgestockt werden. Die gemäss dem Gewinnermittlungskonzept (vgl. Seite 82) erforderliche Mindesthöhe an Rückstellungen konnte eingehalten werden.

	Stand 31.12.95	Zuweisung	Entnahme	Um- buchungen	Stand 31.12.96	Veränderung gegenüber Vorjahr
Rückstellungen in Mio. Franken						
Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken ¹	22 958,4	7 396,1	–	+200,0	30 554,5	+7 596,1
für Betriebsrisiken ²	650,0	–	–	–200,0	450,0	–200,0
Total	23 608,4	7 396,1	–	–	31 004,5	+7 396,1

1 Bis 1995: für Währungsrisiken

2 Bis 1995: Andere Rückstellungen

Die bisherigen Rückstellungskonten wurden neu zusammengefasst und begrifflich präzisiert. Die Rückstellungen für Offenmarktoperationen (100 Mio. Franken) sowie für den Dividendenausgleich und die Kantonsanteile (100 Mio. Franken) wurden in die Rückstellung für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken übergeführt.

Unter den Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken ragen die Wechselkursrisiken auf den nicht kursgesicherten Devisenanlagen heraus. Ebenfalls ins Gewicht fallen die Zinsrisiken auf den Devisenanlagen und den inländischen Wertschriften. Bei den Kreditrisiken handelt es sich vorwiegend um Abwicklungsrisiken im Devisengeschäft.

Aktienkapital

Das Aktienkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio. Franken, eingeteilt in 100 000 Namenaktien von je 500 Franken, wovon 50% (250 Franken) einbezahlt sind.

Im Berichtsjahr genehmigte der Bankausschuss die Übertragung von 6 196 Aktien auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember 1996 waren die Eintragungsgesuche für 5 813 Aktien hängig oder ausstehend. Die übrigen Aktien waren wie folgt verteilt:

1 323 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 481 Privataktionäre mit je	2–10 Aktien
310 Privataktionäre mit je	11–100 Aktien
23 Privataktionäre mit je	101–200 Aktien
27 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
3 164 Privataktionäre mit zusammen	35 084 Aktien
26 Kantone mit zusammen	38 981 Aktien
24 Kantonalbanken mit zusammen	17 118 Aktien
43 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	3 004 Aktien
3 257 Aktionäre mit zusammen	94 187 Aktien
pro memoria: Eintragungsgesuche hängig oder ausstehend für	5 813 Aktien
Total	100 000 Aktien

Somit waren 63% der Aktien auf Kantone, Kantonalbanken sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten und 37% auf Privataktionäre eingetragen; von den letzteren wurden 70% von natürlichen Personen und 30% von juristischen Personen gehalten. In ausländischem Besitz befanden sich 451 Aktien (ohne Stimmrecht) bzw. 0,45% des Aktienkapitals.

Bedeutende Aktionäre, deren Beteiligung 5% aller Stimmrechte bzw. 5 000 Namenaktien übersteigt, sind:

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr
Kanton Bern		
Anzahl Aktien	6 630	–
Beteiligungsquote	6,63 %	–
Kanton Zürich		
Anzahl Aktien	5 200	–
Beteiligungsquote	5,20 %	–

Reservfonds

Aus dem Jahresgewinn 1995 wurde der Reservfonds um 1 Mio. Franken (gesetzlich vorgesehener Höchstbetrag) auf 61 Mio. Franken aufgestockt.

Jahresgewinn – Ermittlung und Ausschüttung

Die Gewinnermittlung trägt den Besonderheiten der Nationalbank Rechnung. Die Nationalbank muss in der Lage sein, ihre verfassungsmässige Aufgabe ohne Ertragszwang zu erfüllen. Sie schüttet daher nicht den ganzen Ertragsüberschuss aus, sondern bildet jene Rückstellungen, die volks- und betriebswirtschaftlich notwendig sind. Sie benützt die Rückstellungen in erster Linie dazu, Devisenreserven aufzubauen. Die Devisenreserven erlauben ihr, im Falle einer Frankenschwäche am Markt zu intervenieren. Zudem stärken sie die Resistenz des Finanzplatzes Schweiz gegen internationale Krisen. Der Bedarf an Devisenreserven wächst mit der Grösse und der Auslandverflechtung der Schweizer Wirtschaft.

Im Einvernehmen mit dem Bundesrat wurde daher als Regel festgelegt, dass die Rückstellungen im Gleichschritt mit dem nominalen Bruttosozialprodukt ausgeweitet werden sollen (vgl. 84. Geschäftsbericht 1991, S. 64 ff.). Die angestrebte prozentuale Zunahme bemisst sich nach dem durchschnittlichen Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts in den letzten fünf Jahren. Damit werden spätere Korrekturen und grosse Schwankungen von Jahr zu Jahr vermieden.

Der verbleibende Überschuss gemäss Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG wird nach der Festlegung der übrigen gesetzlich vorgesehenen Gewinnzuweisungen (Art. 27 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 lit. a NBG) ermittelt. Ein solcher Überschuss liegt vor, wenn die effektiven Rückstellungen die angestrebten übersteigen. Die jährliche Ausschüttung an den Bund und die Kantone wird – zwecks Verstetigung über eine längere Frist – auf 600 Mio. Franken limitiert.

Angestrebter Bestand der Rückstellungen und Berechnung des verbleibenden Überschusses sowie der Ausschüttung

	Wachstum des nominalen Bruttosozialproduktes	Rückstellungen am Jahresende		Verbleibender Überschuss	Aus-schüttung
		Mio. Franken			
		Angestrebter Bestand	Effektiver Bestand vor Ausschüttung ¹		
Prozent (Durchschnittsperiode)	(2)	(3)	(4) = (3) – (2)	(5)	
(1)	(2)	(3)	(4) = (3) – (2)	(5)	
1993	6,3 (1987–91)	21 292,2	27 427,6 ²	6 135,4	600,0
1994	5,8 (1988–92)	22 527,1	25 966,3 ²	3 439,2	600,0
1995	4,8 ³ (1989–93)	23 608,4	23 750,6 ²	142,2	142,2
1996	3,7 (1990–94)	24 481,9	32 062,3	7 580,4	1 057,8 ⁴
1997	2,9 (1991–95)	25 191,9			

1 Die Bilanzposition «Rückstellungen» entspricht diesem Betrag abzüglich der Ausschüttung an Bund und Kantone.

2 Dieser Betrag schliesst die Bewertungskorrektur auf Devisen ein, die Ende 1992 2 389,7 Mio., Ende 1993 3 153,8 Mio. und Ende 1994 814,9 Mio. Franken betrug. Ende 1995 sank sie auf Null.

3 Berechnet aufgrund der Anfang 1995 verfügbaren Daten. Revidiert beträgt die Zuwachsrate 4,9%.

4 Ende 1995 hatte der effektive den angestrebten Bestand der Rückstellungen nur um 142,2 Mio. Franken überstiegen, so dass wir nur diesen Betrag zur Ausschüttung an Bund und Kan-

tone vorsehen konnten. Da wir bereits damals das Offenlegen der stillen Reserven planten, stellten wir für den Fall, dass die Rechnung 1996 es erlauben würde, die nachträgliche Auszahlung der Differenz zu 600 Mio. Franken in Aussicht. Der hohe Gesamterfolg der Rechnung 1996 gestattet es nun, die 457,8 Mio. Franken nachzuzahlen.

3.5 Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften

	1996	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken
Eventualverpflichtungen		
Akkreditive ¹ (gedeckt durch ausgesonderte Guthaben)	5,3	-2,1
Offene Zusagen		
Allg. Kreditvereinbarungen (AKV) ²	1 980,7	+226,3 ⁴
Swapvereinbarungen ³ :		
Federal Reserve Bank of New York	5 400,0	+744,4 ⁴
Bank of Japan	2 322,2	+38,2 ⁴
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	810,0	+111,7 ⁴
Two-way-arrangement (IWF)	217,8	+185,6
Nachschusspflichten		
Namenaktien BIZ	113,2	+10,5

	Nominalwert	Bruttowiederbeschaffungswert	
	Mio. Franken	Mio. Franken	
		positiv	negativ
Terminkontrakte			
auf Devisen ⁵	15 810,4	-	923,6
auf Wertschriften ⁶	5 528,1	0,3	-
Total	21 338,5	0,3	923,6

1 Hauptsächlich aus Entwicklungshilfeleistungen des Bundes

2 Kreditlimite in Höhe von 1020 Mio. XDR zugunsten des IWF für besondere Fälle, ohne Bundesgarantie (vgl. S. 51)

3 Bilaterale Abkommen zum befristeten Tausch von Franken gegen maximal 4 Mrd. Dollar mit der Federal Reserve Bank, maximal 200 Mrd. Yen mit der Bank of Japan, bzw. maximal 600 Mio. Dollar mit der BIZ, zum Zweck der gegenseitigen Währungshilfe in ausserordentlichen Lagen.

4 Veränderung ausschliesslich wechselkursbedingt

5 Aus USD/CHF-Swaps zum Zwecke der Geldmarktsteuerung (vgl. S. 30f). Der deutliche Kursanstieg des Dollars bewirkte auf den Terminverkäufen einen entsprechenden Wertverlust, diesem steht ein beträchtlicher Wertgewinn auf der gesamten Dollar-Kassaposition gegenüber, per Saldo resultierte ein namhafter Kursgewinn (vgl. Ziffer 17 der Erfolgsrechnung).

6 Aus GMBF-Swaps, Inländischen Wertschriften und Devisenanlagen (when issued, buy/sell-back Geschäfte) inkl. nicht erfüllte Kassageschäfte

4 Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat genehmigte in seiner Sitzung vom 7. März 1997 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 89. Geschäftsbericht über das Jahr 1996 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre.

Der Bundesrat erteilte seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 17. März 1997. Die Revisionskommission erstellte ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 4. Februar 1997.

Der Bankrat beantragt der Generalversammlung¹:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Jahresrechnung wird genehmigt.
2. Den mit der Verwaltung beauftragten Gesellschaftsorganen wird Entlastung erteilt.
3. Der Bilanzgewinn von Fr. 1 065 799 776,22 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds (Art. 27 Abs. 1 NBG)	Fr.	1 000 000,--
Ausrichtung einer Dividende von 6 % (Art. 27 Abs. 2 NBG)	Fr.	1 500 000,--
Ablieferung an die Eidgenössische Finanzverwaltung		
zugunsten der Kantone: 80 Rp. je Kopf der Bevölkerung (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG)	Fr.	5 498 949,60
zugunsten von Bund und Kantonen (Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)	Fr.	600 000 000,--
zugunsten von Bund und Kantonen (Differenz maximal ausschüttbarer Gewinn von 600 Mio. zu effektiver Ausschüttung von rund 142,2 Mio. Franken für das Geschäftsjahr 1995)	Fr.	457 800 826,62
		<hr/>
	Fr.	1 065 799 776,22

¹ Der Antrag betreffend die Wahlen in den Bankrat ist auf Seite 58 zu finden.

5 Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Revisionskommission haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der Schweizerischen Nationalbank für das am 31. Dezember 1996 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben sowie gestützt auf die Berichterstattung von ATAG Ernst & Young AG. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (FER), wobei wir auf die im Anhang zur Jahresrechnung erläuterten Besonderheiten in der Rechnungslegung der Schweizerischen Nationalbank, der mit dem Notenmonopol ausgestatteten Zentralbank der Schweiz, verweisen.

Ferner entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinnes den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Bern, den 4. Februar 1997

Die Revisionskommission:

Peter Blaser

Präsident

Gilbert Jobin

Vizepräsident

Kaspar Hofmann

dipl. Bücherexperte
Leitender Revisor

Am 1. Mai nimmt das am 26. Oktober 1995 vom Bundesrat neu gebildete Direktorium seine Tätigkeit auf (vgl. S. 59).

Mai

Mit Wirkung ab 27. September 1996 senkt die Nationalbank den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 1% (vgl. S. 32).

September

Am 1. Oktober erfolgt die Ausgabe der 20-Franken-Note der neuen Banknotenserie (vgl. S. 44).

Oktober

Am 20. November 1996 verabschiedet der Bundesrat Botschaft und Entwurf für eine neue Bundesverfassung. Der nachgeführte Art. 89 über die Geld- und Währungspolitik löst die schweizerische Währung von ihrer Bindung an das Gold und verankert die Unabhängigkeit der Notenbank in der Verfassung (vgl. S. 36f).

November

Der Artikel lautet:

- 1 Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes; diesem allein steht das Recht zur Ausgabe von Münzen und Banknoten zu.
- 2 Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient; sie wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet.
- 3 Die Schweizerische Nationalbank bildet aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven.
- 4 Der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank geht zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone.

Am 28. November 1996 stimmt der Nationalrat als Zweitrat dem Bundesbeschluss über die Erneuerung des ausschliesslichen Rechts der Schweizerischen Nationalbank zur Ausgabe von Banknoten für weitere 20 Jahre zu, nachdem der Ständerat bereits am 16. September 1996 der Vorlage zugestimmt hatte (vgl. S. 36).

Das Direktorium beschliesst im Einvernehmen mit dem Bundesrat, den 1996 verfolgten geldpolitischen Kurs im Jahre 1997 fortzusetzen. Es beabsichtigt, die Geldmenge über dem Zielpfad zu halten. Die Nationalbank behält sich wie immer vor, bei schwerwiegenden Störungen an den Finanzmärkten von ihrem Kurs abzuweichen (vgl. S. 34).

Dezember

Nach Genehmigung durch Direktorium und Bundesrat wird am 20. Dezember der Bericht einer Arbeitsgruppe von Nationalbank und Eidgenössischem Finanzdepartement über die Anlagepolitik und die Gewinnausschüttung der Nationalbank veröffentlicht (vgl. S. 41f).

1 Geschäftsergebnisse seit 1986

in Millionen Franken

	1986	1987
Ertrag aus		
Devisenanlagen	1 834,1	1 462,7
Reserveposition beim IWF ¹	–	–
Internationalen Zahlungsmitteln ¹	–	–
Währungshilfekrediten ¹	–	–
Ertrag aus		
Diskontierten Wertpapieren	20,8	17,7
Inländischen Geldmarktforderungen	–	–
Lombardvorschüssen	28,4	27,3
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	2,5	1,9
Inländischen Wertschriften	123,4	128,8
Übrige Erträge	8,1	5,8
Bruttoertrag	2 017,4	1 644,2
Zinsaufwand	–61,4	–44,3
Notenaufwand	–18,7	–19,5
Personalaufwand	–55,7	–56,0
Sachaufwand	–24,1	–24,2
Abschreibungen auf dem Anlagevermögen	–26,0	–17,1
Nettoertrag	1 831,5	1 483,1
Wechselkursbedingte Wertveränderungen	–3 703,3	–3 528,8
Abschreibungen auf Wertschriften	–94,5	–66,3
Ausserordentlicher Aufwand	–	–
Ausserordentlicher Ertrag ²	–	–
Steuern	–1,8	–2,6
Gesamterfolg	–1 968,1	–2 114,7
Zuweisung an Rückstellungen		
Entnahme aus Rückstellungen	1 975,7	2 122,2
Jahresgewinn	7,6	7,6
Zuweisung an den Reservefonds	1,0	1,0
Dividende	1,5	1,5
Ablieferung an die Eidgenössische Finanzverwaltung zugunsten von Bund und Kantonen	5,1	5,1

1 Bis 1991 unter Devisenanlagen verbucht

2 Bedingt durch Änderungen der Bewertungsgrundsätze (vgl. S. 70)

1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
1 924,0	2 848,7	2 585,1	3 084,7	2 498,8	2 348,4	1 618,4	1 910,7	1 794,8
-	-	-	-	3,3	40,3	32,1	45,6	55,1
-	-	-	-	4,3	11,3	12,9	12,4	13,6
-	-	-	-	6,1	8,7	8,9	12,1	10,7
3,3	33,9	44,2	37,1	31,6	4,0	-	-	-
-	-	-	-	11,2	59,0	57,2	55,5	32,6
2,8	5,7	3,9	2,6	2,5	1,8	2,0	0,9	0,9
1,2	7,3	10,8	12,6	12,2	6,9	7,0	3,8	2,3
132,9	149,5	160,2	176,1	184,3	315,9	228,7	238,1	260,3
6,7	6,3	6,1	6,6	14,1	17,8	15,3	8,9	12,9
2 070,9	3 051,3	2 810,3	3 319,6	2 768,3	2 814,2	1 982,5	2 288,0	2 183,2
-43,8	-59,4	-107,0	-89,5	-98,8	-296,3	-213,1	-101,6	-49,3
-24,0	-21,3	-20,5	-23,1	-26,4	-54,6	-57,6	-59,3	-15,1
-59,0	-61,3	-69,5	-77,0	-79,8	-79,4	-83,3	-79,8	-82,0
-29,5	-72,3	-59,9	-64,9	-54,2	-55,0	-47,0	-56,6	-54,0
-1,3	-	-	-	-	-	-	-	-10,1
1 913,3	2 837,0	2 553,4	3 065,1	2 509,1	2 328,9	1 581,5	1 990,7	1 972,7
1 970,9	1 089,9	-3 976,8	1 697,1	692,6	764,1	-2 338,9	-3 531,4	4 412,1
-96,4	-35,8	-48,3	-37,0	-35,1	-67,7	-45,5	-66,0	-
-	-	-	-	-	-	-50,3	-0,9	-
-	-	-	-	-	-	-	-	2 077,1
-1,6	-0,3	-3,4	-	-8,7	-	-	-	-
3 786,2	3 890,8	-1 475,0	4 725,2	3 157,9	3 025,3	-853,2	-1 607,6	8 461,9
-3 778,6	-3 883,2		-4 117,6	-2 549,5	-2 417,3			-7 396,1
		1 482,6				1 461,2	1 757,8	
7,6	7,6	7,6	607,6	608,4	608,0	608,0	150,2	1 065,8
1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
5,1	5,1	5,1	605,1	605,9	605,5	605,5	147,7	1 063,3

2 Bilanzübersicht seit 1986

Jahresendwerte in Millionen Franken

	1986	1987
Aktiven		
Gold	11 903,9	11 903,9
Devisenanlagen		
nicht kursgesichert	18 844,5	18 656,5
kursgesichert (Swaps)	17 417,5	18 783,4
Reserveposition beim IWF	–	–
Internationale Zahlungsmittel ¹	–	18,5
Währungshilfekredite	–	–
Inländische Geldmarktforderungen	–	–
Schweizer Wechsel	2 411,9	2 246,8
Schatzanweisungen des Bundes	335,5	54,9
Lombardvorschüsse	3 204,0	3 126,9
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	564,4	460,1
Inländische Wertschriften	2 045,0	2 190,8
Beteiligungen ²		
Sachanlagen ²		
Sonstige Aktiven	228,7	248,9
Nicht einbezahltes Aktienkapital	25,0	25,0
Bilanzsumme	56 980,4	57 715,7

Passiven

Notenumlauf	27 018,9	27 342,3
Girokonten inländischer Banken ³	14 911,8	17 044,8
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund ⁴	1 042,3	1 362,9
auf Sicht	–	–
auf Termin	–	–
Girokonten ausländischer Banken und Institutionen	86,7	163,1
Übrige Sichtverbindlichkeiten	72,9	72,2
Sonstige Passiven	193,0	196,8
Rückstellungen		
für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken ⁵	13 056,2	10 934,0
für Betriebsrisiken ⁶	490,0	490,0
Aktienkapital	50,0	50,0
Reservefonds	51,0	52,0
Bilanzgewinn – Jahresgewinn	7,6	7,6
Bilanzsumme	56 980,4	57 715,7

Die ab 1996 angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind auf den Seiten 64f erläutert.

1 Ab 1980 Sonderziehungsrechte (XDR), ab 1989 zusätzlich ECU (XEU)

2 Beteiligungen und Sachanlagen wurden bis 1995 pro memoria geführt.

3 Bis 1994 Girorechnungen von inländischen Banken und Finanzgesellschaften

1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9
22 327,3	21 760,4	22 480,5	25 710,4	26 204,8	29 042,8	28 626,0	27 767,8	36 462,9
13 619,4	17 859,8	14 729,3	14 521,7	19 653,0	17 988,3	17 284,4	14 044,8	12 865,5
-	-	-	-	1 144,4	1 221,6	1 241,5	1 687,7	2 067,8
30,5	123,6	112,9	117,3	134,9	332,7	414,8	408,2	290,0
-	87,1	-	97,1	156,4	218,4	198,3	173,7	204,3
-	-	-	-	467,7	752,5	720,5	1 436,2	1 581,7
2 133,8	542,7	711,1	522,1	353,4	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
795,9	704,1	165,7	107,0	26,9	13,5	14,9	4,7	764,2
416,0	458,3	567,0	552,8	493,0	595,8	565,8	429,2	514,5
2 421,4	2 574,0	2 814,0	2 886,1	2 975,7	2 973,2	3 027,1	3 063,9	4 821,5
								51,0
								532,4
257,2	251,7	221,3	313,2	261,0	707,0	778,0	1 064,3	452,1
25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
53 930,4	56 290,6	53 730,7	56 756,6	63 800,1	65 774,7	64 800,2	62 009,4	72 537,0
28 979,2	29 168,4	29 640,5	29 217,1	29 353,5	29 335,6	30 545,1	30 892,2	32 447,6
6 691,6	4 948,4	4 595,3	4 275,6	4 785,5	4 776,7	3 837,2	4 035,0	4 927,4
2 530,1	2 571,9							
-	-	621,7	3,4	245,1	192,3	595,2	917,4	839,5
-	-	785,0	400,0	3 450,0	2 940,0	2 850,0	1 350,0	815,3
167,6	119,0	59,8	114,9	54,7	188,8	46,7	43,3	32,7
86,3	85,4	95,0	104,7	115,1	105,8	108,0	156,3	204,2
22,5	60,2	77,7	66,5	670,5	692,0	734,7	746,5	1 089,0
14 712,5	18 595,7	17 113,1	21 230,8	23 770,3	26 187,5	24 726,3	22 958,4	30 554,5
630,0	630,0	630,0	630,0	640,0	640,0	640,0	650,0	450,0
50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
53,0	54,0	55,0	56,0	57,0	58,0	59,0	60,0	61,0
7,6	7,6	7,6	607,6	608,4	608,0	608,0	150,2	1 065,8
53 930,4	56 290,6	53 730,7	56 756,6	63 800,1	65 774,7	64 800,2	62 009,4	72 537,0

4 Vor 1990 wurden die nicht weiter plazierten Festgeldanlagen des Bundes nicht separat als Verbindlichkeiten auf Termin ausgewiesen.

5 Vor 1996 Rückstellung für Währungsrisiken und Bewertungskorrektur auf Devisen

6 Vor 1996 Andere Rückstellungen

3 Verzeichnis der Aufsichts- und Leitungsorgane

(Stand per 1. Januar 1997)

Bankrat

(Amtsperiode 1995–1999)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit (*) bezeichnet.

Dr. Jakob Schönenberger, Kirchberg/SG, Rechtsanwalt, Präsident
Regierungsrat Eduard Belser, Liestal, Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektor des Kantons Basel-Landschaft, Vizepräsident
Henri André, Paudex, Präsident des Verwaltungsrates der André & Cie AG
Jörg Baumann, Langenthal, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Baumann Weberei und Färberei AG
* Dr. Georges Blum, Basel, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins
Ständerätin Christiane Brunner, Genf, Co-Präsidentin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Präsidentin der Gewerkschaft SMUV
Dr. Chasper Campell, Sils i.D.
* Gianfranco Cotti, Locarno, Rechtsanwalt und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Crédit Suisse
Pierre Darier, Cologny, in Firma Darier, Hentsch & Cie, banquiers privés
Nationalrat Melchior Ehrler, lic. iur., Riniken, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes
* Nationalrat Hugo Fasel, St. Ursen, Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz
Laurent Favarger, Develier, Direktor der SA du Four électrique, Delémont
Fred-Henri Firmenich, Genthod, Präsident des Verwaltungsrates der Firmenich SA
Dr. Theo Fischer, Sursee, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank
* Hans-Rudolf Früh, Bühler, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Unternehmer
Claudio Generali, lic. oec., Gentilino, Präsident des Verwaltungsrates der Banca del Gottardo
* Dr. Gustav E. Grisard, Riehen, Präsident der Delegation des Handels, Präsident des Verwaltungsrates der Hiag Holding AG
Rudolf Hauser, Zürich, Delegierter des Verwaltungsrates der Bucher Holding AG
* Hans Huber, Heerbrugg, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der SFS Holding AG
* Eugen Hunziker, Rüschlikon
* Joseph Iten, lic. iur., Hergiswil/NW, Rechtsanwalt und Notar
Dr. Yvette Jaggi, Lausanne, Stadtpräsidentin von Lausanne
* François Jeanneret, Saint-Blaise, Rechtsanwalt
Pierre-Noël Julen, Siders, Direktor des Walliser Handwerkerverbandes
Dr. Andres F. Leuenberger, Riehen, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort), Vizepräsident des Verwaltungsrates der F. Hoffmann-La Roche AG
* Nationalrat Jean-Philippe Maitre, Vézenaz, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Genf
Ursula Mauch, Chemikerin HTL, Oberlunkhofen
Margrit Meier, lic. rer. pol., Gümligen, geschäftsführende Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds
Dr. h. c. Carlo de Mercurio, Lutry, Präsident des Verwaltungsrates der CDM Hôtels & Restaurants SA
* Félicien Morel, Belfaux
* Nationalrat Dr. Philippe Pidoux, Lausanne, Rechtsanwalt
Heinz Pletscher, Schleithem, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes, Bauunternehmer

- * Dr. Guido Richterich, Bottmingen, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes
Paul Rutishauser, Götighofen, Mitglied des leitenden Ausschusses des Schweizerischen Bauernverbandes, Landwirt
- Prof. Dr. Kurt Schiltknecht, Zumikon, Geschäftsleiter der BZ Trust Aktiengesellschaft
- * Dr. Peter Spälti, Hettlingen, Präsident des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Winterthur Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft
- Nationalratspräsidentin Dr. Judith Stamm, Luzern
- Robert Studer, Schönenberg, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankgesellschaft
- Ständerat Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Gümliigen, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern
- * Regierungsrätin Elisabeth Zölch-Balmer, Bern, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Bern

Dr. Jakob Schönenberger
 Regierungsrat Eduard Belser
 Gianfranco Cotti
 Nationalrat Melchior Ehrler, lic. iur.
 Hans-Rudolf Früh
 Dr. Yvette Jaggi
 François Jeanneret
 Dr. Andres F. Leuenberger
 Margrit Meier, lic. rer. pol.
 Nationalrat Dr. Philippe Pidoux

Bankausschuss
 (Amtsperiode 1995–1999)

Lokalkomitees

(Amtsperiode 1995–1999)

Aarau

Dr. Jürg Schatzmann, Baden, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor
der BAG Turgi, Vorsitzender

Ernst Frey-Burkard, dipl. Bauing. ETH, Kaiseraugst, Präsident des Verwaltungsrates der
Ernst Frey AG und der Helfenstein und Natterer AG, Stellvertreter des Vorsitzenden

Hans Keiser, Staufen, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Seetal Schaller AG

Basel

Peter Grogg, Bubendorf, Präsident des Verwaltungsrates der Bachem Feinchemikalien AG,
Vorsitzender

Klaus Endress, Reinach, Delegierter des Verwaltungsrates der Endress + Hauser
(International) Holding AG, Stellvertreter des Vorsitzenden

Raymond R. Cron, dipl. Bauing. ETH, Basel, Geschäftsführer der Preiswerk & Cie AG

Bern

Dr. Theodor Fässler, Mörigen, Präsident des Verwaltungsrates der Mikron Holding AG,
Vorsitzender

Karl Gnägi, Wohlen bei Bern, Präsident des Verwaltungsrates der Askliä AG,
Stellvertreter des Vorsitzenden

Nationalrätin Käthi Bangerter, Aarberg, Präsidentin und Delegierte des Verwaltungsrates
der Bangerter-Präzisionsteile AG

Genf

Alain Peyrot, Vézenaz, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Naef & Cie SA,
Vorsitzender

Claude Hauser, Versoix, Generaldirektor der Migros Genossenschaft Genf,
Stellvertreter des Vorsitzenden

Jean-Claude Rinolfi, Givrins, Präsident des Verwaltungsrates der Printelec SA

Lausanne

Christian Seiler, Sitten, Delegierter des Verwaltungsrates der Seiler Hotels Zermatt AG,
Vorsitzender

Hubert Barde, Le Mont-sur-Lausanne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Pierre Baroffio, Renens, Mitglied des Verwaltungsrates der Bobst AG

Lugano

Flavio Riva, Montagnola, Delegierter des Verwaltungsrates der Impresa Flavio Riva SA,
Vorsitzender

Franco Donati, dipl. Ing. ETH, Tegna, Präsident des Verwaltungsrates der IMV Invertomatic
Victron Holding AG, Energie Systeme, Stellvertreter des Vorsitzenden

Corrado Kneschaurek, Muzzano, Präsident des Hotelier-Vereins Tessin, Direktor des
Hotels du Lac-Seehof

Luzern

Gerry Leumann, Meggen, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Ebnöther AG,
Vorsitzender

Dr. Hans-H. Gasser, dipl. Ing., Lungern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Hans-Rudolf Schurter, lic. iur., Luzern, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates
der Schurter Holding AG

Neuenburg

Dr. Ing. Michel Soldini, Le Locle, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor
der Bergeon & Cie SA, Vorsitzender

Jean Lauener, Saint-Aubin, Präsident des Verwaltungsrates der Lauener & Cie SA,
Stellvertreter des Vorsitzenden

Vincent Lang, Pruntrut, Vizepräsident des Verwaltungsrates und Direktor der Louis Lang SA

St. Gallen

Urs Bühler, Uzwil, Präsident des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Konzernleitung der
Bühler AG, Vorsitzender

Dr. Roland Bertsch, Romanshorn, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der
Hydrel AG, Stellvertreter des Vorsitzenden

Peter G. Anderegg, Egnach, Delegierter des Verwaltungsrates der Filtex AG

Zürich

Dr. Adolf Gugler, Zollikon, Präsident des Verwaltungsrates der Elektrowatt AG, Vorsitzender

Vera Hotz-Kowner, dipl. Ing. ETH, Erlenbach, Delegierte des Verwaltungsrates der
Kowner Jakob AG, Stellvertreterin des Vorsitzenden

Kurt E. Feller, Wollerau, Vorsitzender der Konzernleitung der Rieter Holding AG

Mitglieder

Peter Blaser, Hünibach, Präsident des Verwaltungsrates der Amtersparniskasse Thun,
Präsident

Gilbert Jobin, Delémont, Vizepräsident

Kaspar Hofmann, dipl. Bücherexperte, Adliswil

Ersatzmitglieder

Hans Michel, Egnach, Generaldirektor der Thurgauer Kantonalbank

Francis Sauvain, Morges

Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor der Banque Jenni et Cie SA

Revisionskommission

(Amtsperiode 1996/97)

Direktorium	Dr. Hans Meyer, Präsident, Zürich
	Dr. Jean-Pierre Roth, Vizepräsident, Bern
	Prof. Dr. Bruno Gehrig, Mitglied, Zürich
Generalsekretariat	
Generalsekretär	Dr. Andreas Frings, Direktor, Zürich
Stellvertreter des Generalsekretärs	Dr. Hans-Ueli Hunziker, Bern

Departemente	I. Departement (Zürich)	
	Departementsvorsteher	Dr. Hans Meyer, Präsident des Direktoriums
	Interne Revision	Ulrich W. Gilgen, Direktor Othmar Flück, Vizedirektor
	Pressesprecher	Werner Abegg, Vizedirektor
	Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Peter Klauser, Direktor Dr. Georg Rich, Direktor
	Bereich Volkswirtschaft	Dr. Georg Rich, Direktor
	Ressort Volksw. Studien	vakant
	Forschung	Dr. Michel Peytrignet, Vizedirektor
	Konjunktur	Dr. Eveline Ruoss, Vizedirektorin
	Ressort Internat. Währungsbeziehungen	Dr. Monique Dubois, Direktorin
	Ressort Bankwirtschaft	Dr. Urs W. Birchler, Direktor
	Studien	Dr. Werner Hermann, Vizedirektor
	Ressort Statistik	Christoph Menzel, Direktor
	Monetäre Statistik	Robert Fluri, Vizedirektor
	Zahlungsbilanz	Thomas Schlup, Vizedirektor
	Datenbank	Rolf Gross, Vizedirektor
	Bereich Recht und Dienste	Dr. Peter Klauser, Direktor
	Rechtsdienst	Dr. Peter Merz, Direktor
	Personaldienst	Dr. Christine Breining-Kaufmann, stellvertretende Direktorin Beat Blaesi, Vizedirektor
	Vorsorgeeinrichtungen	Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor
	Liegenschaften, technische Dienste	Theo Birchler, Vizedirektor

II. Departement (Bern)

Departementsvorsteher	Dr. Jean-Pierre Roth, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Theiler, Direktor
Sicherheit	Alex Huber, Vizedirektor
Bereich Bankgeschäft	Dr. Theodor Scherer, Direktor
Wertschriften	Dr. Hans-Christoph Kesselring, stellvertretender Direktor
Hauptbuchhaltung	Peter Bechtiger, Vizedirektor
Zahlungsverkehr	Daniel Ambühl, Vizedirektor
Kasse Bern	Werner Beyeler, Vizedirektor
Bereich Bargeld	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank, Direktor

III. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Prof. Dr. Bruno Gehrig, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Erich Spörndli, Direktor Dr. Christian Vital, Direktor
Bereich monetäre Operationen	Dr. Erich Spörndli, Direktor
Stab	Dewet Moser, Vizedirektor
Ressort Devisenhandel	Karl Hug, stellvertretender Direktor
Ressort Devisenanlagen	Dr. Markus Zimmerli, stellvertretender Direktor
Bereich Abwicklung und Informatik	Dr. Christian Vital, Direktor
Ressort Abwicklung	Daniel Wettstein, stellvertretender Direktor
Portefeuille	Beat Spahni, Vizedirektor
Zahlungsverkehr	Walter Gautschi, Vizedirektor
Kasse	Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor
Korrespondenz	Markus Steiner, Vizedirektor
Buchhaltung	Werner Bolliger, Vizedirektor
Ressort Informatik	Dr. Rudolf Hug, Direktor
Stab	Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor
Bankbetriebliche Applikationen	François Ryffel, Vizedirektor
Statistische Applikationen	Dr. Jürg Ziegler, stellvertretender Direktor
Büroautomation	Peter Bornhauser, Vizedirektor
Systemtechnik	Jules Troxler, Vizedirektor
Rechenzentrum Zürich	Peter Künzli, Vizedirektor
Rechenzentrum Bern	Bruno Beyeler, Vizedirektor

Zweiganstalten	Aarau	Heinz Alber, Direktor
	Basel	Dr. Anton Föllmi, Direktor
	Genf	Yves Lieber, Direktor
	Lausanne	François Ganière, Direktor
	Lugano	Cesare Gaggini, Direktor
	Luzern	Max Galliker, Direktor
	Neuenburg	Jean-Pierre Borel, Direktor
	St.Gallen	Dr. Jean-Pierre Jetzer, Direktor

Agenturen Die Schweizerische Nationalbank unterhält an folgenden Orten Agenturen, die hauptsächlich von Kantonalbanken geführt werden:

Altdorf
Appenzell
Bellinzona
Biel
Chur
Delsberg
Freiburg
Glarus
Liestal
Sarnen
Schaffhausen
Schwyz
Sitten
Solothurn
Stans
Thun
Weinfelden
Zug

4 Publikationen

In ihrem jeweils im April erscheinenden Geschäftsbericht legt die Nationalbank Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Der Bericht enthält eine knappe Beschreibung der Entwicklung der Weltwirtschaft und des schweizerischen Konjunkturverlaufs, eine Erläuterung der Geld- und Währungspolitik und der übrigen Tätigkeit der Nationalbank sowie die finanzielle Berichterstattung. Der Geschäftsbericht 1996 erscheint in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.

Geschäftsbericht

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern, Telefon 031 312 02 11, Fax 031 312 19 53.

Bezugsbedingungen: gratis

«Das schweizerische Bankwesen» ist ein kommentiertes statistisches Quellenwerk zur Entwicklung des Bankensektors der Schweiz. Es stützt sich vor allem auf die Meldungen der Banken und erscheint jährlich (deutsch und französisch).

Das schweizerische Bankwesen

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 56 16, Fax 01 928 55 20.

Bezugsbedingungen: Fr. 20,-¹

«Die schweizerische Zahlungsbilanz» kommentiert die Entwicklung der Zahlungsbilanz und erscheint einmal im Jahr als Beilage zum Monatsbericht (deutsch und französisch).

Die schweizerische Zahlungsbilanz

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Börsenstrasse 15, Postfach, 8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 39 11.

Bezugsbedingungen: gratis

Das Quartalsheft «Geld, Währung und Konjunktur» umfasst den vierteljährlichen Bericht des Direktoriums an den Bankrat über die Wirtschafts- und Währungslage (deutsch und französisch), wissenschaftliche Arbeiten und ausgewählte Vorträge von Mitarbeitern der Nationalbank über geld- und währungspolitische Fragen (in der Originalsprache) sowie eine geld- und währungspolitische Chronik. Eine Zusammenfassung in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache ist den verschiedenen Texten vorangestellt.

Geld, Währung und Konjunktur

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 56 16, Fax 01 928 55 20.

Bezugsbedingungen: pro Jahr Fr. 25,-¹ (Ausland Fr. 30,-) für Abonnenten des Monatsberichts: pro Jahr Fr. 15,-¹ (Ausland Fr. 20,-)

1 inkl. 2% MWSt

Monatsbericht	<p>Der Monatsbericht enthält einen kurzen Kommentar zur Politik der Nationalbank und zum Geschehen am Geld-, Kapital- und Devisenmarkt sowie grafische und tabellarische Darstellungen der wichtigsten schweizerischen und internationalen Wirtschaftsdaten (deutsch und französisch).</p> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 56 16, Fax 01 928 55 20.</p> <p>Bezugsbedingungen: pro Jahr Fr. 40,-¹ (Ausland Fr. 80,-; Luftpostzuschlag extra)</p>
Bankstatistisches Beiheft	<p>Das bankenstatistische Beiheft zum Monatsbericht erscheint ebenfalls monatlich und enthält detaillierte Angaben aus der Bankenstatistik.</p> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 56 16, Fax 01 928 55 20.</p> <p>Bezugsbedingungen: gratis (als Beilage zum Monatsbericht)</p>
Ausweis	<p>Der Ausweis ist eine Kurzfassung der Bilanz der Nationalbank. Er erscheint dreimal monatlich, am 10., 20. und letzten jedes Monats, jeweils mit knapper Erläuterung (deutsch und französisch).</p> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern, Telefon 031 312 02 11, Fax 031 312 19 53.</p> <p>Bezugsbedingungen: gratis</p>
Aufgaben, Instrumente, Organisation	<p>Die Broschüre «Aufgaben, Instrumente, Organisation» beschreibt auf dreissig Seiten das geldpolitische Konzept, wichtige andere Aufgaben sowie Organisation und Rechtsgrundlagen der Tätigkeit der Nationalbank. Die Broschüre erscheint in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Börsenstrasse 15, Postfach, 8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 39 11.</p> <p>Bezugsbedingungen: gratis</p>

1 inkl. 2% MWSt

Gestaltung
Weiersmüller Bosshard Grüniger WBG, Zürich

Satz
typolitho ag, Zürich

Druck
Buri Druck AG, Wabern-Bern

ISSN 1421-5497